



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Jahresprogramm 2011 des Regierungsrates**

Datum: 14. September 2010

Nummer: 2010-315

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Nr. 2010 / 315

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Jahresprogramm 2011 des Regierungsrates

vom 14. September 2010

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 2
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 3
Teil 3: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	Seite 19
Teil 4: Bau- und Umweltschuttdirektion	Seite 38
Teil 5: Sicherheitsdirektion	Seite 66
Teil 6: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	Seite 76
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 89
Teil 8: Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft	Seite 93
Teil 9: Antrag	Seite 94
Anhang 1: Laufende Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)	Seite 95
Anhang 2: Sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindliche Landratsvorlagen	Seite 96

Teil 1 Einleitung

Wie in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft (§ 73 Absatz 3) verankert, hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Massnahmen der Regierung und der Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt dieses dem Landrat gleichzeitig mit dem Budget zur Kenntnisnahme vor.

Das vorliegende Jahresprogramm 2011 ist das vierte und letzte Programm der laufenden Legislaturperiode 2008 - 2011. Es enthält die kurzfristigen Zielsetzungen und Massnahmen der Verwaltung, gegliedert nach den fünf Direktionen und der Landeskanzlei. Die übergreifenden Legislaturziele und die politischen Schwerpunkte der Regierung sind im Regierungsprogramm 2008 - 2011 festgehalten und publiziert.

Die normale kundenorientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt vielmehr diejenigen Massnahmen auf, die im kommenden Jahr *zusätzlich* zu den eigentlichen Dienstleistungskernbereichen in die Wege geleitet und umgesetzt werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren werden verschiedene Projekte und Vorhaben des Jahresprogramms 2011 mit Daten aus dem Budget 2011 ergänzt. Bei den Massnahmen sind wiederum die finanziellen Auswirkungen im Jahr 2011 aufgeführt, sofern es solche gibt. Das Kapitel "Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft" enthält detaillierte Informationen zum Finanzplan und zum Investitionsplan. Im Anhang zum Jahresprogramm 2011 informieren wiederum Übersichtstabellen zu den laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) und zu den sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen.

Auf die neue Legislaturperiode 2012 - 2015 hin wird das Jahresprogramm mit dem Budget zusammengeführt und entsprechend der Landratsvorlage "Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens des Kantons Basel-Landschaft ab 2012" (Nr. [2010 / 033](#)) neu unter dem Titel "Jahresplanung" in einer Publikation veröffentlicht.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion FKD

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Obwohl die Schweizer Wirtschaft wieder aus der Rezession herausgefunden hat, bleibt der Ausblick eher verhalten und mit vielen Unsicherheiten behaftet. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz ist seit drei Quartalen zwar wieder positiv, die Wirtschaft erholt sich aber nur langsam vom scharfen Einbruch. Die BAK Basel geht in ihrer neuesten Prognose von einem realen Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 in der Schweiz von 1.2 Prozent aus (BIP). Trotz positiver Wachstumsraten ist im laufenden Jahr mit einer weiterhin erhöhten Arbeitslosigkeit und einem gedämpften Konsum aufgrund einer schwachen Einkommensentwicklung zu rechnen. Die Realwirtschaft wirkt sich bekanntlich immer verspätet auf den Staatshaushalt aus.

Der aktuelle Finanzplan weist für die Jahre 2011 bis 2013 dreistellige Fehlbeträge im Millionen-Franken-Bereich und damit erheblichen Handlungsbedarf auf. Der Regierungsrat will den Staatshaushalt schrittweise so konsolidieren, dass er im Jahr 2013 wieder ausgeglichen ist. Er will auf jeden Fall vermeiden, dass der Sanktionsmechanismus der Defizitbremse - also eine Erhöhung des Steuerfusses - zum Einsatz kommen muss. Die Regierung hat deshalb mit der Rechnung 2009 in einem ersten Schritt eine Konjunkturausgleichsreserve geschaffen, diese mit 220 Mio. Franken ausgestattet und damit den Handlungsspielraum in Bezug auf die Defizitbremse deutlich erhöht. Die Reserven sind allerdings limitiert. Die kommenden konjunkturell wieder guten Jahre sollen deshalb zwingend dazu genutzt werden, um weiteres Eigenkapital zu schaffen und damit für wirtschaftlich schwierigere Jahre ausreichend vorsorgen zu können.

Ab 2011 werden aus heutiger Sicht die Steuereinnahmen wieder leicht ansteigen. Dann wird es in einem zweiten Schritt darum gehen, die Konsolidierung des Staatshaushaltes für die folgenden Jahre sicherzustellen. Dabei muss man sich bewusst werden, dass der Kanton Basel-Landschaft über seine Verhältnisse lebt und plant. Der Regierungsrat wird in den kommenden Jahren nicht darum herumkommen, erstens die Wünsche zu reduzieren und zweitens den ordentlichen Nettoaufwand wieder auf ein langfristig tragbares Niveau zu senken.

Der Regierungsrat geht die Konsolidierung des Baselbieter Staatshaushaltes wohl überlegt und entschlossen an. Bereits im Zusammenhang mit der Präsentation des Budgets 2010 hat der Regierungsrat erklärt, dass er den erheblichen Handlungsbedarf erkannt und mit Blick auf das Budget 2011 und die Finanzplanjahre eine erneute Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben im Sinne von § 129 der Kantonsverfassung eingeleitet hat. In einem ersten Schritt sind seither von einer Arbeitsgruppe 60 neue Vorhaben für das Budget 2011 anhand eines Kriterienkatalogs bewertet sowie priorisiert oder posteriorisiert worden. Die bewerteten Vorhaben weisen ein finanzielles Volumen von rund 70 Mio. Franken auf.

Im Hinblick auf die Planung für die Jahre 2012 - 2015 - also die neue Legislaturperiode - werden die Bewertungs- und Priorisierungsmethode und der Kriterienraster von der eingesetzten Arbeitsgruppe weiter entwickelt. Für die neue Legislaturperiode wird zusätzlich und erstmalig eine sorgfältig entwickelte Strategie des Regierungsrates mit strategischen Schwerpunkten und ausformulierten strategischen Zielsetzungen vorliegen. Die entsprechenden Vorarbeiten laufen seit Ende 2008 und werden Ende Oktober 2010 abgeschlossen sein. Mit der Strategie, der Bewertungs- und Priorisierungsmethode und dem Kriterienraster wird der Regierungsrat dann über ein griffiges Instrumentarium verfügen, um die Vorhaben und Projekte für das Investitionsprogramm, den Finanzplan und die einzelnen Jahresplanungen priorisieren und posteriorisieren zu können. Damit sollen die Wünsche reduziert und das gezielt Gewollte und das Machbare herausgearbeitet werden. Gleichzeitig sollen damit auch die laufenden Aufgaben und Ausgaben überprüft werden. Der Geist ist jedenfalls willig; es fragt sich nur, wie schwach das Fleisch sein wird!

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Obwohl eine Erholung der Wirtschaft prognostiziert wird, weist der Staatshaushalt nach wie vor Defizite in der Erfolgsrechnung auf: Die Einnahmen können mit der Ausgabenentwicklung nicht mithalten. Dies ist ein Hinweis dafür, dass der Finanzhaushalt strukturell überlastet ist. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staatshaushalt mittelfristig ausgeglichen ist und konjunkturgerecht geführt wird. Die Defizitbremse unterstützt die konjunkturgerechte Steuerung des Finanzhaushaltes, indem in wirtschaftlich schlechten Zeiten Eigenkapital zur Deckung von Haushaltsdefiziten zur Verfügung steht. Dies setzt voraus, dass in wirtschaftlich guten Zeiten Haushaltsüberschüsse erzielt werden und das Eigenkapital aufgebaut werden kann. Der Voranschlag 2011 und die Prognosen für die kommenden Jahre zeigen, dass die Finanzen weiterhin angespannt sein werden. Der Regierungsrat ist gewillt, die strukturellen Defizite schrittweise abzubauen, so dass im Jahr 2013 der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Das Budget 2011 zeigt, dass die Befolgung dieses Konsolidierungspfades eine grosse Herausforderung darstellt und einschneidende Massnahmen voraussetzt. Die gute Ausgangsposition des Kantons Basel-Landschaft soll auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben, so dass der Kanton von der Rating-Agentur Standard & Poor's weiterhin mit der Bestnote AAA ausgezeichnet wird. Ein gesunder Finanzhaushalt ist Voraussetzung dafür, dass sich der Kanton auch in Zukunft im sich verschärfenden Steuerwettbewerb behaupten kann.
Nr. 2.01.05	Einzelne Massnahme Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) Das Finanzhaushaltsgesetz ist mehrmals teilrevidiert worden (zum Beispiel bei der Einführung der Defizitbremse, bei der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2, etc.). Ein weiterer Revisionsbedarf ergibt sich bezüglich der Finanzkompetenzen von Landrat und Regierungsrat. Der Regierungsrat hat mit einer Finanzkompetenz von 50'000 Franken für neue einmalige Ausgaben eine vergleichsweise kleine Kompetenz. Im weiteren gilt es zu prüfen, ob die Steuerungsinstrumente für die Kantonsverwaltung zum Beispiel im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung von Globalbudgets weiterentwickelt werden sollen. Es handelt sich um ein mehrjähriges Projekt, das im Jahr 2011 gestartet werden soll.
Nr. 2.01.08	Internes Kontrollsystem 2. Etappe Im Jahr 2010 wurden in der FKD als Pilotprojekt die finanzrelevanten Prozesse erhoben und mit Schlüsselkontrollen schriftlich dokumentiert. In einer zweiten Phase sollen die finanzrelevanten Prozesse in den Direktionen ebenfalls dokumentiert werden. Risikopolitik Aufgrund einer verwaltungsweit durchgeführten Risikoerhebung und einer Kategorisierung der Risiken wird für den Regierungsrat eine Risikopolitik formuliert. Darauf basierend wird ein Risikomanagement etabliert und auf die neuen Planungsprozesse ab 2012 abgestimmt.
Nr. 2.01.10	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Über eine Zeitperiode von 30 Jahren soll die Deckungslücke der Pensionskasse (BLPK) geschlossen werden. In erster Priorität muss die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskassenleistungen beseitigt werden. Im Jahr 2011 soll die Landratsvorlage in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden.

Nr. 2.01.13	Projekt ERP-System 2. Etappe Die zweite Etappe der ERP-Einführung wird mit den Zielsetzungen der Prozess- und damit der Kostenoptimierungen durchgeführt. Weitere Fragestellungen sind die Analyse und die Ablösung von Umsystemen und die Einführung von Web-basierten Prozessen (wie zum Beispiel das Beleg Scanning, etc.).	
Nr. 2.01.15	Strategische Aufgabenüberprüfung Die Jahresplanung 2012 wird aufgrund der Resultate einer flächendeckenden Prüfung der Aufgabenportfolios der Dienststellen entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 2.01.16	Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling Nach der Einführung des neuen ERP-Systems soll das Verwaltungscontrolling weiterentwickelt werden, und zwar mit folgenden Hauptzielsetzungen: - Zur besseren Führungsunterstützung von Regierungsrat und Direktionsleitungen wird ein MIS Regierungsrat (Management Information System) entwickelt. - Erhöhung der Planungsqualität und damit der Planungssicherheit. - Optimale Ausnutzung des ERP-Auswertungstools und der vorhandenen Statistiken. - Stärkere Vereinheitlichung der Führungs- und Controllingphilosophie.	
Nr. 2.01.17	Krankenkassenprämienverbilligung Verabschiedung der Reform des EG KVG betreffend Revision der Auszahlung direkt an die Versicherer gemäss Bundesgesetz sowie Regelung der Modalitäten beim Zahlungsverzug. Inkraftsetzung der Gesetzesänderung und der Systemumstellung frühestens per 1. Januar 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: wird zur Zeit geschätzt
Nr. 2.01.18	Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens Als Resultat der Umsetzung der LRV Nr. 2010 / 033 und des Strategieberichts des Regierungsrates sollen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2012 - 2015 die neuen Planungsinstrumente (Grundsatzpapier "Auf lange Sicht", Regierungsprogramm, Jahresplanung) hinsichtlich der strategischen Zielsetzungen und der Verzahnung von Leistungen und Kosten breiter und fundierter abgestützt werden. Inkraftsetzung per 1. Juli 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 2.01.19	Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern Verabschiedung der Reform der Motorfahrzeugsteuern. Die Motorfahrzeugsteuern werden mit ökologischen Kriterien ergänzt. Die Anwendung der Umweltetikette des Bundes wird geprüft. Inkraftsetzung frühestens per 1. Januar 2012.	
Nr. 2.02	Programmpunkt Interkantonale Zusammenarbeit / Partnerschaftsverhandlungen BL / BS Strategische Zielsetzungen Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll anhand einheitlicher Vorgaben vermehrt standardisiert werden. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben zu diesem Zweck eine Verhandlungsplattform etabliert und mehrere Teilprojekte gestartet.	

Nr. 2.02.01	Einzelne Massnahme Standardisierung der interkantonalen Zusammenarbeit Zur Verbesserung der Effizienz und der Effektivität der interkantonalen Zusammenarbeit sollen die erarbeiteten Leitlinien - wie die Standards BL / BS, das Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen und die Vorgaben für den Leistungseinkauf - in allen laufenden und relevanten partnerschaftlichen Einzeldossiers und Verhandlungen angewendet werden.	
Nr. 2.02.02	Verhandlungen in Einzeldossiers Schwerpunktmässig wird sich der Lenkungsausschuss Partnerschafts-verhandlungen mit Verhandlungen zu Universitätsbauten befassen.	
Nr. 2.02.03	Bericht zur regionalen Zusammenarbeit Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode soll ein neuer Bericht zur regionalen Zusammenarbeit erstellt werden. Unter anderem sollen die in der LRV Nr. 2003 / 277 skizzierten Thesen anhand der in der Zwischenzeit erzielten Resultate überprüft und allenfalls aktualisiert werden.	
Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Die Finanz- und Kirchendirektion hat bis ins Jahr 2012 - gestützt auf den Bericht Egger über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) - die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu erstellen. Für das Jahr 2011 ist gestützt auf die Auswertung aus dem Jahr 2009 eine erneute Umfrage betreffend Sozialdetektive in den Gemeinden vorzunehmen. Es werden die durch Sozialdetektive überprüften Fälle ab dem 1. Januar 2009 evaluiert. Die Schulungen für die Sozialhilfebehörden und die Sozialdienste - spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module - bilden auch im Jahr 2011 einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus drei Projektgruppen besteht, werden die jeweiligen Zielsetzungen auch im Jahr 2010 schwergewichtig weiter verfolgt. Für das Jahr 2011 ist die Planung einer Evaluation für den Gesamtbereich IIZ im Jahr 2012 vorgesehen. Die Überprüfung der Plausibilität des Sozialindex gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz wird im Jahr 2011 erstmals durchgeführt. Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Belastung durch die Sozialhilfe im Verhältnis zum kantonalen Durchschnitt erhalten einen Beitrag als Sonderlastabgeltung Sozialhilfe.	
Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Die §§ 16 und 19 des Sozialhilfegesetzes regeln die Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bzw. die Lohnkostenbeiträge an Arbeitgebende, die leistungsreduzierte, unterstützungsberechtigte Personen anstellen. Sie gelten nur bis 2013. Gestützt auf den Bericht Egger über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz ist eine Landratsvorlage für eine entsprechende Gesetzesänderung zu erstellen.	

Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Gesamtleitung des Steuerungsausschusses liegt beim Vorsteher des KSA. Projekt "IIZ-klassisch" / Verantwortungsbereich KSA: Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2010 und Fixierung der Prozessabläufe wird die Durchdringung weitergeführt. 2011 geht es insbesondere um die Schnittstellen mit der BKSD im Zusammenhang mit dem Projekt "Berufswegbereitung". Für das Jahr 2011 ist die Planung einer Evaluation für den Gesamtbereich IIZ im Jahr 2012 vorgesehen.	
Nr. 2.03.05	Schulungen für Behördenmitglieder Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von drei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalt der Module, die aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst werden, sind: Subsidiaritäten, Rechtliches und Berechnungsbeispiele aus der Praxis.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes). Diese bis anhin geltende Praxis soll geändert und die entsprechenden notwendigen Daten vom Bund und dem Statistischen Amt direkt von den Gemeinden eingefordert werden. Eine entsprechende Arbeitsgruppe ist eingesetzt. Im Bereich der Bevorschussung und der Vollstreckungshilfe für Unterhaltsbeiträge ist ebenfalls eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Umsetzung der vom Bund benötigten statistischen Angaben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Das KSA überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt es und nimmt Anpassungen vor, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben oder einem Bedürfnis der Praxis entsprechen in Zusammenarbeit mit der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH). Im Jahr 2011 ist insbesondere der Bereich Vertrauensarzt und Arztzeugnisse anzugehen. Allenfalls besteht eine Möglichkeit in der Zusammenarbeit mit der Academy of Swiss Insurance Medicine (ASIM, angegliedert im Universitätsspital Basel).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 2.03.11	Rechtssicherheit Rechtsgutachten / Beratung der Gemeinden: Die rechtlichen Stellungnahmen an die Gemeinden im Bereich Sozialhilfe bei den immer komplexer werdenden Einzelfällen stellt eine Kernaufgabe der Aufsicht im Bereich der Sozialhilfe dar und trägt zur einheitlichen Anwendung des Sozialhilferechts und Gewährleistung der Rechtssicherheit entscheidend bei. Jährlich werden über 300 solcher rechtlicher Stellungnahmen erstellt. Ziel ist die Beantwortung der Anfragen innert Wochenfrist. Beschwerdewesen: Die Instruktion des Regierungsrates für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe ist die Kernaufgabe des Rechtsdienstes des Kantonalen Sozialamtes. Jährlich werden rund 60 Beschwerden bearbeitet. Im Internet werden zudem laufend Beispiele aus der Praxis betreffend Abhandlung von Beschwerden in anonymisierter Weise publiziert. Ziel ist die Instruktion zuhanden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.12	Überwachung der bei der Sozialhilfe verbleibenden Fälle im Bereich der Pflegekinder Gemäss § 31 Absatz 3 Buchstabe b SHG ist der Kanton Basel-Landschaft Kostenträger für die trotz Entkoppelung der Jugendhilfe von der Sozialhilfe bei der Sozialhilfe verbleibenden Einzelfälle von Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung dieser Fälle in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und anderer Kantone.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.14	Heimaufsicht Gemäss Sozialhilfegesetz ist das KSA für die Aufsicht von zwei Obdachlosenheimen (Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not, Amans-Madeux-Stiftung, Allschwil / nächste Überprüfung im Jahr 2013; Wohnheim "Die Brücke" der Heilsarmee, Liestal / nächste Überprüfung im Jahr 2012) zuständig. Im Jahr 2011 ist keine Überprüfung fällig.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.16	Kostenvoranschläge Zahnbehandlungen (§ 14 SHV) Die Klienten haben für Unterstützungen an die Aufwendungen für schmerzstillende Zahnbehandlungen und Zahnsanierungen der Sozialhilfebehörde einen Kostenvoranschlag einzureichen. Die Finanz- und Kirchendirektion und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bestimmen gemeinsam die für die Sozialhilfebehörden zuständigen zahnärztlichen Personen aus dem Kreis der im Kanton praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte. Die Sozialhilfebehörde reicht den Kostenvoranschlag der zuständigen zahnärztlichen Person zur Plausibilitätsprüfung ein. Diese erstattet der Sozialhilfebehörde unentgeltlich Bericht. Die Sozialhilfebehörde kann von der Gesuch stellenden Person eine Überprüfung des Kosten-voranschlags durch den Vertrauenszahnarzt verlangen. Jährlich werden vom kantonszahnärztlichen Dienst rund 800 Plausibilitätsprüfungen nach § 14 SHV durchgeführt. Rund 50 Prozent der beantragten Kosten werden abgelehnt oder durch kostengünstigere Behandlungen ersetzt. Ziel ist die Sicherstellung gesetzeskonformer Zahnbehandlungen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.076 Mio. Fr.

Nr. 2.03.17	Wegkauf des Leistungsaufschubes gemäss EG KVG Die Sozialhilfebehörden, die gemäss § 6b EG KVG die Leistungsaufschübe der Krankenversicherer weggekauft haben, haben ihr Gesuch um Vergütung der Kosten an das Kantonale Sozialamt zu richten, nicht direkt an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die Ausgleichskasse. Das Kantonale Sozialamt überprüft die Gesuche und leitet diese an die Ausgleichskasse weiter. Die Ausgleichskasse vergütet daraufhin den Sozialhilfebehörden ihren Anteil nicht bezahlter Prämien am Wegkauf sowie die Verzugszinsen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung. Im Bereich des Wegkaufs des Leistungsaufschubes kann es aufgrund einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) eine Systemänderung geben. Eine Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.18	Verwandtenunterstützung und Rückerstattung Das Kantonale Sozialamt vollzieht die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.03.19	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) Organisation und Durchführung der Tagung der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) am 23. und 24. Juni 2011 in Liestal.	
Nr. 2.03.20	Überprüfung der Plausibilität des Sozialindex im neuen Finanzausgleich aus der Sicht der Sozialhilfe (§§ 10 und 12) Gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz erhalten Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Belastung durch die Sozialhilfe im Verhältnis zum kantonalen Durchschnitt einen Beitrag als Sonderlastabgeltung Sozialhilfe. Massgeblicher Indikator und Berechnungsgrundlage für diese Sonderlastabgeltung ist der so genannte Sozialindex einer Gemeinde.	
Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2010 prognostizierte der Bund rund 15'000 bis 16'000 neue Asylgesuche. Die Neuzugänge in der ersten Hälfte des Jahres 2010 bestätigen diese Annahme. Nicht zuletzt die Auswirkungen von Schengen / Dublin sind aber besser ausgefallen als erwartet. Die Neuzugänge sind zwar relativ hoch, aber dank der grossen Zahl an Erledigungen steigen die Bestände nicht an. Dieser Trend dürfte auch für das Jahr 2011 anhalten. Im Bezug auf die Zuweisung bedeutet dies: 1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes auf die Gemeinden (§ 2 Kantonale Asylverordnung (kAV)). Prioritäre Auslastung der bestehenden kommunalen Kollektivunterkünfte. 2. Weitere Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton bei der Realisierung von Partnerschaften. 3. Weiterführung der Entlastungsunterkunft durch den Kanton zur Sicherstellung einer geordneten Erstzuweisung. Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV: a. Asylsuchende mit Ausweis N, b. Vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F, c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S, d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp), e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).	

Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität bei Personen aus dem klassischen Asylbereich, mit Ausweis N (§ 1 lit. a kAV) und mit Ausweis F (§ 1 lit. b kAV, weniger als 7 Jahre in der Schweiz), zu überprüfen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.04.03	Sozialhilfestopp und Nichteintretensentscheide (NEE) Rasche Umsetzung des Ausschlusses von der Sozialhilfe gemäss Bundesgesetz. Durchsetzung der konsequenten Umsetzung der kantonalen Asylverordnung auf Gemeindeebene. Aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre (schwierige Umsetzung der Ausweisungen) ist mit einem stetigen Ansteigen von so genannten Langzeitbezügern zu rechnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.3 Mio. Fr.
Nr. 2.04.07	Vorläufig Aufgenommene Durchsetzung der Anordnung von Integrationsmassnahmen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme. Vergütung von 100 Prozent der Kosten an die Gemeinden. Gemäss den bisherigen Erfahrungen und dank dem Integrationsfonds ist eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten. Zielsetzung: Sensibilisierung der Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.04.08	Kantonales Durchgangszentrum Arlesheim Die Gemeinde Arlesheim hat dem Kanton Ende 2009 das Angebot gemacht, anstelle einer neuen, kommunalen Asylunterkunft ein kantonales Durchgangszentrum zu errichten. Bauherrin ist die Gemeinde Arlesheim, die Finanzierung erfolgt durch den Bund. Die Gemeinde vermietet die Liegenschaft dem Kanton für mindestens 30 Jahre. Die Finanzierung durch den Kanton erfolgt über die laufende Asylrechnung mit der Globalpauschale des Bundes. Planungsstand: Vorstudie mit Kostenschätzung erstellt (5.9 Mio. Franken); Baustandard Minergie P Eco; eine erste Information der direkten Anwohnerschaft ist bereits erfolgt. Eine weitere Bevölkerungs-information ist auf September 2010 angesetzt. Die Zonenplan-änderung und der Kredit werden gegen Ende des Jahres 2010 der Gemeindeversammlung vorgelegt. Die Finanzierung durch den Bund wurde grundsätzlich zugesagt. Möglicher Baubeginn ist somit 2011. Bezug frühestens in der späten zweiten Hälfte 2012. Ramlingen läuft längstens bis März 2014.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.04.09	Unbegleitete minderjährige Asylsuchende Der Vertrag zur Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA) zwischen der Gemeinde Allschwil und dem Kanton wird im Jahr 2011 nicht mehr weitergeführt. Die Anspruchshaltung von Allschwil an die Abgeltung für die Erfüllung dieser Aufgabe orientierte sich nicht mehr an den aktuellen Umständen. Durch den starken Rückgang dieser Personenkategorie wurden auch an anderen Orten Kapazitäten frei. Das KSA ist aktuell mit dem Kanton Aargau im Gespräch. Der Kanton Aargau ist stark interessiert, seine bestehenden Einrichtungen auslasten zu können und wäre deshalb nicht abgeneigt, die Zuweisungen des Bundes an den Kanton Basel-Landschaft direkt zu übernehmen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 2.05	Programmpunkt Gemeindewesen Strategische Zielsetzungen Das Gemeindegesetz wird teilrevidiert. Die Teilrevision setzt parlamentarische Vorstösse um, schliesst Lücken aus der Anwendungspraxis und bildet Grundlage für das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) für die Gemeinden. HRM2 wird konkretisiert und umgesetzt durch eine neue Verordnung, die Gemeindefinanzrechnungsverordnung. Zu dieser wird das Statistische Amt Erläuterungen verfassen in Form eines neuen "Handbuches für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden".	
Nr. 2.05.03	Einzelne Massnahme Teilrevision des Gemeindegesetzes Die Teilrevision wird nötig aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse, aufgrund einiger Lücken aus der Anwendungspraxis sowie aufgrund der Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) für die Gemeinden. Die Vorlage kann zu Beginn des Jahres im Landrat behandelt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.05.04	Totalrevision der Gemeindefinanzverordnung Die bestehende Gemeindefinanzverordnung ist aufgrund der Einführung von HRM2 grundlegend zu revidieren. Neu wird sie Gemeindefinanzrechnungsverordnung heissen. In Kraft treten soll sie wegen der umfangreichen Anpassungsarbeiten in den Gemeinden erst auf den 1. Januar 2013 hin.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.05.05	Gesetz über die Elementarschadenprävention bei Gebäuden Bei Neu- und Umbauten werden bauliche Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren verlangt. Diese werden durch die Naturgefahrenkarten ausgewiesen. Die Vorlage wird 2011 dem Landrat zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.05.06	Totalrevision des Feuerschutzgesetzes Das bald 30jährige Gesetz muss grundlegend überarbeitet und an die heutigen Verhältnisse sowie an neue Aufgaben (zum Beispiel Unfallrettung) angepasst werden. Die Vorlage wird 2011 in die Vernehmlassung geschickt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.05.07	Handbuch für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden Das Gemeindefinanzrechnungswesen der Baselbieter Einwohner- und Bürgergemeinden wird mit dem Budget 2013 an das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 angepasst. Für die Umsetzung in den Gemeinden erstellt das Statistische Amt ein "Handbuch für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden".	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Nach der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II und der Inkraftsetzung des revidierten Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes sind mit einer Reform der Einkommens- und der Vermögensbesteuerung die verschiedenen Schwachstellen bei der Besteuerung natürlicher Personen anzugehen. Damit soll das seit mehreren Jahren andauernde Steuerentlastungsprogramm zur Attraktivitätssteigerung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Basel-Landschaft vorläufig abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Eigenmietwertes per 1. Januar 2007 wurde festgestellt, dass das Modell für dessen Berechnung zu überprüfen ist. Dieses Vorhaben soll nun gemeinsam mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) an die Hand genommen werden. Nach der Übernahme des Inkassos der Spezialsteuern von den Bezirksschreibereien ist auch die Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuern auf die kantonale Steuerverwaltung übertragen worden. Die notwendigen organisatorischen Massnahmen und Abläufe sind umzusetzen.	

Nr. 2.07.16	Einzelne Massnahme Unternehmenssteuerreform II Umsetzung des zweiten Teils der im Jahr 2009 beschlossenen Unternehmenssteuerreform II. Darunter fallen insbesondere die Einführung des Kapitaleinlageprinzips und der neuen Steueraufschubtatbestände bei Personengesellschaften, die Erleichterung bei der Ersatzbeschaffung, die Reduktion der Quoten beim Beteiligungsabzug sowie die privilegierte Besteuerung bei der Liquidation von Personen-gesellschaften. Inkraftsetzung per 1. Januar 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.0 Mio. Fr. Minderertrag
Nr. 2.07.17	Revision der Vermögens- und der Einkommenssteuer Verabschiedung der Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und der Einkommensbesteuerung unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen. Verabschiedung der Landratsvorlage im 1. Semester 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (ertragswirksam frühestens 2012)
Nr. 2.07.19	Berechnung des Eigenmietwertes In Zusammenarbeit mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) Evaluation anderer Varianten zur Berechnung des Eigenmietwertes. Verfassen eines Berichts und Entscheid über das weitere Vorgehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.07.22	Veranlagung und Inkasso Spezialsteuern Abschluss der Bereinigung der Aufgabenteilung zwischen der kantonalen Steuerverwaltung und den Bezirksschreibereien durch Übernahme der Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer. Bereinigung der Schnittstellen und der Arbeitsabläufe im 1. Quartal 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Transfer von 200 Stellenprozenten von der SID zur FKD (50 Stellenprozente zu einem späteren Zeitpunkt)
Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Das Kantonale Personenregister arbo (ehemals KANADA) ist ein strategisches Projekt zwischen den Gemeinden und der kantonalen Verwaltung. Übergeordnete Ziele sind die verwaltungsweite Koordination des Bereiches Personendaten (Gemeinden, kantonale Verwaltung, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen des periodischen Bildungsberichts der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt die statistischen Portraits. Die kantonale Sozialhilfestatistik wird revidiert und auf das schweizerische Konzept des Bundesamtes für Statistik umgestellt. Im Rahmen der Modernisierung der schweizerischen Statistiken im nicht-hochschulischen Bildungsbereich wird im Jahr 2011 die neue Statistik der Bildungsabschlüsse eingeführt. Revision der kantonalen Energiestatistik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie sowie dem Lufthygieneamt. Die revidierte Energiestatistik wird erstmals im 2011 für die Daten des Jahres 2010 erstellt.	

Nr. 2.08.06	Einzelne Massnahme Kantonales Personenregister arbo (ehemals KANADA) Nachdem ab dem 31. Dezember 2010, dem Stichtag der Eidg. Volkszählung 2010, das Kantonale Personenregister arbo (ehemals KANADA) für die Statistikfunktionalitäten in Betrieb genommen wird, folgt ab Beginn 2011 die Bereitstellung und Inbetriebsetzung des Kantonalen Personenregisters für die Verwaltungsfunktionalität, d.h. für den Anschluss der Nutzersysteme (Gemeinden und erste Dienststellen wie Steuerverwaltung, Grundbuch, Motorfahrzeugkontrolle, Polizei).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.76 Mio. Fr.
Nr. 2.08.13	Statistische Porträts Schularten Im Rahmen des Bildungsberichts 2011 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt die statistischen Portraits zu den verschiedenen Schularten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.08.15	Umstellung der Sozialhilfestatistik Die kantonale Sozialhilfestatistik wird revidiert und auf das schweizerische Konzept des Bundesamtes für Statistik umgestellt. Dieses Konzept umfasst unter anderem auch die Erhebung von Finanzdaten zur Sozialhilfe. Die Umstellung auf das Bundeskonzept bedingt eine Datenerhebung direkt bei den Sozialdiensten der Gemeinden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Sozialamt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.030 Mio. Fr.
Nr. 2.08.16	Neue Statistik der Bildungsabschlüsse Drei wichtige Statistiken des nicht-hochschulischen Bildungsbereichs werden 2010 und 2011 auf gesamtschweizerischer Ebene modernisiert. Es sind dies die Statistik der Lernenden, die Statistik des Schulpersonals sowie die Statistik der Bildungsabschlüsse. Die Umsetzung der neuen Statistik der Bildungsabschlüsse erfolgt im Jahr 2011. Hauptziel ist, die Daten der Bildungsabschlüsse analog zur Statistik der Lernenden als Individualdaten zu erfassen und die AHV N13 als Personenidentifikator einzuführen. Damit können zukünftig die beiden Statistiken miteinander verknüpft werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.08.17	Revision der Energiestatistik Die kantonale Energiestatistik wird zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie sowie dem Lufthygieneamt revidiert. Ziel ist es, die Energiestatistik an die heutigen Bedürfnisse anzupassen und die Methodik weiterzuentwickeln. Die revidierte Energiestatistik wird erstmals im 2011 für die Daten des Jahres 2010 erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Die Weiterführung des Aufbaus und des Betriebs eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der gesamten kantonalen Verwaltung soll durch eine konsistente Weiterentwicklung der Strategie in Bezug auf die Anwendung von modernen Personalführungs- und Personalcontrollinginstrumenten sowie durch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Personalpolitik sichergestellt werden. Weiterführung der laufenden Umsetzung von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem, etc.).	

Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme Weiterentwicklung und Pflege ERP-System Personalwesen Nach der Inbetriebnahme des ERP-Systems für die Funktionen Organisationsmanagement, Personaladministration, Bewerberverwaltung und Payroll stehen weitere Optimierungen der bestehenden Funktionalitäten an. Unter anderem soll das Reporting verbessert werden, es soll für gewisse Prozesse ein Workflow eingeführt werden und die Organisationsstruktur soll verbessert werden. Für die Schulungsadministration soll die SAP-Komponente Learning Solution eingeführt werden.	
Nr. 2.09.02	Honorierungssystem Erneuerung aller Bildungsfunktionen aufgrund der neuen Ausbildungs-gänge und Schulstrukturen sowie Revision der veränderten Funktionen im Gesundheitsbereich (Neudefinition der Modell-umschreibungen, Bewertung). Stärkung der Anwendung der Leistungslohnelemente (Stufenanstieg, Stufenstop, Leistungsprämie). Pflege und Überarbeitung der lohnrechtlichen Bestimmungen. Fortsetzung der Schulungen für die dezentralen Personaldienste zur Förderung der einheitlichen und wirksamen Anwendung des Honorierungssystems.	
Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Mit der Einführung und der Weiterentwicklung des ERP-Systems erfolgt der koordinierte Ausbau des Personalcontrollingkonzeptes. Das Human Resources (HR)-Reporting wird kundenorientiert erweitert, insbesondere für die für Leitung, Dienststellenleitende und Personal-verantwortliche geschaffene neue Portalanwendung Info-Cockpit. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines Qualitätscontrollings hinsichtlich Umsetzung und Entwicklung personalstrategischer Massnahmen.	

Nr. 2.09.04	Personalentwicklung 1. Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gemäss Phasenplan: • Planung und Organisation von neuen Führungsausbildungen; • Etablierung des Instrumentes der Potenzialanalyse; 2. Umsetzung des Berufsbildungskonzeptes gemäss Zeitplan. Entwicklungsziele 2011 auf der Basis der Bildungsbedarfsanalyse: Führungskräfte • treiben mit Innovationen die richtigen und nachhaltigen Dienstleistungen voran, • gestalten durch Veränderung und Optimierung eine effiziente Dienstleistung, • handeln marktorientiert, wirtschaftlich und organisationsübergreifend, • äussern den Mitarbeitenden gegenüber ihre Wertschätzung, kultivieren einen positiven Umgang mit Fehlern und betreiben eine offene Feedbackkultur, • übernehmen Verantwortung für ihr Handeln, ihre berufliche Entwicklung und ihre Gesundheit; Mitarbeitende • stellen an ihre eigene Leistung hohe Ansprüche und entwickeln ihre Professionalität und Fachkompetenz stets weiter, • tragen Veränderungen überzeugt mit, indem sie sich engagiert an internen Prozessen und der Ausarbeitung neuer Projekte beteiligen, • kennen die Rahmenbedingungen der Arbeit und entwickeln Lösungsstrategien, um systematisch und wirkungsvoll Ziele zu erreichen, • handeln im Umgang mit persönlichen Ressourcen vorausschauend und besonnen und optimieren ihre Bewältigungsstrategien, um gesund zu leben.	
Nr. 2.09.05	Personalmarketing und -betreuung Einführung eines Personalmarketingkonzeptes für die Kantonale Verwaltung. Schaffen einer Intranetplattform "Personal" mit Arbeitstools für die Personalarbeit (für Führungskräfte und Personaldienste) sowie Informationen für die Mitarbeitenden. Durchführung eines Pilotprojektes für ein Case-Management in der Kantonalen Verwaltung.	
Nr. 2.09.07	Organisationsentwicklung Die Organisationsstrukturen und -prozesse in der Verwaltung werden analysiert und optimiert sowie im SAP abgebildet. Es wird kantonsweit eine Prozesslandschaft entwickelt und mit ProcessPoint umgesetzt. Der Fachbereich wird als Beratungsstelle für Organisations- und Prozessgestaltung für weitere Stellen in der Verwaltung etabliert. Ein Organisationsprojekt für die Vereinheitlichung der Stellenbeschreibungen in der Verwaltung wird durchgeführt.	
Nr. 2.09.09	Personalbegleitung / Personalerhaltung Neukonzeption des Austrittsfragebogens und des dazugehörigen Ablauf- und Feedbackprozesses. Konzeptionelle Gestaltung des HR-Bereichs Personalbegleitung / Personalerhaltung mit der Definition der dazugehörigen bestehenden oder zu erarbeitenden HR-Themeninhalte.	

Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte bilden die Fortführung der im letzten Jahr gestarteten Arbeiten ERP-Etappe 2 und Umsetzung der IT-Strategie.
Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme ERP-Projekt, Etappe 2 für die Bereiche Finanz- und Personalwesen und Logistik ERP - "Enterprise Resource Planning" - umfasst alle IT-Systeme für unternehmensweite Planung, Controlling, Dokumentation und Abwicklung der betriebswirtschaftlichen Prozesse. Im Rahmen der ersten Etappe hat der Kanton ERP für die Bereiche Finanz- und Rechnungswesen, Personal und Materialwirtschaft / Logistik eingeführt. Das Projekt ist termin- und kostengerecht abgewickelt worden, und die Verwaltung des Kantons arbeitet seit dem 8. Januar 2010 mit dem System. Die nun in Angriff genommene Etappe 2 hat der Landrat am 24. Juni 2010 bewilligt und beinhaltet unter anderem: – weitere organisatorische Optimierungen durch Zusammenfassung von Tätigkeiten in die Dienstleistungszentren und in der Abwicklung der Support- und Betriebsprozesse; – die Verbesserung in den Verarbeitungsprozessen (beispielsweise durch das Scanning von Dokumenten und die Prozessverarbeitung mittels Workflow); – die Umsetzung der Konzepte zur verbesserten finanziellen Steuerung des Kantons Basel-Landschaft im Bereich der externen Rechnungslegung zuhanden des Landrates sowie im Bereich der Planung und der Erwartungsrechnung; – Realisierung zwischenzeitlich notwendiger Funktionen sowie die Weiterentwicklung der ERP-Lösungen, die nicht mit dem Projekt ERP 1 realisiert werden konnten und nicht im Projektumfang gewesen sind; – die weitere Ablösung oder Anbindung von vorhandenen Umsystemen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 7.0 Mio. Budget 2010: Fr. 2.950 Mio. Budget 2011: Fr. 2.600 Mio.

Finanzielle Auswirkungen 2011:

2.6 Mio. Fr.

Nr. 2.10.02	IT-Strategie Im Sommer 2009 wurde das Projektprogramm STRATUM (IT-Strategie-Umsetzung) gestartet. Mit dem BLITSMAN-Framework (BL IT-Service-Management) konnte bereits ein wesentliches Resultat abgenommen und per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt werden. Dieses setzt die nötigen Vorgaben und Prioritäten, um ein umfassendes IT-Prozess-Modell verwaltungsweit mit den STRATUM-Projekten einzuführen. Es basiert auf dem internationalen Standard ITIL. Bis 2012 wird in sechs parallelen Projekten die IT-Strategie umgesetzt sein: – ITSBLUK: Erarbeitung BLITSMAN-Framework und Umsetzungscoordination STRATUM (Stabsprojekt); – KOS: Aufbau eines verwaltungsweiten, kundenorientierten Service-Kataloges und dazu nötiger Service Level Agreements (SLA); – SD: Evaluation und direktionsübergreifende Einführung eines gemeinsamen Service-Desk-Werkzeuges; – ASÜber: Applikations- und Serverüberführung in die Zentralen Informatik-Dienste ZID; – VISUM: Umsetzung der Verordnung IT-Sicherheit und Definition der Verbesserungspakete (2010 abgeschlossen); – Prozesstool: Beschaffung und Einführung eines Web-basierten Prozess-Design-Tools (2010 abgeschlossen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.9 Mio. Fr.
Nr. 2.10.05	Einmietung zweites Rechenzentrum ZID Ein zweites Rechenzentrum ist für die kantonale Verwaltung unerlässlich; zum einen werden für die IT-Strategie (vgl. Nr. 2.10.02) benötigte Kapazitäten geschaffen, zum anderen dient der zweite Standort als Sicherheit im Falle von Informatik-Vorfällen und Katastrophen. Der Betrieb an einem einzigen Standort ist aus naheliegenden Gründen sicherheitstechnisch hoch riskant. Im Jahr 2010 wird dem Landrat eine Vorlage zur Einmietung eines zweiten Rechenzentrums vorgelegt. Dieses Rechenzentrum ist, die Verabschiedung durch den Landrat vorausgesetzt, im ersten Semester 2011 bezugsbereit und wird dann bis Ende Jahr in Betrieb genommen. Die Kostenfolgen teilen sich in Miete, benötigte Informatikinfrastruktur und für den Betrieb notwendiges Personal auf. Die Kosten sind detailliert in der Landratsvorlage enthalten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.8 Mio. Fr. nur Teil FKD
Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.	
Nr. 2.11.05	Einzelne Massnahme Sicherheit und Umweltverträglichkeit Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz.	

Nr. 2.11.06	Mobilität und Wohlstand Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.	
Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern Strategische Zielsetzungen Die Ansätze einer systematischen Berücksichtigung von unterschiedlichen Lebenslagen für Strategie und Planung werden laufend realisiert.	
Nr. 2.12.12	Einzelne Massnahme Gender und Gleichstellung in "Strategie und Planung BL 2012 - 2022" Die Zielsetzungen und die Massnahmen des Regierungsprogramms 2008 - 2011 zur Einführung eines Gleichstellungs-Controllings, der Entwicklung der Fachstelle für Gleichstellung als Kompetenzzentrum und zum Aufbau eines Gender Monitorings werden in einem neuen Verständnis von gleichstellungsorientierter Regionalentwicklung zusammengeführt und schrittweise realisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: laufendes Budget
Nr. 2.12.13	Standortbestimmung Gender Tag BL 2006 - 2010 Die externe Evaluation wird präsentiert und die Weiterentwicklung zum Aufbau von Gender Kompetenz im Bildungsbereich bestimmt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: laufendes Budget

Teil 3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Sowohl das Jahr 2009 wie auch das Jahr 2010 standen im Zeichen der (finanz-)wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bedeutet dies, dass sie die Entwicklung weiterhin sehr genau beobachten und die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft intensiv ausgestalten wird. Die Gesundung des Staatshaushaltes ist erwünscht.

Die Tendenz zum vermehrten Absatz von Holz als Baustoff und vor allem als Energieträger bleibt ein aktuelles Thema. Die freiwilligen Struktur- und Infrastrukturanpassungen der Forstbetriebe sollen (beratend) unterstützt bzw. begleitet werden. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forstbetriebe erbringen die bestellten Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Biodiversität im Wald) effizienter und günstiger.

Das Gesundheitswesen steht unter einem Kostendruck. Die Einführung der neuen Spitalfinanzierung per 1. Januar 2012 führt zu einer vollständigen Veränderung der Rahmenbedingungen für die Spitäler. Die Vorbereitungsarbeiten werden die Direktion auch im Jahr 2011 noch stark beschäftigen.

Das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) wird Anfang 2011 den Neubau beziehen. Die "Züglete" eines Spitals ist eine Herkules-Aufgabe für alle Beteiligten. Personal und Bevölkerung sind gespannt auf das neue Gebäude. Das UKBB soll mit einer würdigen Eröffnungsfeier seiner Bestimmung übergeben werden.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Die Tendenz zum vermehrten Absatz von Holz als Baustoff und vor allem als Energieträger bleibt ein aktuelles Thema. Die freiwilligen Struktur- und Infrastrukturanpassungen der Forstbetriebe sind (beratend) zu unterstützen bzw. zu begleiten. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forstbetriebe erbringen auch die bestellten Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Biodiversität im Wald) effizienter und günstiger. Das Verständnis der Bevölkerung für eine vermehrte Nutzung der Ressource Holz ist nach wie vor gering. Die begonnene Aufklärungsarbeit ist gemeinsam mit den Partnern der Wald- und Holzwirtschaft fortzusetzen. Insbesondere ist aufzuzeigen und zu vermitteln, dass eine intensivere Nutzung des Waldes auch den öffentlichen Zielen der Waldbewirtschaftung dient. Bei exponierten Holzschlägen, die mit öffentlichen Geldern (mit)finanziert werden, ist für eine genügende Information der Bevölkerung zu sorgen. Das UNO-Jahr des Waldes bietet 2011 eine hervorragende Gelegenheit, der Bevölkerung den Nutzen, aber auch die Gefährdung des Waldes näher zu bringen. Vor dem Hintergrund steigender Durchschnittstemperaturen und eines sich ändernden Niederschlagsregimes: a) sind die Walddauerbeobachtung mit einem veränderten Fokus auf die sensiblen Standorte und besondere Baumarten (Eiche) weiterzuführen und die gewonnenen Erkenntnisse in einem überarbeiteten und angepassten Jungwaldpflegeprogramm einzubauen. b) sind Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung zu beobachten. Dabei kann es im Umgang mit den so genannten Neobionten nicht darum gehen, Änderungen generell auszuschliessen; Bekämpfungsmassnahmen sind auf jene Pflanzen- und Tierarten zu beschränken, die besonders aggressiv (auch für die Menschen) sind oder standortheimische Pflanzen verdrängen und die Walderhaltung (Verjüngung) in Frage stellen. c) gewinnt die öffentliche forstliche Planung (Waldentwicklungsplanung) an strategischer Bedeutung, wenn es darum geht, die Auswirkungen vermehrter Ansprüche an den Wald (Freizeitnutzung, Holznutzung) in Einklang mit dem Walderhaltungsgebot zu bringen.
Nr. 3.01.02	Einzelne Massnahme Gefahrenkarte Nach der Genehmigung der Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte abgeschlossen und die zweite Etappe erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen. Landratsvorlage Nr. 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006 Total: Fr. 4'150'000.- insgesamt, davon brutto zulasten Forstamt beider Basel Fr. 1'118'800.- (Konto 2225.318.91) Innenauftrag Nr. 500196 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 540'000.- Budget 2010: Fr. 250'000.- Budget 2011: Fr. 219'050.-

Nr. 3.01.04	Waldgesundheit Weiterführung des Beobachtungsprogramms in Zusammenarbeit mit 7 weiteren Kantonen und dem Bund. Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der Neophyten im Wald. Vollausbau des Borkenkäfermonitorings. Landratsvorlage Nr. 2008 / 101 vom 22. April 2008, LRB 713 vom 25. September 2008 Total Fr. 592'000.- (Konto 2225.318.93) Innenauftrag Nr. 500197 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 218'026.70 Budget 2010: Fr. 125'000.- Budget 2011: Fr. 117'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.
Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojektflächen und in den übrigen Schutzwäldern gemäss Schutzwaldprogramm 2011 / 2015. Weiterführung der Sanierungsmassnahmen entlang von Kantonsstrassen in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt. Wiederinstandstellungsprojekt "Röschenz - Dittingen" Landratsvorlage Nr. 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 667'500.-, Anteil Kanton Fr. 307'525.- (Konto 2225.362.72) Innenauftrag Nr. 500198 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 184'634.75 Budget 2010: Fr. 60'000.- Budget 2011: Fr. 0.-. Hinweis: Der Verpflichtungskredit läuft Ende 2010 aus. Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" Landratsvorlage Nr. 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton Fr. 401'740.- (Konto 2225.362.72) Innenauftrag Nr. 500199 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 258'108.15 Budget 2010: Fr. 70'000.- Budget 2011: Fr. 0.-. Hinweis: Der Verpflichtungskredit läuft Ende 2010 aus.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.58 Mio. Fr.
Nr. 3.01.07	Waldwissen Fortführung des Grundangebots an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen. Betrieb einer Angebotsplattform "Schauplatz Wald" (= Arbeitstitel). Publikationen und Informationsanlässe zum UNO-Jahr des Waldes, insbesondere Beteiligung und Auftritt an den Walddagen 2011 des Försterverbandes beider Basel in Aesch.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr.

Nr. 3.01.08	Nachhaltige Waldentwicklung Waldinformationssystem Schrittweise Verwirklichung des Konzeptes: Integration in die Planungs- und Berichterstattungsinstrumente. Jungwaldpflegeprogramm 2011 / 2015 Spezifische Pflegeeingriffe in der Jugendphase sind die wirkungsvollsten Massnahmen, um den Wald auf die zukünftigen, nicht immer klaren Herausforderungen aus öffentlichen und privaten Interessen "vorzubereiten". Das Jungwaldpflegeprogramm formuliert als Basis für die Unterstützung der Waldeigentümer die langfristige Ausrichtung, die öffentlichen Ziele und die Rahmenbedingungen der Jungwaldpflege. Waldentwicklungspläne (WEP) Abschluss des Waldentwicklungsplans "Oberes Laufental"; Durchführung des Planungs- und Mitwirkungsprozesses für das Revier Sissach und Erarbeitung der Grundlagen für das WEP-Gebiet "Dottlenberg" inkl. Waldinventur; Vorbereitung einer Gesamtauswertung über den Kanton Basel-Landschaft. Waldprogramm BL(BS) Im ersten Quartal 2011 wird der Bundesrat das Waldprogramm CHplus in Kraft setzen und dabei parallel zur Biodiversitätsstrategie allfällige Anpassungen der Waldgesetzgebung in die Wege leiten. Für den Kanton BL soll mit Bezug zur Planung auf lange Sicht des Regierungsrates ein Waldprogramm erarbeitet werden, welches die für die Region wichtigen Zielsetzungen des Bundesprogramms aufnimmt und die Instrumentalisierung und die Umsetzung konkretisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.54 Mio. Fr.
Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Sowohl das Jahr 2009 wie auch das Jahr 2010 standen im Zeichen der (finanz-) wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bedeutet dies, dass sie die Entwicklung weiterhin sehr genau beobachtet und die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft intensiv ausgestaltet.	
Nr. 3.02.02	Einzelne Massnahme Schwarzarbeitsbekämpfung Im Jahr 2010 wird mit der von den Sozialpartnern aufgebauten Kontrollorganisation des Baugewerbes (Zentrale Arbeitsmarktkontrolle, ZAK) eine neue, 3-jährige Leistungsvereinbarung für die Durchführung von Schwarzarbeitskontrollen in der Baubranche abgeschlossen. Der Bund vergütet 50 Prozent der Kosten. Landratsvorlage Nr. 2010 / 175 vom 27. April 2010, Verpflichtungskredit LRB 1973 vom 10. Juni 2010 Total: Fr. 1'140'000.- (brutto), Fr. 275'100.- (netto) Innenauftrag Nr. 500994 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 380'000.- (brutto).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.092 Mio. Fr. (Mehraufwand netto)

Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein "Baselland-Tourismus" wurde mit dem Landratsbeschluss vom 15. Januar 2009 erneuert. Die Umsetzung erfolgt gemäss Leistungsvereinbarung für die Periode vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2012. Landratsvorlage Nr. 2008 / 228 vom 23. September 2008, LRB 983 vom 15. Januar 2009, Total: Fr. 2'400'000.- (Konto 3635 0 0000) Innenauftrag Nr. 500103 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 600'000.- Budget 2010: Fr. 600'000.- Budget 2011: Fr. 600'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.6 Mio. Fr.
Nr. 3.02.11	Standortpromotion: Ausbau der regionalen Kooperationen Die Wirtschaftsförderung beider Basel (BaselArea) betreibt im Auftrag ihrer Hauptträger Basel-Landschaft und Basel-Stadt eine gezielte Standortpromotion im Ausland und vermittelt unterstützende Dienstleistungen bei der Ansiedlung von Unternehmungen. Angesichts vielfältiger und wachsender Verflechtungen des Wirtschaftsraums beider Basel mit den umliegenden Teilräumen ist ein verstärkter Einbezug dieser Räume für ein wirkungsvolles und erfolgreiches globales Standortmarketing von zunehmender Bedeutung. Solche partnerschaftlichen Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen sind deshalb auch für die strategische Standortentwicklung des Kantonsgebietes eine wichtige Voraussetzung, damit der Baselbieter Wirtschaftsstandort auch zukünftig seine Qualitäten und Interessen auf internationaler Ebene sichtbar und überzeugend vermarkten kann. Im Sinne einer Stärkung der Wirkung des Standortmarketings, aber auch einer Bündelung der Kräfte und Mittel verfolgt BaselArea die Absicht, bis Ende 2011 das bestehende Kooperationsnetz neben dem Kanton Jura auch mit weiteren Partnerschaften, insbesondere mit den Kantonen Aargau (Fricktal) und Solothurn (Schwarzbubenland) zu erweitern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 3.02.12	Schlüsselbranche Life Sciences Die regionale Life Sciences Branche ist von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Als eigentlicher Wirtschaftsmotor und Innovationstreiber leistet sie einen massgeblichen Beitrag an die kantonale Wirtschaftsleistung und spielt eine zentrale Rolle für die wachstumsorientierte Wirtschaftsentwicklung im Kanton Basel-Landschaft. Diesem hohen Stellenwert Rechnung tragend, richtet deshalb der Regierungsrat im Rahmen seiner Wirtschafts- und Standortpolitik ein besonderes Augenmerk auf diesen Wirtschaftszweig. Grundlage dafür bildet eine federführend durch die Handelskammer beider Basel erarbeitete Life Sciences Strategie zur Schaffung bestmöglicher struktureller und institutioneller Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung dieser Leitbranche. Ausrichtung und Umsetzungsstand werden regelmässig überprüft und anlässlich einer im zwei- bis dreijährigen Turnus stattfindenden Fachtagung von regionalen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft reflektiert und diskutiert. Ziel des bereits dritten Anlasses Ende August 2010 ist es, sich wiederum auf die wesentlichen Massnahmen für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der regionalen Life Sciences Strukturen und Rahmenbedingungen zu verständigen sowie günstige Voraussetzungen für deren politische und wirtschaftliche Umsetzung ab 2011 schaffen zu können. Ergänzend dazu haben die beiden Regierungen im Rahmen des Budgets für die Wirtschaftsförderung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (BaselArea) zweckgebundene Mittel für die finanzielle Unterstützung spezifischer Massnahmen zugunsten der regionalen Standortentwicklung im Bereich der Life Sciences gebildet. Damit werden insbesondere die Entwicklung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Plattformen, Netzwerken und Messeanlässen auf befürwortenden Antrag der Handelskammer beider Basel und nach Zustimmung des Vorstandes von BaselArea unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Im Rahmen von budgetierten Ausgaben für verschiedenste Massnahmen der einzelnen Direktionen, insbesondere in den Bereichen Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturpolitik.
Nr. 3.02.13	Berufsschau 2011 Lehrstellenwesen und Lehrlingsausbildung haben einen hohen wirtschaftspolitischen Stellenwert. Im Herbst 2011 findet eine erneute Auflage der kantonalen Berufsschau statt. Diese insbesondere von Schulabgängern und ihren Eltern stark besuchte und weit über die Kantons Grenzen hinaus eine grosse Beachtung findende kantonale Berufsmesse wird seit ihren Anfängen aufgrund ihres volkswirtschaftlichen und bildungspolitischen Nutzens von der kantonalen Wirtschaftsförderung finanziell unterstützt. Im Verlauf des ersten Semesters 2011 wird die Überprüfung der Förderungswürdigkeit dieses Anlasses als Grundlage für die Beurteilung der Zweckmässigkeit eines erneuten Betriebskostenbeitrages im Rahmen der kantonalen Wirtschaftsförderung vorzunehmen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: im Rahmen des Wirtschaftsförderungsfonds
Nr. 3.02.16	ALV-Vollzug Die aufgebauten Kapazitäten werden im Jahr 2011 voraussichtlich konstant gehalten werden, allenfalls sogar redimensioniert werden müssen. Der systembedingten anteiligen Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit wird zusätzliche Aufmerksamkeit zu widmen sein. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere von Lehrabgehenden, wird beharrlich weiterzuführen sein. Falls das gegen die AVIG-Revision ergriffene Referendum in der Volksabstimmung vom Herbst 2010 abgelehnt wird, wird eine reibungslose Umsetzung ab der Inkraftsetzung (1. Januar 2011 oder 1. Juli 2011) zu organisieren sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: von der ALV vollständig refinanziert

Nr. 3.02.18	Interreg IVA-Projekt Bio Valley Im Rahmen des Interreg IVA Programms ist das Projekt "Bio-Valley-Cluster" der Lebenswissenschaften und der Medizinaltechnik für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolitanregion Oberrhein darauf ausgerichtet, zur weiteren Stärkung des trinationalen Life Sciences Clusters den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft et vice versa zu beleben, besser zu strukturieren und zu konsolidieren. Mittels gezielter Scouting-Aktivitäten wird insbesondere angestrebt, die Privatwirtschaft besser mit den Angeboten der Hochschulen im trinationalen Raum zu vernetzen. Der Regierungsrat genehmigte deshalb für die Periode 2008 - 2013 eine Kofinanzierung mit weiteren schweizerischen Projektpartnern in der Höhe von insgesamt 119'000 Franken (Landratsvorlage Nr. 2007 / 214 vom 11. September 2007, Total: Fr. 1'500'000.-, Konto 2005.367.00: Beiträge an das Ausland).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.
Nr. 3.02.21	Standortförderung: Bestandespflege und Kontaktpflege Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft ist ein zentrales Element der kantonalen Wirtschafts- und Standortpolitik und deshalb grundsätzlich eine wichtige Aufgabe der gesamten öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen der Bestandespflege besteht ein vielseitiges Angebot an bedarfsorientierten Wirtschaftsdienstleistungen. Der Wirtschaftsdelegierte steht den Unternehmen als Erstkontaktstelle, Berater und Koordinator zur Verfügung. Die Betriebe werden insbesondere bei der Lösung vielschichtiger Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erfüllung hoheitlicher Auflagen oder bei der Objektvermittlung für die Evaluation eines neuen Betriebsstandortes unterstützt und begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 3.02.22	Metrobasel Mit Landratsbeschluss vom 24. September 2009 wurden die erforderlichen finanziellen Mittel zur vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 befristeten Mitgliedschaft des Kantons Basel-Landschaft beim Verein "Metrobasel" gesprochen. Im Vorstand wird der Kanton durch Regierungsrat Peter Zwick vertreten. Landratsvorlage Nr. 2009 / 073 vom 17. März 2009, LRB 1360 vom 24. September 2009 , Total: Fr. 300'000.- (Konto 3635 0 0010) Innenauftrag Nr. 500670 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 75'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.075 Mio. Fr.
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird schrittweise durchgeführt.	
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird gemäss Planung durchgeführt. Es wird vorübergehend eine erhöhte Zahl an Lektionen nötig sein. Dazu kommen 5 bis 10 Stellenprozent für die Lehraufsicht und die Ausbildungsberatung im Berufsfeld Landwirtschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 3.05	Programmpunkt Geoinformation Strategische Zielsetzungen In unserer heutigen Informations- und Wissensgesellschaft nimmt die politische und die wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen laufend zu. Sie bilden die Grundlage für Planungen und Entscheidungen aller Art, in der Verwaltung genauso wie in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft oder im Privatbereich. Die Daten der Amtlichen Vermessung (AV) bilden die Referenz sämtlicher Geobasisdaten. Vordringlich geht es darum, diese im Kanton flächendeckend auf den Standard AV 93 aufzubereiten und im Geodatenmodell DM0AVBL24D bereitzustellen. Mit dem Landratsbeschluss LRB 2001 / 022 wird bis Ende 2014 in der 2. Etappe das gesamte Baugebiet nach AV 93 aufgearbeitet. Im Jahr 2011 wird dem Landrat mit der Vorlage AV 93 3. Etappe - Aufarbeitung ausserhalb des Baugebiets - der Abschluss der Verbundsaufgabe AV 93 zum Beschluss vorgelegt. Das am 1. Juli 2008 in Kraft getretene Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG) beabsichtigt, die Wertschöpfung aus den Geoinformationen umfassender und mit gebührender Nachhaltigkeit zu gestalten. Aus den elf dazugehörigen Bundesverordnungen verdienen der Wechsel des Bezugsrahmens von CH03 nach LV95 und die Einrichtung eines kantonalen Katasters über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen besondere Beachtung.
Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Umsetzung des neuen Geoinformationsrechts des Bundes Die Umsetzung erfordert verschiedene Anpassungen des kantonalen Rechts: 1. Inkrafttreten der Anpassung der kantonalen Rechtserlasse bis 1. Juli 2011: - SGS 211.5 Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung (Überprüfung generell), - SGS 211.53 kantonale Vermessungsverordnung (Totalrevision), - SGS 211.54 Nachführungsverordnung (Überprüfung generell), - SGS 211.55 Gebühren für die Nachführung der AV (laufend). 2. Neu mit Inkrafttreten bis 1. Juli 2011 ist zu erstellen: - SGS 211.XX Geographische Namen und Gebäudeadressen. 3. Damit einhergehend sind im Amt für Geoinformation (AGI) hoheitlich die bestehenden technischen und administrativen Vorschriften bezüglich der Amtlichen Vermessung (AV), des Geoinformationssystems (GIS), der Baulandumlegung (BLU), der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) und der Leitungskataster (LK) zu überarbeiten oder neu zu erstellen. 4. Die Harmonisierung sämtlicher Geobasisdaten hinsichtlich der im Bundesrecht (SR 510.620 GeoIV) beschriebenen Datenqualität, Datenmodellierung, Nachführung, Archivierung und Historisierung sowie die Vernetzung der Geodienste zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sind bis Mitte 2018 sicherzustellen.

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Die vorgesehene Leistungsvereinbarung 2011 zur Programmvereinbarung 2008 - 2011 setzt die Realisierung fort. Landratsvorlage Nr. 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 1281 / 01 Total 13.1 Mio. Fr. (brutto), 6.0 Mio. Fr. (netto), Konto 3130 (alt 2230.319.90-3) Innenauftrag Nr. 500210 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 9'458'174.- (brutto) Restkredit: Fr 3'647'826.- (brutto) Budget 2010: Fr. 902'000.- (brutto) Budget 2011: Fr. 1'050'000.- (brutto) Zugehörige Ertragskonti Konto 4630 (alt 2230.460.00-3, Budget 2010: Fr. 88'000.- Konto 4632 (alt 2230.462.10-2, Budget 2010: Fr. 501'000.- Konto 4630 (alt 2230.460.00-3, Budget 2011: Fr. 147'000.- Konto 4632 (alt 2230.462.10-2, Budget 2011: Fr. 463'000.- Zum Abschluss der Verbundsaufgabe AV 93 wird dem Landrat im Sommer 2011 eine Vorlage betreffend der 3. Etappe - AV 93 ausserhalb Baugebiet - zum Beschluss unterbreitet. Zur plausiblen Abschätzung des Verpflichtungskredits werden drei repräsentative Pilotprojekte durchgeführt. Die Zeitspanne der Umsetzung des Landratsbeschlusses wird zwischen 2013 - 2018 veranschlagt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.05 Mio. Fr. brutto 0.44 Mio. Fr. netto
Nr. 3.05.03	Umsetzung des ÖREB-Katasters Der Bundesrat hat per 1. Oktober 2010 die Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) in Kraft gesetzt. Diese verpflichtet die Kantone, bis spätestens 1. Januar 2020 den Inhalt des ÖREB-Katasters bereitzustellen und ab dann den Betrieb zu 100 Prozent sicherzustellen. Die konzeptionellen Vorbereitungsarbeiten werden laufend wahrgenommen. Die Erarbeitung der kantonalen Ausführungsvorschriften werden voraussichtlich ab 2015 in Angriff genommen.	
Nr. 3.05.04	Wechsel des Bezugsrahmens nach Landesvermessung LV 95 Nach SR 510.620 Geoinformationsverordnung muss der Wechsel der Referenzdaten bis 31. Dezember 2016 vollzogen werden. Für die übrigen Geobasisdaten, zum Beispiel Zonenplan, Leitungskataster und viele weitere, gilt dazu der 31. Dezember 2020. Das Bau- und Verkehrsdepartement BS und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL haben sich mit einer Vereinbarung im Januar 2010 geeinigt, den Wechsel des Bezugsrahmens LV 95 in der Amtlichen Vermessung ab dem Jahr 2012 durchzuführen. Das AGI BL wiederum hat mit dem Grundbuch- und Vermessungsamt BS vereinbart, die Referenzdaten Amtliche Vermessung gemeinsam im 4. Quartal 2012 in den neuen Bezugsrahmen LV 95 zu überführen. Für die übrigen Geobasisdaten wird dasselbe Zeitfenster in Betracht gezogen. Dazu wird bis 2011 ein Konzept erarbeitet, in welchem erstens für die Referenzdaten und zweitens für sämtliche weiteren Geobasisdaten einvernehmliche Prozesse beschrieben werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.03 Mio. Fr. brutto 0.03 Mio. Fr. netto
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Die Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen werden wesentliche Schritte vorankommen.	

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Weiterführung der bewilligten Bodenverbesserungsprojekte 1. Der finanzielle Abschluss der Felderregulierung Roggenburg ist bis 2012 zu erwarten. 2. Bei der Gesamtmelioration Blauen hat die Gemeinde eine Kommission eingesetzt. Für 2011 sind die Erarbeitung der Grundlagenbeschaffung und des Generellen Projektes geplant. 3. Die Gesamtmelioration Brislach ist von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern beschlossen worden. 2011 wird neben der Grundlagenbeschaffung auch das Generelle Projekt erarbeitet. 4. Die Gesamtmelioration Wahlen schliesst das Rechtsmittelverfahren zum Generellen Projekt ab und startet mit dem Neuzuteilungsentwurf. 5. Die Gemeinde Rothenfluh wird voraussichtlich ein Gesuch um Durchführung einer Gesamtmelioration stellen. Landratsvorlage Nr. 2005 / 293 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Blauen Total: Fr. 856'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 234) Innenauftrag Nr. 500234 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 100'000.- Budget 2011: Fr. 50'000.-. Landratsvorlage Nr. 2005 / 294 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach Total: Fr. 1'556'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 235) Innenauftrag Nr. 500235 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 100'000.-. Landratsvorlage Nr. 2005 / 295 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Wahlen Total: Fr. 2'668'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 236) Innenauftrag Nr. 500236 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 172'000.- Budget 2010: Fr. 280'000.- Budget 2011: Fr. 180'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.050 Mio. Fr. 0.1 Mio. Fr. 0.180 Mio. Fr.
Nr. 3.06.02	Ergänzung der Gesamtmelioration Wahlen um die Ausdolung von Diebach und Riedmetbächli Das Generelle Projekt der Gesamtmelioration Wahlen sieht die Ausdolung von Diebach und Riedmetbächli vor. Sofern der Regierungsrat diese Ausdolungen mit dem Generellen Projekt genehmigt, wird der Landrat über die für den Kanton resultierenden Kosten einen Verpflichtungskredit beschliessen müssen (Ausdolungen waren nicht Bestandteil der ersten Verpflichtungskreditvorlage). Für 2011 ist die Ausarbeitung einer ergänzenden Landratsvorlage zur Ausdolung der beiden Bäche vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Im Jahr 2011 stehen für die Gesundheitsförderung die Bewertung des Rahmenkonzeptes 2006 - 2010 und die Erarbeitung einer Nachfolgestrategie, der Abschluss der Aktion "Gesundes Körpergewicht" und die Vorbereitungsarbeiten für ein kantonales Programm im Bereich "Gesund altern" im Zentrum.	

Nr. 3.07.01	Einzelne Massnahme Leistungsvereinbarung mit den Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase Landratsvorlage Nr. 2009 / 199, LRB 1594 vom 14. Januar 2010, rechtskräftig am 22. März 2010 Total: Fr. 1'080'000.- Innenauftrag Nr. 500601 Budget 2010: Fr. 270'000.- Budget 2011: Fr. 260'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.26 Mio. Fr.
Nr. 3.07.02	Gesetzliche Schwangerschaftsberatung Fortsetzung der vereinbarten Leistungen. Landratsvorlage Nr. 2008 / 195, LRB 937 vom 11. Dezember 2008, Total: Fr.898'000.- Innenauftrag Nr. 500151 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 220'700.- Budget 2010: Fr. 222'200.- Budget 2011: Fr. 226'800.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.226 Mio. Fr.
Nr. 3.07.03	Gesund altern Die im Jahr 2010 begonnene Mitarbeit in der überkantonalen Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Best Practice Standards zur Gesundheitsförderung im Alter wird 2011 weitergeführt. Parallel dazu wird eine Bestandesaufnahme der Angebote zur Gesundheitsförderung durchgeführt. Alle Ergebnisse fliessen in die Erarbeitung eines neuen Konzeptes ein, welches die Grundlage einer neuen Landratsvorlage bildet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.037 Mio. Fr.
Nr. 3.07.04	Gesundheit junger Menschen Auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse zum Präventionsangebot wurden 2010 mögliche Massnahmen zur Anpassung des Angebots und der Koordinations- und Kontrollstrukturen eruiert. Im Jahr 2011 erfolgen die entsprechende Detailplanung und die Vorbereitung der Umsetzung. Die Abgrenzung und die Schnittstellenbearbeitung zur Jugendhilfe (BKSD) wird 2011 weitergeführt. Das neu in die Wege geleitete Angebot "Julex" wird 2011 evaluiert und überprüft. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungs-auftrages der VGD und des ordentlichen Budgets.	
Nr. 3.07.05	Umsetzung Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" Das vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligte Programm für die Jahre 2008 - 2010 wird um ein Jahr verlängert. Im Jahr 2011 werden schwerpunktmässig folgende Bereiche bearbeitet: • Weiterführung des Programmteils "Prävention im Vorschulbereich", nachhaltige Verankerung der bewährten Elemente. • Weiterführung der Pilotprojekte im Programmteil "Bewegungsförderung im Wohnumfeld" in Zusammenarbeit mit der BUD. • Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit im Kanton zu den Themen ausgewogene, gesunde Ernährung und vielfältige Bewegung in Familie, Schule, Freizeit. Landratsvorlage Nr. 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2010 Total: Fr. 1'425'000.- (brutto), Fr. 750'000.- (netto); Innenauftrag Nr. 500150 Per Ende 2009 verbraucht: brutto Fr. 567'899.37; netto 230'399.37 Budget 2010: Ausgaben: Fr. 505'000.-, Einnahmen: Fr. 225'000.- Budget 2011: Ausgaben: Fr. 399'480.-, Einnahmen: Fr. 168'750.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Ausgaben: 0.399 Mio. Fr. Einnahmen: 0.168 Mio. Fr.

Nr. 3.07.07	Leistungsvereinbarung Gsünder Basel 2010 - 2011 Fortsetzung der vereinbarten Leistung. Landratsvorlage Nr. 2010 / 119 vom 23. März 2010, LRB Nr. 1956 vom 20. Mai 2010 Total: Fr. 153'520.- Innenauftrag Nr. 500138 Budget 2010: Fr. 76'000.- Budget 2011: Fr. 77'520.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.077 Mio. Fr.
Nr. 3.07.09	Gemeindeorientierte Frühintervention Im Jahr 2011 werden die Erfahrungen aus dem Projekt "Gemeindeorientierte Frühintervention" mit der Gemeinde Therwil evaluiert. Es wird geprüft, ob und in welcher Form das Angebot für weitere Gemeinden dienlich sein kann. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets.	
Nr. 3.07.10	Zentrum Selbsthilfe Aushandlung einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem Verein Selbsthilfe Basel ab 1. Januar 2012. Landratsvorlage Nr. 2009 / 18 / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1258 Total: Fr. 373'000.- (Konto 3636 0 000) Innenauftrag Nr. 500106 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 143'000.- Budget 2010: Fr. 115'000.- Budget 2011: Fr. 115'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.115 Mio. Fr.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen	
Nr. 3.08.02	Einzelne Massnahme Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Das UKBB zügelt Anfang 2011 in den Neubau.	
Nr. 3.08.08	Einführung von Swiss-DRG Mit einer externen Firma wurden die für die Leistungsaufträge erforderlichen Grundlagen zur Kategorisierung und Differenzierung von hoch spezialisierten, spezialisierten und Grund-Leistungen auf der Basis Swiss-DRG geschaffen. Damit können die Leistungsaufträge entsprechend den KVG-Vorgaben der leistungsorientierten Planung aufgebaut werden. Bereits heute ist absehbar, dass die Preisfestlegung nach Swiss-DRG schweizweit erst im Herbst 2011 erfolgen wird. Dies stellt die Kantone bezüglich Budgetierung des Jahres 2012 vor grosse Herausforderungen.	
Nr. 3.08.09	KVG-Revision Die per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzte Ausführungsverordnung zum KVG verlangt von den Kantonen eine koordinierte Planung für die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen. Die Vorgaben erfordern grundlegende Änderungen bezüglich Spitalisten, Leistungsaufträgen, Leistungsverträgen und Selbständigkeitsgrad der öffentlich-rechtlichen Spitäler.	

Nr. 3.08.10	Stationäre Geriatrieversorgung für die Bevölkerung des unteren Kantonsteils Basel-Landschaft und die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt Der Landrat BL hat am 28. Mai 2009 mit der Vorlage Nr. 2008 / 348 und der Grosse Rat BS hat am 2. Juni 2009 mit Ratschlag Nr. 08.2098.01 dem Projektierungskredit für ein Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR) zugestimmt. Die Projektierungsarbeiten werden im Jahr 2011 weitergeführt. Landratsvorlage Nr. 2008 / 348 vom 16. Dezember 2008, Verpflichtungskredit LRB 1211 vom 28. Mai 2009 Total: Fr. 8'900'000.- (Konto 2202.503.30.232) Vgl. Projekt "Neubauten Bruderholz": Programmpunkt Nr. 3.09.11. Tranche 2011: 18.0 Mio. Fr. (brutto), 2.9 Mio. Fr. (netto) zulasten Investitionsbudget 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.9 Mio. Fr. (netto)
Nr. 3.08.12	Revision der gemeinsamen Spitalliste BS / BL und der Spitalliste BL Aufgrund der KVG-Revision und den Vorgaben aus der dazugehörigen Ausführungsverordnung (KVV) wird eine Totalrevision der Spitallisten unumgänglich. Die Spitalliste muss zukünftig gemäss der leistungsorientierten Planung aufgebaut und mit Qualitätsvorgaben versehen werden. Ziel ist es, die Revision der Spitallisten nach den interkantonalen Gesprächen sowie den Gesprächen mit den Leistungsanbietern bis spätestens März 2011 vorliegend zu haben. Zuständig für den Erlass der Spitalliste ist der Regierungsrat.	
Nr. 3.08.14	Alterspolitik Die Koordinationsarbeiten im Rahmen des Projektes "64+" erweisen sich als erfolgreich, aber aufwändig. Konzepte werden in Koordination mit den Gemeinden und den Leistungserbringern entwickelt oder weiter entwickelt.	
Nr. 3.08.15	Abkommen, Leistungsvereinbarungen und Verträge mit Spitälern und Kliniken Aufgrund der von der Ausführungsverordnung zum KVG (KVV) verlangten leistungsorientierten Planung werden die aktuell gültigen Abkommen und Leistungsvereinbarungen mit Spitälern und Kliniken aufgehoben (gekündigt) und neue detaillierte Leistungsaufträge ausgehandelt. Verträge mit 2-jähriger Laufzeit sind bereits aufgekündigt. Die Verhandlungen sollen bis März 2011 abgeschlossen werden.	
Nr. 3.08.16	Geburtshäuser Geburtshäuser müssen neu entsprechend den Spitälern auf der Spitalliste aufgenommen werden. Dafür werden Leistungskategorien geschaffen, die in der Folge von den Geburtshäusern im Leistungsauftragsverhältnis übernommen werden.	
Nr. 3.08.17	Neue Pflegefinanzierung Die Festlegung der Pflegekosten ambulant und stationär erfordert gesetzliche Anpassungen auf der Ebene Kanton per 1. Januar 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.

Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Aktive Mitgestaltung des Projektes "Gesamterneuerung KSB". Sicherstellung der infrastrukturellen Funktionstüchtigkeit bis zur Erneuerung; Anpassungen an exogene Anforderungen in Form der neuen Spitalfinanzierung und der neuen Marktbedürfnisse. Umsetzung des Auszuges UKBB am Standort Bruderholz ab Februar 2011.	
Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Funktionstüchtigkeit KSB Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB: Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Betriebsinfrastruktur: Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket "Sicherheitsrelevante Massnahmen SM2". Landratsvorlage Nr. 2006 / 325 / Verpflichtungskredit LRB Nr. 2007 / 2502 Total: Fr. 24'500'000.- (Konto 2380.503.30-252) Innenauftrag Nr. 800014 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'329'187.40 Budget 2010: Fr. 5'000'000.- Budget 2011: Fr. 2'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.0 Mio. Fr.
Nr. 3.09.08	Betriebsabläufe Optimierung der Betriebsabläufe im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen. Vorbereitung kürzerer Behandlungspfade. Ausbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte EPA. Realisierung der Pflegedokumentation (im Jahr 2010 zurückgestellt).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.
Nr. 3.09.11	Gesamterneuerung Kantonsspital Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB): Fortsetzung der Projektierungsarbeiten. Mitarbeit auch in der Projektierung des Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation. Landratsvorlage Nr. 2007 / 125 vom 29. Mai 2007, Verpflichtungskredit LRB 204 vom 15. November 2007 Total: Fr. 27'000'000.- (Konto 2320.503.30-232) Projektierung zusammen mit dem Geriatriezentrum (ZAR), vgl. Programmpunkt Nr. 3.08.10. Tranche 2011: 18.0 Mio. Fr. (brutto), 2.9 Mio. Fr. (netto) zulasten Investitionsbudget 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.9 Mio. Fr. (netto)
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSL) Strategische Zielsetzungen Nachhaltige Lösung für das seit Jahren bestehende Parkproblem rund um das KSL. Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes auf der Basis der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSL". Erneuerung des Buffet-Bereichs im Restaurant. Einführung eines Case Managements zur Prozessoptimierung der wichtigsten Patientenpfade als Vorbereitung auf die DRG-Einführung. Erweiterung des ambulanten Beratungs- und Behandlungszentrums im Haus Mühlematt. Sanierung der Patientenzimmer in der Privatabteilung.	

Nr. 3.10.09	Einzelne Massnahme Lösung des Parkproblems rund um das KSL Es ist zwingend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Die bestehenden Parkplätze sind für ein 400-Betten-Spital mit jährlich über 70'000 ambulanten Behandlungen unzureichend. Für die Lösung der dringlichsten Probleme ist das KSL zur Zeit auf diverse Provisorien angewiesen. Die Elektra Birseck Baselland (EBL) beabsichtigt, auf ihrem Betriebsgelände ein Parkhaus für ihre Mitarbeitenden zu erstellen. Voraussetzung für die Realisierung dieses Projektes ist der Einbezug einer Landparzelle des KSL. Die Geschäftsleitung des KSL unterstützt das Vorhaben der EBL. Im Rahmen des Projektes können ca. 200 Parkfelder für Mitarbeitende des KSL geschaffen werden. Der heute zum Teil in Provisorien untergebrachte Rettungsdienst (Krankswagen) soll in diesem Projekt ebenfalls einer guten Lösung zugeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 3.10.12	Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes Nach dem Abschluss der Erneuerung des bestehenden Netzwerkes (LAN-Infrastruktur) und der Installation eines Funknetzes (WLAN-Infrastruktur) im Jahr 2010 erfolgt die Ausrüstung der Pflegestationen für mobile elektronische Patientendossiers. Zusätzlich wird im Rahmen des laufend angepassten Kommunikations-Konzeptes die Ablösung der Personensuchanlage (mobile Voice-Varianten) vorangetrieben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.8 Mio. Fr.
Nr. 3.10.15	Erneuerung des Buffet-Bereichs im Restaurant Der aus den 60er Jahren stammende Buffet-Bereich im Restaurant muss erneuert werden. Die bestehende Infrastruktur wird durch ein zeitgemässes Free-Flow-System ersetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.0 Mio. Fr.
Nr. 3.10.16	Einführung Case Management Im Rahmen der Vorbereitung der DRG-Einführung soll zur Erreichung einer Prozessoptimierung für die wichtigsten Behandlungspfade in den Kliniken ein Case Management eingeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.45 Mio. Fr.
Nr. 3.10.18	Sanierung der Patientenzimmer in der Privatabteilung Die Patientenzimmer der Privatabteilung (9. Stock) sind veraltet und müssen saniert werden. In einer ersten Etappe wird der Sanitärbereich aus dem Jahr 1962 den heutigen Erwartungen und Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Haustechnische Sanierung und energiesparende Verbesserungen in der ZWL.	
Nr. 3.12.02	Einzelne Massnahme Haustechnische Sanierungen mit Berücksichtigung von energiesparenden Verbesserungen Auf der Basis der im Jahr 2007 erstellten Zustandsbeurteilung der haustechnischen Anlagen und Baukörper der ZWL werden jährliche, in sich abgeschlossene Sanierungsprojekte geplant. Die Planung wird laufend aktualisiert und nach Dringlichkeit priorisiert. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des jährlichen Investitionsbudgets (Instandsetzung) und wird etappenweise realisiert. Im Jahr 2011 ist die Sanierung der Energiezentrale Phase 2 Kälte geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.

Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen - Aufbau des Radiologiedienstes KSLa für Niedergelassene; - Permanentes Qualitäts-Management; - Erschliessung neuer Kundensegmente; - Vorbereitung der Einführung von Swiss-DRG.	
Nr. 3.13.05	Vorbereitung der leistungs-basierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) Fortführung der Umsetzungsarbeiten der Jahre 2008 - 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr. Projektkosten
Nr. 3.13.12	Aufbau des Radiologiedienstes für Niedergelassene Mit der Betriebsaufnahme der Computertomographie (CT) und mit dem Verbund Radiologiedienst mit dem KSB verfügt das KSLa über die Voraussetzungen, um den niedergelassenen Ärzten die Leistung eines Radiologieangebotes vor Ort verfügbar zu machen. Das KSLa will dieses Feld aktiv besetzen.	
Nr. 3.13.14	Permanentes Qualitäts-Management Die in den vergangenen Jahren erzielten Verbesserungen sind zu sichern, neue hinzuzufügen und als Elemente des Qualitäts-Managements dauernd auszuformen.	
Nr. 3.13.15	Erschliessung neuer Kundensegmente Im Hinblick auf Swiss-DRG sind die Fallzahlen zu steigern und zu diesem Zweck neue Kundensegmente mit interdisziplinären Angeboten auszubauen. Zusätzlich ist im Verbund der Spitäler BL die Verteilung der stationären Leistungen zu überprüfen.	
Nr. 3.13.18	Vertikalerschliessung Trakt Medizin 2 Die unter dem Punkt 3.13.01 erwähnte Vorgehensweise führt zu einem Teilprojekt für die Vertikalerschliessung des Traktes Medizin 2. Dieser Gebäudeteil ist ausschliesslich im Erdgeschoss über die Cafeteria erschlossen. Dies stellt eine erhebliche betriebliche Erschwernis dar und muss mit einer Vertikalerschliessung abgelöst werden. Im Rahmen des Investitionsbudgets 2010 wurde eine erste Tranche zur Vorbereitung bereitgestellt. Im Jahr 2011 ist der 2. Teil zu realisieren.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.64 Mio. Fr. Projektkosten

Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft - vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 mit Beschluss Nr. 247 zustimmend zur Kenntnis genommen - hat Versorgungsmängel in der Alterspsychiatrie, in der psychiatrischen Tagesversorgung und bei der Behandlung von psychisch Kranken in den somatischen Akutspitälern festgestellt, die es noch zu beheben gilt. Folgende Ziele werden verfolgt: - Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK); - Die Erfassung und die Behandlung von psychischen Leiden an den Kantonsspitälern soll durch konstant präsente Teams der Externen Psychiatrischen Dienste, die in den Spitalstrukturen integriert sind, verbessert werden; - Qualitativer und quantitativer Ausbau der Leistungen zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD sowie zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK; - Die Schaffung von stationären Strukturen für die Hospitalisation von psychisch kranken Jugendlichen in der Adoleszenz. Die Weiterentwicklung des therapeutischen Angebots der Kantonalen Psychiatrischen Klinik zu einer Klinik mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Exzellenz ist eine weitere strategische Zielsetzung der Kantonalen Psychiatrischen Dienste. Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung von Klinikgebäuden sowie der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen und weiterer Liegenschaften auf dem Platz Liestal. Ebenso müssen dringend benötigte Büroräumlichkeiten geschaffen werden. Aus finanziellen Gründen müssen die bereits von 2010 auf 2011 verschobenen Massnahmen zu den Zielen • Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die EPD und die KPK im Umfang von 1.014 Millionen Franken, • Qualitativer und quantitativer Ausbau der Leistungen zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD im Umfang von 0.378 Millionen Franken um ein weiteres Jahr auf 2012 verschoben werden.
Nr. 3.14.09	Einzelne Massnahme Spitalpsychiatrische Teams an den Kantonsspitälern Liestal und Bruderholz In somatischen Akutspitälern bietet sich die Chance einer Früh- erfassung psychischer Störungen. Namentlich die Erkennung und die Behandlung von Depressionen, Alkoholabhängigkeit und Demenzen, aber auch weiterer psychischer Störungen kann hier für Patientinnen und Patienten aller Altersgruppen angeboten werden. Daher soll an den Kantonsspitälern Bruderholz und Liestal die fachgerechte Erfassung, Behandlung und Zuweisung von psychisch erkrankten Menschen durch konzeptionelle und räumliche Einbindung kleiner spitalpsychiatrischer Teams der Externen Psychiatrischen Dienste in das somatische Spital weiter intensiviert werden. Dazu werden mit den Kantonsspitälern Bruderholz und Liestal entsprechende Verträge abgeschlossen, welche die Finanzierung regeln. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft.

Nr. 3.14.13	Erneuerung und Optimierung der Gebäudeinfrastruktur der KPD am Standort Liestal Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) zwecks Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Büroräumlichkeiten. Fertigstellung der Aufstockung des Hauses C gemäss Landratsbeschluss Nr. 1786 vom 25. März 2010. Landratsvorlage Nr. 2009 / 350 / Verpflichtungskredit LRB 1786 Total: Fr. 2'667'350.- (Konto 503.30-XXX) Budget 2010: Fr. 500'000.- Budget 2011: Fr. 2'170'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.17 Mio. Fr. für Fertigstellung Bürogebäude
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Labor Strategische Zielsetzungen Die Inspektionen und Analysen für einen optimalen Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden und täuschenden Lebensmitteln sind weiterhin auf dem modernsten Stand. Die Auswirkungen des auf 2010 geplanten neuen eidgenössischen Lebensmittelgesetzes werden überprüft.	
Nr. 3.15.04	Einzelne Massnahme Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft Die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen, ob die beiden Laboratorien zusammengelegt werden sollen, wird weitergeführt. Parallel dazu wird mit den Kantonen AG, BS und SO über eine engere Kooperation diskutiert. Ziel ist es, für die einzelnen Laboratorien Schwerpunkte zu definieren.	
Nr. 3.15.06	Trinkwasserüberwachung Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gebracht. Die Wasserversorgungen, die durch Deponien beeinflusst werden könnten, werden nach den neuesten Kenntnissen untersucht. Dazu werden die Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) laufend intensiviert, wichtige Daten ausgetauscht sowie das entsprechende Know-how und die benötigten Analysegeräte beschafft.	
Nr. 3.15.07	Gesetzesanpassungen (unter anderem Totalrevision des Eidgenössischen Lebensmittelgesetzes 2010) Die Auswirkungen auf die Kantonale Lebensmittelkontrolle werden überprüft. Insbesondere ist der einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, dem überwiegenden Wegfall der Grenzkontrolle durch den Bund und der beabsichtigten Einführung des Öffentlichkeitsprinzips Rechnung zu tragen. Die finanziellen Konsequenzen sind noch nicht abschätzbar.	

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Tiefbau

Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind die unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetze im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Neben der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht es um die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses.

Unter diesen Aspekten und mit den knappen Finanzmitteln erhalten Bewirtschaftung und Wert-erhaltung des Gesamtnetzes für den Strassen- und Schienenverkehr sowie das Verkehrsmanagement erste Priorität. Die Verkehrsnetze müssen in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden. Der funktionsgerechte Ausbau und die Anpassung an neue Anforderungen und Randbedingungen sind in Anbetracht der finanziellen Mittel ebenfalls von hoher, aber sekundärer Priorität.

Die hohen Erwartungen und die knappen finanziellen Mittel erfordern eine regionale Koordination der Verkehrs- und Siedlungsplanung im Agglomerationsprogramm.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Planung des Hochwasserschutzes unter gleichzeitiger Beachtung naturnaher Gewässer und die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten.

Hochbau

Die Schwerpunkte 2010 erweisen sich auch für 2011 aktuell. Für die Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen für die Verwaltungszwecke sind zahlreiche Neubauvorhaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Justiz von prioritärer Bedeutung. Darunter auch ein grosses partnerschaftliches Projekt für die Universität Basel. Abgeleitet aus der Strategie für ein Flächenmanagement konnten zwei Massnahmen, Bauprojekte für die Verwaltung Liestal sowie ein Neubau für das Kantonsgericht, konkretisiert werden. Die zahlreichen Projekte befinden sich vorwiegend in der Planungsphase.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 652 vom 4. Mai 2010 betr. Investitionsprogramm im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Priorisierungen vorgenommen, welche in den nächsten Jahren zu zahlreichen Übergangslösungen führen.

2011 soll der definitive Eigentumsübertrag der Sekundarschulbauten durch den Kanton erfolgen, sofern die Übernahme vom politischen Entscheidungsträger 2010 genehmigt wird. Mit der Übernahme der rund 100 Gebäude mit einem durchschnittlichen Alter von 42 Jahren werden einige Umbau- und Sanierungsprojekte durch den Kanton in den nächsten Jahren auszulösen sein. 2011 liegt der Schwerpunkt auf der Massnahmenplanung. Zudem müssen die übernommenen Bauten aufgrund ihres Alters ausserordentlich abgeschrieben werden.

Umweltschutz und Energie

Im Bereich Umweltschutz und Energie sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Informationen aus dem Kataster der belasteten Standorte sind öffentlich zugänglich. Die Altlastenbearbeitung der Siedlungsabfalldeponien im Raum Muttens und der belasteten Standorte Pratteln wird fortgeführt und die entsprechenden Massnahmen sind eingeleitet worden. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers während allfälligen Sanierungsarbeiten sind umgesetzt.
2. Wasser: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt.
3. Energie und Klimaschutz: Die Umsetzung der Energiestrategie des Regierungsrates vom 8. April 2008 wird fortgeführt. Im Vordergrund stehen die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung.
4. Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt.

Industrielle Betriebe

Der Kanton sorgt für den gesetzeskonformen, sicheren Betrieb der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich und nutzt dabei die Möglichkeit, Wertstoffe und Energie zurückzugewinnen. In Kooperation mit Privaten werden Materialien aus Altlastensanierungen aufbereitet und ein wesentlicher Teil der Stoffe in den Materialkreislauf zurückgeführt. So wird der nachhaltige Umgang mit Baustoffen gefördert, die Lebensdauer der Reaktordeponie Elbisgraben verlängert und ein Kostenvorteil für den Abfall-Lieferanten realisiert.

Die Abwasserreinigungsanlagen und Anlagen im Netz (Kanäle, Mischwasserbecken) im Verantwortungsbereich des Kantons leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz des Nahrungsmittels Trinkwasser, nutzen Kostenvorteile im Betriebsverbund des AIB und werden als Quellen zur Gewinnung erneuerbarer Energie genutzt.

Die Wärmeerzeugung für die Liegenschaften des Kantons und der Betrieb der eigenen Energieanlagen erfolgt durch den vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energiequellen wie Holz, Deponie- und Klärgas.

Raumplanung

Im Vordergrund stehen im 2011 folgende vier Schwerpunkte:

- Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans sowie der Aufbau der Raumbeobachtung (Vollzugs- und Wirkungscontrolling).
- Die Projektierung von Schlüsselprojekten des Spezialrichtplans Salina Raurica.
- Die Durchführung von nachhaltigen Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrages (GLA) 2010 - 2013.
- Arealentwicklungen: Birs-Stadt, Dreispitz Süd, Klingenthal-Lachmatt, etc.

Sicherheit

Das Sicherheitsinspektorat vollzieht die Störfallverordnung, die Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie die Gefahrgutbeauftragtenverordnung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen.

Luftreinhaltung

Umsetzung von Schadstoffminderungsmassnahmen des Luftreinhalteplans in Industrie und Gewerbe: Netzwerk- und Informationsaktionen mit der Chemiebranche und metallverarbeitenden Betrieben zur Umsetzung des Standes der Technik.

Nichtionisierende Strahlung

Kommunikation von Modellierungs- und Messdaten (Immissionskataster).

Verstärkte Kontrolle im Feld durch Inspektionen der Anlagen und Kontrollmessungen.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmassnahmen für die schienengebundenen Trassen. Diese werden für die kommenden Jahre mit den Transportunternehmungen geplant, die notwendigen Kredite werden beantragt. Mit dem Kreditbeschluss "Massnahmen Bahnübergänge" wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exkl. SBB) sollen bis 2014 nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden. Für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen. Bei der Linie 10 ist die Doppelspurverlängerung vom Bahnhof Dornach - Arlesheim bis Stollenrain im Bau und soll mittelfristig in Abhängigkeit der finanziellen Mittel der Abschnitt Ettingen - Flüh auf Doppelspur ausgebaut werden, um den Takt von 10 auf 7.5 Min. verdichten zu können. Bei der Linie 11 steht die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Die Planung für den systematischen, behindertengerechten Umbau der Haltestellen für Tram und Bus bis 2023 wird gestartet. Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, ein verdichteter Fahrplan sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.	
Nr. 4.01.02	Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Reinach Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau ab 2013. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478) Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003) Innenauftrag Nr. 500425 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 31'621'230.70 Budget 2010: Fr. 1.00 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.
Nr. 4.01.04	BLT-Linie 10, Dornach - Arlesheim Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim (erfolgt) und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (LRV: 2008 / 006 ; LRB 2008 / 418) Total Fr.: 20'788'000.- (Konto 2317.364.00-013) Innenauftrag Nr. 500423 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 2'550'904.15 Budget 2010: Fr. 7.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.

Nr. 4.01.05	BVB-Linie 6, Allschwil - Fertigstellungsarbeiten Kreisel Grabenring, - Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse); Zielsetzung Bau ab 2013 ermöglichen, - Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit. Kreisel Grabenring; Realisierung; Anteil Schiene Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1527 Total Fr. 2'705'000.- (Konto 2317.501.40-014) Innenauftrag Nr. 700106 Per Ende 2009 verbraucht: 113'756.70 Budget 2010: Fr. 2.60 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2010 /1721 (LRV 2009 / 348) Total Fr. 3'500'000.- (Konto 2317.501.40-016) Innenauftrag Nr. 700192 Per Ende 2009 verbraucht: 0.- Budget 2010: Fr. 1.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio. Vgl. Punkt 4.02.26.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.60 Mio. Fr.
Nr. 4.01.08	Massnahmen Bahnübergänge Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2010 (unter anderem Lampenberg Nord) bis 2014. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (LRB 2006 / 2036; LRV 2006 / 037) Total Fr. 20'000'000.- (Konto 2317.364.00-012) Innenauftrag Nr. 500422 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 493'947.75 Budget 2010: Fr. 2.50 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.
Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, Muttenz - Pratteln Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe. Planung ab 2009, Realisierung ab 2012. (Konto 2317.364.00-006) Innenauftrag Nr. 500420 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 34'868.35 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.
Nr. 4.01.10	Standards Schieneninfrastruktur Für die Erhaltung der Schieneninfrastruktur soll ein Konzept mit den geforderten Standards und den notwendigen Erhaltungsmassnahmen erstellt werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen Tram und Waldenburgerbahn (WB). Die Erarbeitung der Konzepte erfolgt durch die Konzessionierten Transportunternehmen (KTU) in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 4.01.11	Strassen gebundener Öffentlicher Verkehr - Prüfen und Einleiten von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität (Diverse Massnahmen in Therwil / Busspuren Bruderholzstrasse; Optimierung der Steuerung von Lichtsignalanlagen etc.). - Erstellung von Bushaltestellen als Folge der neuen / geänderten Buslinien mit dem 6. GLA. - Ausarbeitung Konzept ab 2011 für eine behindertengerechte Erneuerung der Haltestellen Tram und Bus nach einheitlichem Konzept bis 2023. (Konto 2317.401.40-999) Innenauftrag Nr. 700107 Budget 2010: Fr. 2.30 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.
Nr. 4.01.12	Waldenburgerbahn Erneuerung (Geleise, Kunstbauten) und Ausbauten (Kreuzungsinself, Anpassung Haltestellen an Behinderten-Gesetz (BeHiG), zukünftiges Rollmaterial) vorbereiten auf der Basis des erneuerten Betriebskonzeptes; inkl. Haltestelle Altmarkt. Erneuerung Fahrleitungen (altershalber) inkl. Ertüchtigung für neues Rollmaterial (Projektierung; Realisierungen ab ca. 2012). WB Ausbau Haltestelle Altmarkt Innenauftrag Nr. 500430 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. WB Ausbau Infrastruktur Innenauftrag Nr. 500431 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. WB Erneuerung Fahrleitungen Innenauftrag Nr. 500623 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.65 Mio. Fr.
Nr. 4.01.13	BVB-Linie 14, Salina Raurica Verlängerung der Tramlinie 14 bis zur S-Bahn-Station Salina Raurica. Ausarbeitung Vorprojekt ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982; LRV 2007 / 005A Total: Fr. 1'344'000.- (Konto 2317.364.00-016) Innenauftrag Nr. 500426 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 40'596.30 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.

Nr. 4.01.14	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Ettingen - Flüh Ausbau mittels Doppelspur-Inseln zur Ermöglichung 7.5-Minuten-Takt. Planung ab 2009, Realisierung offen (Finanzierung Bund und Kanton unsicher). (Konto 2317.364.00-024) Innenauftrag Nr. 500622 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.01.15	BLT Linie 10 / 17, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Innenauftrag Nr. 500571 Budget 2010: Fr. 0.70 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.01.16	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Spiesshöfli Ausbau Reststück auf Doppelspur zur Angebotserweiterung / Fahrplanstabilität. Planung ab 2009, Einleiten Landerwerb ab 2010; Realisierung ab 2017. (Konto 2317.364.00-025) Innenauftrag Nr. 500569 Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.20 Mio. Fr.
Nr. 4.01.17	BLT Linie 10, Birseck, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317. 364.00-026) Innenauftrag Nr. 500570 Budget 2010: Fr. 0.60 Mio. Budget 2011: Fr. 2.20 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.20 Mio. Fr.
Nr. 4.01.18	BLT Linie 11, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Innenauftrag Nr. 500572 Budget 2010: Fr. 4.10 Mio. Budget 2011: Fr. 4.90 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.90 Mio. Fr.

Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist es, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist hoch. Die Mittel sollen nach der im Regierungsratsbeschluss Nr. 1385 vom 5. September 2006 dargelegten dualen Erhaltungsstrategie investiert werden. Der Kanton Basel-Landschaft befürwortet grundsätzlich die vorgesehene Übernahme der H2 Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont unter fairen Bedingungen. Die Projektierung von Ausbau- und Neubauprojekten wird forciert, um dem Bund möglichst genehmigte Projekte zur raschen Realisierung übergeben zu können. Die notwendigen Erhaltungsmassnahmen werden unabhängig eines allfälligen Eigentümerwechsels nach Bedarf geplant und realisiert. Die Realisierung des Schlüsselprojektes H2 Pratteln - Liestal wird fortgesetzt.	
Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf bei der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit - Zustand Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsfluss.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2312, 2313, 2314
Nr. 4.02.02	Optimierung des Verkehrsflusses Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne für die Nationalstrassen (Federführung Bund; Mitarbeit Kanton) erarbeitet - im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen -, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln. (Konto 2312.318.20) Neu 3132 0 000 Budget 2010: Fr. 0.225 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen Mit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung für dieses Projekt integral beim Bund. Das Tiefbauamt ist in der Begleitkommission des ASTRA durch den Kantonsingenieur vertreten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (100 % Bund)
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exkl. Rheinstrasse). Ertüchtigung Bauprojekt Rheinstrasse. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2418 und 2006 / 1816 Total Fr. 283.0 Mio. (Konto 2312.501.20-004) Innenauftrag Nr. 700066 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 152'442'249.25 Budget 2010: Fr. 60.00 Mio. Budget 2011: Fr. 64.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 64.00 Mio. Fr.

Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Erneuerung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Ausarbeitung rechtskräftiges Bauprojekt zur Übergabe und Realisierung an Bund (bei allfälliger Übernahme). Weiterführung Projektierung 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217 und 2009 / 1526; LRV 2009 / 209 Total: Fr. 9.40 Mio. (Konto 2312.501.10-138) Innenauftrag Nr. 700055 / 700485 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 878'468.40 Budget 2010: Fr. 1.50 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.
Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Ausarbeiten des Generellen Projektes sowie Landratsbeschluss zum Generellen Projekt herbeiführen. Mit Option Weiterführung Projektierungsarbeiten durch den Bund bei allfälliger Übernahme der H18. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3.0 Mio. (Konto 2312.501.10-013) Innenauftrag Nr. 700049 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 3'080'557.15 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Gemäss Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan wird innert fünf Jahren eine Landratsvorlage zur Anpassung des Richtplans im Bereich Leimental / Birseck (ELBA = Entwicklungskonzept Leimental Birseck Allschwil) ausgearbeitet, die eine Problemanalyse, die Randbedingungen für die Lösungsentwicklung, die Ergebnisse und die erforderliche Richtplananpassung beinhaltet. Die betroffenen Gemeinden sowie der Kanton Basel-Stadt und Frankreich werden in den Planungsprozess einbezogen. Mit dem Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan sind für die Projektierung des gesamten Strassennetzes Baselland Fr. 2.5 Mio. genehmigt worden; davon sind Fr. 1.0 Mio. für den oben beschriebenen Planungsauftrag vorgesehen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1080 Total: Fr. 2.50 Mio. (Konto 2312.501.10-017) Innenauftrag Nr. 700050 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.25 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.
Nr. 4.02.10	Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: KS 25 - 30 / Jahr HLS 5 - 10 / Jahr Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314

Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Netzausbau: Ausarbeiten Gesamtkonzept mit Fertigstellungshorizont 2020; Ausarbeiten ausführungsreifer Projekte und Realisierung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 1647 Total: Fr. 47.722 Mio. (Konto 2312.501.20-007) Innenauftrag Nr. 700061 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 25'928'912.70 Budget 2010: Fr. 1.00 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach - Ausarbeitung rechtskräftiges Bauprojekt zur Übergabe und Realisierung an Bund (bei allfälliger Übernahme). Weiterführung Projektierung 2011, - Vorprojekt für Durchstich Pfeffingerring, - Vorprojekt für "Direkte Anbindung Dornach an H18" (Federführung Kanton Solothurn). H18, Vollanschluss Aesch Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180; LRV 2008 / 310 Total: Fr. 3.30 Mio. (Konto 2314.501.10-003) Innenauftrag Nr. 700094 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 468'607.50 Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Budget 2011: Fr. 1.00 Mio. Durchstich Pfeffingerring Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180; LRV 2008 / 310 Total Fr. 0.40 Mio. (Konto 2312.501.20-152) Innenauftrag Nr. 700088 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 21'896.75 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Anbindung Dornach (Konto 2312.501.20-153) Innenauftrag Nr. 700089 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.20 Mio. Fr.
Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Wiederaufnahme Projektierung ab 2011; Ausarbeitung ausführungsreifes Projekt. (Konto 2312.501.20-145) Innenauftrag Nr. 700081 Budget 2010: 0.- Mio. Budget 2011: 0.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.

Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke Bau der Birsbrücke sowie Ausführungsplanung und Baubeginn der Ortsdurchfahrt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420 Total Fr.: 14.0 Mio. (Konto 2312.501.20-149) Innenauftrag Nr. 700085 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 1'548'573.60 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 4.80 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.80 Mio. Fr.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2014 ermöglichen. (Konto 2312.501.20-146) Innenauftrag Nr. 700082 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'124.95 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.15 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.
Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse Wiederaufnahme Bau- und Ausführungsprojekt. Bau ab 2014 ermöglichen. (Konto 2312.501.20-137) Innenauftrag Nr. 700076 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.05 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung bis spätestens 2014 vorbereiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total Fr. 0.5 Mio. (Konto 2312.501.20-139) Innenauftrag Nr. 70077 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'354.90 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.15 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.
Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung. (Konto 2312.501.20-995) Innenauftrag Nr. 700148 Budget 2010: Fr. 2.00 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.

Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue Gewährleistung der Tunnelsicherheit. 1. Intervention 2009 / 2010 / 2011: Ausbau der Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. Gesamtkosten 18.83 Mio. Franken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1027; LRV 2008 / 269 Total Fr. 18.83 Mio. (Konto 2314.501.30-001) Innenauftrag Nr. 700096 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 774'040.60 Budget 2010: Fr. 6.00 Mio. Budget 2011: Fr. 9.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 9.00 Mio. Fr.
Nr. 4.02.26	Allschwil, Korrektur / Umgestaltung Baslerstrasse - Fertigstellungsarbeiten Kreisel Grabenring, - Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Zielsetzung Bau ab 2013 ermöglichen. Kreisel Grabenring; Realisierung; Anteil Strasse Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRV 2009 / 211; LRB 2009 / 1527 Total Fr. 3'845'000.- (Konto 2312.501.20-136) Innenauftrag Nr. 700075 Per Ende 2009 verbraucht: 26'612.10 Budget 2010: Fr. 3.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. Erneuerung Baslerstrasse; Projektierung Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 564 Total Fr. 1'000'000.- (Konto 2312.501.10-136) Innenauftrag Nr. 700056 Per Ende 2009 verbraucht: 232'638.70 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 0.40 Mio. Vgl. Punkt 4.01.05.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.90 Mio. Fr.
Nr. 4.02.27	Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Erarbeitung von Bau- und Ausführungsprojekt sowie Landratsvorlage. Realisierung Etappe 1 ab 2012 ermöglichen; Etappe 2 als Ersatzprojekt zur Ausführung bereit halten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 564 Total: Fr. 150'000.- (Konto 2312.501.10-016) Innenauftrag Nr. 700160 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 124'951.30 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.

Nr. 4.02.28	Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse Vorprojekt, Bau- und Ausführungsprojekt, Bau ab 2015 ermöglichen; Ausarbeitung Vorprojekt 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982; LRV 2007 / 005 Total: Fr. 10.50 Mio. (Konto 2312.501.20-150) Innenauftrag Nr. 700243, 700086, 700244, 700320 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 127'729.75 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.
Nr. 4.02.29	Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung in Etappen ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 671 Total: Fr. 400'000.- (Konto 2312.501.10-014) Innenauftrag Nr. 700067 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 287'660.35 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.
Nr. 4.02.31	H18 Anschluss Angenstein / Muggenbergstunnel Ausarbeitung Bauprojekt für Anschluss Angenstein / Ausarbeitung vereinfachtes Vorprojekt Muggenbergstunnel, um Bau Anschluss Angenstein zu ermöglichen (Zeitpunkt offen). Start Vorprojekt ab 2011. (Konto 2314.501.10-002) Innenauftrag Nr. 700093 Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.
Nr. 4.02.32	Liestal, Rosen- / Militärstrasse Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Bau ab 2014 ermöglichen; Ausarbeitung Vorprojekt 2011. (Konto 2312.501.20-143) Innenauftrag Nr. 700421. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.
Nr. 4.02.33	Allschwil, Knoten Hegenheimermattweg / Grabenring Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Bau als Ersatzprojekt ab 2014 ermöglichen. Ausarbeitung Bauprojekt ab 2011. (Konto 2312.501.20-154) Innenauftrag Nr. 700090 Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.

Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund realisierter Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt.	
Nr. 4.03.03	Einzelne Massnahme Allschwil, Hochwasserschutz "Dorf" Der Verpflichtungskredit wird abgerechnet und 2011 wird für das Projekt Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach eine Landratsvorlage für einen neuen Kredit ausgearbeitet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr 7.09 Mio. (Konto 2316.701.90-015) Innenauftrag Nr. 700097 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 7'508'028.25 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz HWS Eibach Weiterführung der Realisierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr. 2.95 Mio. (Konto 2316.701.90-017) Innenauftrag Nr. 700098 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 57'457.50 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.
Nr. 4.03.07	Reigoldswil, HWS Hintere Frenke Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau). Realisierung ab 2013 ermöglichen. (Konto 2316.501.90-019) Innenauftrag Nr. 700099 Budget 2010: Fr. 0.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.
Nr. 4.03.08	Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten, unter anderem Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung, Lausen / Liestal Ergolz Renaturierung und HWS. Schutzprojekte aufgrund des Hochwassers 2007 Planung und Realisierung von Massnahmen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.85 Mio. Fr.

Nr. 4.03.09	Zwingen, Birs HWS und Fischgängigkeit Fertigstellen der Realisierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420 Total: Fr. 1.60 Mio. (Konto 2316.501.90-020) Innenauftrag Nr. 700100 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 46'876.20 Budget 2010: Fr. 0.80 Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr.
Nr. 4.03.11	Biel-Benken, Birsig HWS Planung von möglichen Massnahmen mit den Gemeinden Biel-Benken, Therwil und Oberwil. Innenauftrag Nr. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.
Nr. 4.03.12	Liesberg, Birs HWS Planung von möglichen Massnahmen in Absprache mit dem Kanton Jura. Innenauftrag Nr. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.
Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Weiterbearbeitung von zahlreichen Projekten in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen: - Basierend auf dem Landratsbeschluss vom 20. Mai 2010 zur Bedarfs- und Projektierungsvorlage wird 2011 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens FHNW Muttenz erfolgen. Das Planerteam aus dem Siegerprojekt wird das Bauprojekt in Angriff nehmen. - Für die Bauvorhaben Kantonsspital Bruderholz und Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation wird 2011 nach Überarbeitung des Vorprojektes das Bauprojekt erarbeitet. - Für das Projekt Neubau Biozentrum auf dem Areal Schällemätteli für die Universität Basel wird 2011 das Bauprojekt erarbeitet. - Basierend auf einem positiven Landratsentscheid für Projektierungskredite zu den konkreten Massnahmen aus der Strategie Flächenmanagement in Liestal, einem Verwaltungsneubau und einem Neubau für das Kantonsgericht, werden 2011 für die beiden Bauvorhaben Architekturwettbewerbe durchgeführt. Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Zur Planung der mit Regierungsratsbeschluss Nr. 652 vom 5. Mai 2010 betr. Investitionsprogramm priorisierten Vorhaben sind die notwendigen Mittel sicherzustellen. Für die aufgrund von Posteriorisierungen aufgeschobenen Vorhaben sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Übergangslösungen zu suchen. Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen ist trotz Budgetreduktion garantiert. Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert. Schwerpunkt im Jahr 2011 ist die Integration des Portfolios der Sekundarschulbauten in das System und damit verbunden die Mehrjahresplanung und Prioritätensetzung.	

Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Zwei konkrete Massnahmen wurden formuliert, als Projekte definiert und im Investitionsprogramm erfasst: zentraler Verwaltungsneubau und Neubau für das Kantonsgericht. IA: 700039 Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.
Nr. 4.04.02	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude Total: Fr. 70.0 Mio. (Konto 2320.503.30-286) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.03 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio. (Projektentwicklung) IA: 700030 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.
	Muttenz, Gewerbeschule, Sanierung Aussenhülle, LRV 2007 / 283 ; LRB 2008 / 424 Total: Fr. 3.6 Mio. (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.97 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. (wird 2011 abgeschlossen) IA: 700003	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
	UKBB Neubau Basel (50% Anteil BL) LRV 2005 / 125 ; LRB 2005 / 1393 Total: Fr. 80.85 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 46.74 Mio. Budget 2010: Fr. 26.0 Mio. Budget 2011: Fr. 1.25 Mio. IA: 700005	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.25 Mio. Fr.
	Muttenz, Strafjustizzentrum, LRV 2004 / 182 ; LRB 2005 / 1325 Total: Fr. 74.2 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 4.49 Mio. Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 24.42 Mio. IA: 700007	Finanzielle Auswirkungen 2011: 24.42 Mio. Fr.
	Liestal, Neubau Kantonsgerichtsgebäude, Projektierungsvorlage 2004 / 182 Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700009 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
	Augst Römerstadt Augusta Raurica AP / Steinlager / Diverses Total: Fr. 34.24 Mio. (Konto 2320.503.30-257) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700010	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle LRV 2007 / 283 ; LRB 2008 / 424, zurückgestellt Total: Fr. 22.25 Mio. (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.75 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. (Restzahlungen von 2010) IA: 700011	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

	Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle LRV 2007 / 283; LRB 2008 / 424 Total: Fr. 9.05 Mio. (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 6.30 Mio. Budget 2011: Fr. 1.065 Mio. IA: 700015	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.065 Mio. Fr.
	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung LRV 2008 / 196; LRB 2009 / 1026 Total: Fr. 7.2 Mio. (Konto 2320.503.30-271) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 1.43 Mio. Budget 2010: Fr. 5.72 Mio. Budget 2011: Fr. 0.22 Mio. IA: 700018	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.22 Mio. Fr.
	Liestal, Turnhalle für Gymnasium LRV 2009 / 144; LRB 2009 / 1399 Total: Fr. 10.53 Mio. (Konto 2320.503.30-272) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.08 Mio. Budget 2010: Fr. 4.7 Mio. Budget 2011: Fr. 2.58 Mio. IA: 700019	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.58 Mio. Fr.
	Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum, inkl. Ersatz Kälte und USV - Erweiterung Total: Fr. 0.- Mio. (Konto 2320.503.30-274) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700021 Da es sich beim Projekt um eine Einmietung handelt, werden die Kosten der Laufenden Rechnung belastet. Das Projekt entfällt somit in der Investitionsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume / Erweiterungsbau Total: Fr. 31.8 Mio. (Konto 2320.503.30-278), zurückgestellt LRV 2009 / 388; LRB 2010 / 1722 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.7 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700022	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Villa Ehinger LRV 2009 / 383; LRB 2010 / 1842 Total: Fr. 2.82 Mio. (Konto 2320.503.30-279) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 1.070 Mio. IA: 700023	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.070 Mio. Fr.
	Muttenz, FHNW Hochschule für Life Sciences HLS LRV 2009 / 384 Total: Fr. 145.5 Mio. (Konto 2320.503.30-280) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.13 Mio. Budget 2010: Fr. 1.70 Mio. Budget 2011: Fr. 3.92 Mio. IA: 700024 / 700440	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.92 Mio. Fr.

Gutsbetrieb Wildenstein und Arxhof, Freilaufställe Total: Fr. 2.65 Mio. (Konto 2320.503.30-284) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.23 Mio. Budget 2010: Fr. 1.2 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700028 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Liestal, Gymnasium Innensanierung Haupttrakt LRV 2009 / 388; LRB 2010 / 1722 Total: Fr. 5.1 Mio. (Konto 2320.503.30-293) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.13 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 3.30 Mio. IA: 700321	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.30 Mio. Fr.
Muttenz, FHNW Pädagogische Hochschule PH / Hochschule für Soziale Arbeit HSA inkl. Umbau Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik HABG LRV 2009 / 384 Total: Fr. 185.23 Mio. (Konto 2320.503.30-310) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.28 Mio. Budget 2010: Fr. 2.30 Mio. Budget 2011: Fr. 4.98 Mio. IA: 700032 / 700440	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.98 Mio. Fr.
Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten Übergangslösungen Total: Fr. 3.9 Mio. (Konto 2320.503.30-311) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. IA: 700033	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.
Muttenz, FHNW, Landerwerb Total: Fr. 72.0 Mio. (Konto 2320.503.30-312) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 7.00 Mio. IA: 700034	Finanzielle Auswirkungen 2011: 7.00 Mio. Fr.
Basel, Universität Neubau Schällemätteli (50% Anteil BL) LRV 2008 / 267; LRB 2009 / 1245 Total: Fr. 118.75 Mio. (Konto 2320.503.30-410) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 2.50 Mio. Budget 2011: Fr. 3.00 Mio. IA: 700036	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.00 Mio. Fr.
Basel, Universität Neubau Volta (50% Anteil BL) Total: Fr. 131.75 Mio. (Konto 2320.503.30-411) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio. (verzögert) IA: 700037	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr.
Sissach, Arealnutzung Werkhof Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2320.503.30-710) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700154	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

	Globalkredit für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2320.503.30-997) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 2.00 Mio. Budget 2011: Fr. 1.00 Mio. IA: 700041	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.00 Mio. Fr.
	Übernahme der Sekundarschulbauten, Neu- und Umbauten Total: Fr. 151.0 Mio. (Konto 2320.503.30.247) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 4.00 Mio. IA: 700006	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.00 Mio. Fr.
	Übernahme der Sekundarschulbauten, Instandsetzungsarbeiten und kleinere Investitionen Total: Fr. 123.7 Mio. (Konto 2320.503.30.991) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 4.00 Mio. Budget 2010: Fr. 5.70 Mio. IA: 700040	Finanzielle Auswirkungen 2011: 5.70 Mio. Fr.
Nr. 4.04.03	Unterhaltsmassnahmenpläne Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird aktualisiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt im Jahr 2011 ist weiterhin die Erfassung der Liegenschaften der Sekundarschulbauten bezogen auf den Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahres-planungen.	
Nr. 4.04.04	Unterhaltsstandard Der Unterhaltsstandard ist festgelegt und bildet die Basis für die Definition von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen der Liegenschaften.	
Nr. 4.04.05	Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen muss garantiert werden. Basierend auf den mit Stratus erhobenen Zustandsanalysen der Gebäude werden mittels Mehrjahresunterhaltsplänen die benötigten Finanzmittel nach Priorität beantragt.	
	Bau (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Bau-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität (davon 75 Prozent Instandsetzung / Instandhaltung und 25 Prozent Nutzerbedingte Veränderungen). Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.999)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 7.00 Mio. Fr. / Jahr
	Technik (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Haustechnik-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität. Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.998)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.00 Mio. Fr. / Jahr

Nr. 4.04.06	Übernahme Sekundarschulen durch den Kanton Eigentumsübertrag Einmaliger Finanzbetrag für den Eigentumsübertrag. Der im Schulbautenfonds 8010 reservierte Betrag reicht nicht aus, um die effektiven Kosten des Übertrags zu decken. Übernahme der Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag Total: Fr. 170.0 Mio. (Konto 2320.503.30.290) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 130.0 Mio. Budget 2011: Fr. 185.0 Mio. Fondsvermögen per 1. Januar 2009: 89.0 Mio. Franken. IA: 700199	Finanzielle Auswirkungen 2011: 96.00 Mio. Fr.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Die belasteten Standorte im Kanton Basel-Landschaft sind bekannt. Notwendige Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen von Altlasten sind gemäss ihrer Relevanz eingeleitet.	
Nr. 4.05.03	Einzelne Massnahme Aufbau des Katasters der belasteten Standorte Der Kataster der belasteten Standorte (KbS) ist als Arbeitsinstrument operativ und der Öffentlichkeit zugänglich.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.
Nr. 4.05.06	Überwachung und Sanierung wichtiger belasteter Standorte Für die Deponien im Raum Muttenz, Pratteln sowie für die anderen prioritären sanierungsbedürftigen Standorte (inkl. Schiessanlagen) sind die entsprechenden Überwachungs- bzw. Sanierungsmassnahmen eingeleitet. Für die Begleitung der Sanierung der elsässischen Deponien nahe Schönenbuch wird die im 2010 begonnene Überwachung des Grund- und Trinkwassers weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.78 Mio. Fr.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.	
Nr. 4.05.12	Einzelne Massnahme Überwachung der Grundwasserqualität Die systematische grossräumige Überwachung der chemischen, physikalischen und mikrobiologischen Belastung des Grundwassers unter besonderer Berücksichtigung belasteter Standorte (hot spots wie Muttenzer Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal, etc.) ist umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)

Nr. 4.05.13	Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale Die heutigen Schutzzonen im Kanton BL sind in den für die Wasserversorgung prioritären Zonen mit modernen hydrogeologischen Methoden überprüft und entsprechend angepasst. Im 2011 werden die Schutzzonen im Birstal von Aesch bis Birsfelden überarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)
Nr. 4.05.14	Wasserstrategie des Regierungsrates Die Wasserstrategie des Regierungsrates (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) liegt vor und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet. Für die Umsetzung der Massnahmen im Amt für Umwelt und Energie (AUE) wird eine Landratsvorlage erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)
Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie D Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch Sicherstellung der Einhaltung der Emissions- und Immissionsgrenzwerte sowie durch Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.	
Nr. 4.05.30	Einzelne Massnahme Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen Weiterführung der systematischen Informations- und Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) und den Kaminfegermeistern (3. Jahr und Abschluss).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.05.31	Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten • Netzwerkveranstaltung für Chemiebetriebe: Infoaustausch zu ökologischem Managementsystem, Stand der Technik, Gute Laborpraxis; Ziel: Implementierung einer Erfahrungsplattform unter Federführung der Privaten; • Informationsveranstaltung für die Metallbranche bzgl. Möglichkeiten alternativer Reinigungsmittel zu VOC (Volatile Organic Compound / Flüchtige organische Verbindung), Reduktion diffuser Emissionen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.035 Mio. Fr.
Nr. 4.05.32	Atmosphärische Gasheizungen Fortsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen (Phase II).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.05.33	Zusammensetzung von Feinstaubproben Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaub. Budget 2011: Fr. 0.023 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.023 Mio. Fr.
Nr. 4.05.38	Aufbau des Bereichs "Lichtverschmutzung" Erarbeitung eines Konzeptes gemeinsam mit den Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 4.05.39 / 2	Luftbelastung in Entwicklungsgebieten Erfassung der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid in Gebieten mit raumplanerischem Entwicklungspotenzial im Kanton Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.010 Mio. Fr.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie E Schutz vor Störfällen / Sicherheit Strategische Zielsetzungen Der hohe Sicherheitsstandard wird aufrechterhalten. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel der Raumplanung) integriert. Die Informationen werden dank des Geoinformationssystems (GIS) und mit einem auf dem Internet basierenden Informations- und Verwaltungssystem für das umfassende Risikokataster optimal genutzt.	
Nr. 4.05.42	Einzelne Massnahme Umfassender Risikokataster Zusammenführung, Kommunikation und Darstellung des Katasters der radiologischen, chemischen und biologischen Risiken im A-Risk und C-Risk ist in der Detailphase und soll im Jahr 2011 abgeschlossen werden. Total: Fr. 0.1 Mio. (Konto 3132 0 000) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.016 Mio. Budget 2010: Fr. 0.05 Mio. Budget 2011: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 4.05.43	Bekämpfung invasive Neobiota Gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitet die Arbeitsgruppe Neobiota des Kantons in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt eine Strategie zum Vorgehen gegen die ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota. Bis zur Umsetzung der Neobiotastrategie ab 2012 ist das Sicherheitsinspektorat Ansprech-partner der Gemeinden für Fragen zum Thema invasive gebiets-fremde Organismen. RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 3132 0 000) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine Ab 2012 5.0 Mio. Fr., verteilt auf 5 Jahre
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie G Energie / Klimaschutz Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Energiestrategie mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO ₂ -Emissionen reduzieren.	

Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Weiterführung des Förderprogramms "Baselbieter Energiepaket" in der Partnerschaft mit dem Hauseigentümerverband, der Wirtschaftskammer und der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1476 Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 3637) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 4.20 Mio. Budget 2011: Fr. 4.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.30 Mio. Fr.
Nr. 4.05.63	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 wird als Massnahme aus der Energiestrategie des Regierungsrates vom 8. April 2008 mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2012 umgesetzt. Die Verordnung über die rationelle Energienutzung wird parallel dazu entsprechend angeglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.05.64	Internationale Zusammenarbeit Interreg IV. Projekt: "Aufbau eines trinationalen Energie-Netzwerks der Metropolregion Oberrhein": Dieses Projekt dient zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Klimaschutzstrategie. Die Umsetzung dieses Projektes ist durch die Zugehörigkeit des Kantons BL in der Oberrheinkonferenz, speziell in der Kommission Klimaschutz, gegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz Strategische Zielsetzungen Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über Grenzen hinweg.	
Nr. 4.05.82	Einzelne Massnahme Wirkungsorientierter Umweltschutz Besonders umweltrelevante Betriebe werden vom AUE mit Audits aus einer Hand beraten und kontrolliert. Die Beratung wird weiter ausgebaut, die Eigenverantwortung der KMU verstärkt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie J Nichtionisierende Strahlung Strategische Zielsetzungen Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch die flächendeckende Überwachung der Immissionen und die verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.	
Nr. 4.05.90	Einzelne Massnahme Aufbau (BL) / Aktualisierung (BS) des Immissionskatasters und Validierung durch Messungen	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.033 Mio. Fr.
Nr. 4.05.91	Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen (Inspektionen und Kontrollmessungen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.

Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe / Abwasserreinigung / Abfallentsorgung / Energieversorgung Strategische Zielsetzungen Abwasserreinigung • Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch die stetige Weiterentwicklung und den Werterhalt der Infrastruktur. • Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA. Abfallentsorgung • Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen. • Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen. Energieversorgung • Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).		
Nr. 4.06.02	<table border="1"> <tr> <td data-bbox="308 835 1157 1482"> Einzelne Massnahme Mischwasserbehandlung Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1998 / 2717 Total: Fr. 20.3 Mio. (Konto 2341.501.52.103) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 13'787'588.38 Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700124 Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24.7 Mio. (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'879'846.27 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 8.0 Mio. Rest budgetiert bis 2012. IA: 700125. </td><td data-bbox="1157 835 1372 1482"> Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert </td></tr> </table>	Einzelne Massnahme Mischwasserbehandlung Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1998 / 2717 Total: Fr. 20.3 Mio. (Konto 2341.501.52.103) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 13'787'588.38 Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700124 Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24.7 Mio. (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'879'846.27 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 8.0 Mio. Rest budgetiert bis 2012. IA: 700125.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert
Einzelne Massnahme Mischwasserbehandlung Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1998 / 2717 Total: Fr. 20.3 Mio. (Konto 2341.501.52.103) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 13'787'588.38 Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700124 Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24.7 Mio. (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'879'846.27 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 8.0 Mio. Rest budgetiert bis 2012. IA: 700125.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert		

Nr. 4.06.03	Erhalt der ARA Frenketal Ausbau / Erhalt ARA Frenke Landratsvorlage geplant Total: Fr. 21.0 Mio. (Konto 2341.501.51.063) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 1.0 Mio. Rest budgetiert bis 2014. IA: 700115/700116 Birsigtal Ersatz Prozessleitsystem ARA Birsig Landratsvorlage (bereits überwiesen) Total Fr. 1.3 Mio. (Konto 2341.501.51.079) Budget 2010: Fr. 0.8 Mio. Budget 2011: Fr. 0.6 Mio. IA: 700121 Kanalsanierungen Für Sanierung Kanal Sissach LRV 2010 / 036; LRB 2010 / 186 Landratsvorlage (bereits überwiesen) Total Fr. 2.6 Mio. (Konto 2341.501.52.125) Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 1.5 Mio. IA: 700131 Für Sanierung Kanal Ormalingen Landratsvorlage geplant Total Fr. 1.3 Mio. (Konto 2341.501.52.123) Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 1.3 Mio. IA: 700129.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert
Nr. 4.06.07	Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung Reaktoretappen 6 - 8 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1993 / 1396; LRB 1997 / 1161; LRB 1997 / 1161 Total: Fr. 24.57 Mio. (Konto 2343.501.60.013/018/019) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 20'051'690.62 Budget 2010: Fr. 0.3 Mio. Budget 2011: Fr. 0.3 Mio. Rest ab 2012. IA: 700134; IA: 700135; IA: 700136.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Gebührenfinanziert
Nr. 4.06.10	Gewinnung Neukunden, Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen Gewinnung von neuen Kunden und gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons, durch Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme. Gewinnung von neuen Fernwärmekunden Netzausbau Nord Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1741 Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2344.503.30.188) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 14'133'696.16 Budget 2010: Fr. 0.80 Mio. Budget 2011: Fr. 0.80 Mio. IA: 700141.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Gebührenfinanziert

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der Trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Wir haben miteinander die Sorge um unsere Umwelt und unsere Landschaften zu tragen. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.	
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben. Lancierung mehrerer Interreg IV-geförderten Projekte, zum Beispiel Vertiefungsstudie Raum Basel West - Allschwil - Hegenheim - Sundgau, welche die Bereiche Grundlagen, Motorisierter Individualverkehr (MIV), Öffentlicher Verkehr (ÖV), Park & Ride (P&R) und den Langsamverkehr (LV) untersuchen soll.	Finanzielle Auswirkungen 2011: RPS (BL + BS) 0.04 Mio. Fr.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz). Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung im Bereich der Ortsplanung.	
Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbeobachtung BL (Vollzugs- und Wirkungscontrolling des Kantonalen Richtplans).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.
Nr. 4.07.11	Raum- / Umweltbeobachtung Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbeobachtung sind periodisch erstellte Berichte.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.015 Mio. Fr.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Basel Das Agglomerationsprogramm Basel wurde Ende 2007 beim Bund eingereicht. Der Prüfbericht des Bundes mit Datum vom 30. Oktober 2009 liegt vor. Im Verlauf des Jahres 2010 ist darauf basierend die Leistungsvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Trägerschaft für das Agglomerationsprogramm Basel auszuhandeln. Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms ist die Schaffung einer Trägerschaft bis Ende 2010 erforderlich. Mit der Landratsvorlage Nr. 2010 / 138 vom 30. März 2010 sind die dafür erforderlichen Schritte in die Wege geleitet worden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr. (Anteil BL)

Nr. 4.07.13	Salina Raurica Nach Genehmigung des Projektes Anfang 2009 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen: Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des Tram-Korridors und neuer Haltestellen. Die Projektorganisation, das Gebiets-management und die Öffentlichkeitsarbeit stehen. Erste Massnahmen in der Nutzungsplanung der beteiligten Gemeinden Augst und Pratteln beginnen nach der Projektierungsphase. Mehrere Landratsvorlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.238 Mio. Fr.
Nr. 4.07.15	Modellvorhaben "Überkommunale Freiflächenkonzeption Birsstadt" Diese Massnahme dient der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Modellvorhaben wird von Bund und Gemeinden unterstützt. Nach der Erarbeitung einer Konzeption zu den Freiflächen und der nachfolgenden Diskussion innerhalb der Gemeindebehörden, erfolgt nun die Umsetzung des Startprojektes "Birsuferweg" als erster Schritt zur Umsetzung der Konzeption. Dies erfolgt in engster Zusammenarbeit vor allem mit den Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.
Nr. 4.07.17	Modellvorhaben "BLN-Gebiet 1012 Belchen - Passwang" BLN-Gebiete (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung) sind vom Bund bezeichnete Landschaften von nationaler Bedeutung. Sind unterliegen einem ungeschmälernten Schutz soweit Bundesaufgaben zu erfüllen sind. Schutz und Weiterentwicklung ist aber auch Aufgabe der Kantone. Wie dies konkret aussehen könnte, wird anhand des BLN-Gebietes Belchen - Passwang im Rahmen der Erarbeitung eines Raumkonzeptes in engster Zusammenarbeit mit den Gemeinden entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, bei welchen der öffentliche Verkehr eine wichtige Rolle spielt. Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.	
Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Betrieb / Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 - 2013)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 50.3 Mio. Fr.
Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich des Bahnhofes Liestal. Für den vollständigen Ausbau der Station Laufen wird eine separate Landratsvorlage vorgelegt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.70 Mio. Fr.
Nr. 4.07.23	Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen (gemäss Leistungsvereinbarung des Bundes mit den KTU) Investitionshilfe (Beiträge an Investitionen Dritter) an die Konzessionierten Transportunternehmen (KTU) im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Für die einzelnen Projekte werden Landratsvorlagen betr. Verpflichtungskredite unterbreitet. Aktuell werden vor allem Projekte im Bereich des Unterhalts abgewickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: (in Punkt 4.07.20 enthalten)

Nr. 4.07.24	Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben Die Anliegen des Kantons BL sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt "Wisenberg-Tunnel".	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 4.07.25	SBB-Juralinie Basel - Delémont Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn: Projektierung und Bau von Doppelspurinseln im Laufental sowie von Entflechtungsbauwerken im Raum Muttenz - Pratteln vorantreiben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.5 Mio. Fr.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz Strategische Zielsetzung Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern.	
Nr. 4.07.31	Einzelne Massnahme Unterschutzstellung von relevanten historischen Zeugen Angemessene, fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.75 Mio. Fr. (Verpflichtungskredit Subvention / Expertisen)
Nr. 4.07.32	Grundlagen: Publikationsreihe "Kunstdenkmäler der Schweiz" - Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg. - Erarbeitung einer Landratsvorlage zur Sicherung und Dokumentation der historisch relevanten Kirchengestaltungen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr. (Personal / Sachkosten)
Nr. 4.07.33	Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton (ISOS = Inventar der geschützten Ortsbilder der Schweiz). Kantonsaufgabe.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Publikationstermin noch offen, abhängig vom Bundesratsbeschluss
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung E Lärmschutz Strategische Zielsetzung Gesetzeskonforme Sanierung von lärmigen Anlagen bis zum Ablauf der Sanierungsfristen; Förderung der Siedlungsqualität und Vermeidung von neuen Lärmkonflikten durch die Prüfung raumplanerisch sinnvoller Tätigkeiten und Massnahmen (gesetzliche Vollzugspflicht).	
Nr. 4.07.40	Einzelne Massnahme Emissionskataster 2010 Basis zur Ermittlung der Strassenlärmimmissionen, Abschluss voraussichtlich 2011. Ergebnis sind darauf abgestützte Lärmsanierungsprojekte mit einer Umsetzungsfrist bis 2018.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.

Nr. 4.07.41	Lärmsanierung Gemeindestrassen Rund 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis 2018. Genehmigung durch kantonale Vollzugsbehörde.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.03 Mio. Fr.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur- und Landschaftsschutz Strategische Zielsetzung Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit biologischer Vielfalt.	
Nr. 4.08.01	Einzelne Massnahme Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität Unterschutzstellung und Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.60 Mio. Fr.
Nr. 4.08.03	Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet" (inkl. Erfolgskontrolle).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.60 Mio. Fr.
Nr. 4.08.04	Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald" (inkl. Erfolgskontrolle).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.90 Mio. Fr.
Nr. 4.08.05	Unterschutzstellung von Naturobjekten	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 4.08.08	Umsetzung der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund	Finanzielle Auswirkungen 2011: gemäss Leistungsvereinbarung
Nr. 4.08.10	Artenschutz - Orchideen im Birsfelder Rheinhafen: Mehrjähriger Vertrag mit der Universität Basel zur Beobachtung und Überwachung. - Fledermausschutz: Unterstützung der eidg. Koordinationsstelle auf der Basis einer Vereinbarung mit dem Bund. - Erarbeitung eines Artenschutzkonzeptes auf der Basis einer Vereinbarung mit dem Bund; wird durch die Universität Basel, Institut für Natur, Landschaft und Umweltschutz, erstellt; Termin 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.08 Mio. Fr.

Teil 5 Sicherheitsdirektion (SID)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Fortschritt statt Stillstand - diese etwas formelhafte Bezeichnung könnte als strategische Zielsetzung über dem Jahresprogramm 2011 der Sicherheitsdirektion stehen. Fortschritt heisst, vorausschauend zu handeln, andere Wege für alte und neue Fragestellungen zu suchen und dann zu überprüfen, ob alles richtig gemacht wurde und funktioniert. Dafür braucht es Zeit für die Konsolidierung, im eigentlichen Sinne eine Bewährungszeit, damit getroffene Massnahmen wirken und allenfalls geändert werden können. In diesem Spannungsfeld zwischen Bewährtem und Neuem, zwischen Konsolidierung und dem Weg zu neuen Ufern bewegen sich die Pläne der Sicherheitsdirektion für das Jahr 2011.

Die Polizei Basel-Landschaft wird sich im Jahr 2011 primär auf die Umsetzung der in den Jahren 2009 und 2010 vorbereiteten Konzepte konzentrieren sowie Optimierungen der in den Vorjahren realisierten Reorganisationsprojekte durchführen. Das Jahr 2011 steht damit ganz im Zeichen der Konsolidierung.

Viele Dienststellen der Sicherheitsdirektion und Fachpersonen der Gerichte haben sich in den letzten Jahren mit der hochkomplexen Einführung der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung befasst. Vom 1. Januar 2011 an gilt es ernst - von organisatorischen Änderungen über die Informatik bis hin zur Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen auf Kantons- und Bundesebene - sollte alles möglichst reibungslos operativ werden. Dazu braucht es regelmässige Überprüfungen der Prozesse oder Weiterbildungen im Strafprozessrecht oder die Bereinigung allfälliger Schnittstellen - eine Herausforderung für alle Beteiligten.

Das Thema "Gefährliche Straftäter" steht auf der Agenda der Politik und der öffentlichen Diskussion weit oben. Die Sicherheitsdirektion wird ihre Bemühungen um fachgerechte Risikoeinschätzungen und entsprechende Vollzugsmöglichkeiten, insbesondere bezüglich Therapieplätze für psychisch kranke (potenziell gefährliche) Straftäter, weiter verstärken. Das Gleiche gilt im Massnahmenzentrum Arxhof für ein optimiertes Risikomanagement und für das Thema "Gefährdungseinschätzung gefährlicher Kundschaft", das vom Generalsekretariat betreut wird.

Die Familie steht im Fokus verschiedener Fachstellen, die alle die Situation von Familien - in welcher Form diese auch immer gelebt wird - verbessern möchten. Einmal wird der Blick auf die ökonomische Situation der Baselbieter Familien gerichtet, speziell auch auf die Kosten und die Strukturen der Familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Jugendanwaltschaft und die Polizei mit ihrem Jugenddienst betrachten das gesamte Umfeld der Jugendlichen und versuchen so einzuwirken, dass der junge Mensch seinen Weg in eine gute Zukunft findet. Die kleinen Kinder und ihre Mütter stehen 2011 im Zentrum des Kindes- und Jugendschutzes, indem Vernetzungsmöglichkeiten von Kontaktpersonen ab Geburt - von der Hebamme über die Ärzteschaft und Behörden - installiert und kurze Informationswege geschaffen werden. Und nicht zuletzt ist die Bekämpfung der häuslichen Gewalt nicht nur ein repressives Instrument, sondern wirkt beispielsweise mit dem Lernprogramm für Gewalt ausübende Männer präventiv zugunsten des Opferschutzes - und hier sollte man nicht vergessen, dass in der Hälfte aller Fälle häuslicher Gewalt auch Kinder mitbetroffen sind. Deshalb wird das Lernprogramm evaluiert, um allenfalls den Opferschutz noch verbessern zu können.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Die Jahre 2009 und 2010 standen ganz im Zeichen der Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung. Weitere konzeptionell vorbereitete Projekte, zum Beispiel das Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit oder das Vorhaben Aus- und Weiterbildung, gilt es nun im Jahr 2011 umzusetzen.	
Nr. 5.01.25	Einzelne Massnahme Projekt Aus- / Weiterbildung Eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe erstellte eine Voranalyse, die für die weiteren Entscheidungs- und Bearbeitungsschritte zu detaillieren war. Die weiteren umfangreichen Erhebungen benötigten zusätzliche Bearbeitungszeit. Ende Mai 2010 wurde die zweite Version der Voranalyse fertig gestellt und der Polizeileitung übergeben. Erst nach der anschliessenden Beurteilung und Beschlussfassung wird das Detailkonzept bearbeitet. Nach wie vor ist eine stufenweise Umsetzung ab 2011 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht absehbar
Nr. 5.01.26	Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit Die Qualität der gerichtspolizeilichen Tätigkeit der Polizei Basel-Landschaft und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Untersuchungsbehörden sind in einzelnen Bereichen verbesserungsfähig, zum Beispiel bei den Anträgen zu Untersuchungsmassnahmen oder bei Sachverhaltsbeschreibungen. Deshalb wird zusammen mit den Untersuchungsbehörden ein Mindeststandard definiert und mittels institutionalisierten Kontrollen durchgesetzt. Aufgrund dieser Kontrollen und eines standardisierten Feedbacks der Leistungsempfänger können individuelle und / oder kollektive Aus- und Weiterbildungs-massnahmen angeordnet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.02	Programmpunkt Integration / Migration Strategische Zielsetzungen Im März 2010 hat der Bundesrat den "Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes" verabschiedet. Der Bundesrat stellt fest, dass die Ausrichtung der Integrationspolitik grundsätzlich stimmt, durch Verbesserungen in einigen Bereichen aber gestärkt werden kann. Vorgesehen ist, dass die 2011 auslaufenden Schwerpunkt-programme 2008 - 2011 des Bundes bis 2013 verlängert werden und damit die Mitfinanzierung durch den Bund wie bisher gewährleistet ist. Frühestens ab 2014 sollen dann neue, umfassende kantonale Integrationsprogramme umgesetzt werden. Die dafür notwendigen Vorbereitungsarbeiten auf der Ebene Kantone werden 2011 anstehen. Parallel dazu steht die Sprachförderung auch im Jahr 2011 im Vordergrund. Bund, Kanton und Gemeinden haben einen breitgefächerten gesetzlichen Informationsauftrag. Dazu gehört, Ausländerinnen und Ausländer über unser Land, unsere Werte und unsere Lebensgewohnheiten beim Zuzug schnell zu informieren. Die 2010 begonnenen Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Baselbieter Gemeinden im Bereich der Integration werden erst mittelfristig die angestrebte Wirkung haben und bilden demzufolge auch im Jahr 2011 einen Schwerpunkt.	

Nr. 5.02.02	Einzelne Massnahme Schwerpunktprogramm "Sprache und Bildung 2009 - 2011" In den Vorjahren wurde dieses Programm zusammen mit der Fachstelle Erwachsenenbildung Basel-Landschaft (BKSD) konzeptionell entwickelt und 2009 gemäss Vertrag mit dem Bund verabschiedet. Die Fachstelle Integration finanziert gezielt Sprachförderkurse im Kanton mit. Der Ausländerdienst Baselland (ald) gehört zu den Hauptanbietern. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Daher misst die Sicherheitsdirektion der Sprachförderung auch im Jahr 2011 hohe Priorität bei.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.6 Mio.Fr.
Nr. 5.02.03	Erstinformationsgespräche mit neu zuziehenden Ausländern und Ausländerinnen als Teile des Informationskonzeptes Seit Inkraftsetzung des neuen Ausländergesetzes im Jahr 2008 können mit ausländischen Personen, die neu in die Schweiz einreisen und keinen gesetzlichen oder völkerrechtlichen Anspruch auf Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung haben, Integrationsvereinbarungen getroffen werden. Ab 2011 soll mit allen neu zuziehenden ausländischen Personen ein Erstinformationsgespräch geführt und dabei der Integrationsbedarf abgeklärt werden. Das Ergebnis wird in Integrationsempfehlungen und / oder in einer Integrationsvereinbarung festgehalten. Das Amt für Migration führt diese Erstinformationsgespräche ab 2011 flächendeckend durch.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.
Nr. 5.02.05	Kantonale und kommunale Integrationskommissionen Noch im Jahr 2010 soll die neue kantonale Integrationskommission ihre Aufgabe als beratendes und unterstützendes Gremium im Bereich Integration aufnehmen. In bestimmten Gemeinden wird erwogen, kommunale Integrationskommissionen einzuführen, die sich mit der kantonalen Integrationskommission vernetzen. Diese Arbeiten werden von der Fachstelle Integration unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio.Fr.
Nr. 5.02.06	Kantonales Integrationsprogramm: Planungs- und Vorbereitungsarbeiten Die bestehenden Schwerpunktprogramme für 2008 - 2011 (unter anderem Sprache und Bildung, Kompetenzzentren, Interkulturelles Übersetzen) und für die Übergangsphase 2012 - 2013 werden ab zirka 2014 durch kantonale Integrationsprogramme abgelöst. Die Fachstelle Integration wird auf der Basis der Vorgaben des Bundes zusammen mit den beteiligten kantonalen Stellen eine Vorgehensplanung entwickeln und beim Bund einreichen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft / Jugend Strategische Zielsetzungen Die strategische Zielsetzung der Jugendanwaltschaft bleibt trotz neuer Gesetzgebung unverändert: Weiterhin wird möglichst frühzeitig und umfassend auf das Verhalten von Jugendlichen Einfluss genommen, so dass ihr Weg ins Erwachsenenleben positiv und nicht deliktisch verläuft. Dabei erzielen schnelle zielgerichtete Verfahren, konsequent vollzogene Entscheide und Strafbefehle mit unterstützenden, aber auch klar Grenzen setzenden Elementen - verbunden mit Präventionsaktivitäten - die nachhaltigsten Ergebnisse.	

Nr. 5.03.09	Einzelne Massnahme Einführung des neuen Jugendstrafprozessrechts Am 1. Januar 2011 treten die neue eidgenössische Jugendstrafprozessordnung und das entsprechende kantonale Einführungsgesetz in Kraft. Zudem werden die auf den gleichen Termin geltenden neuen Vorschriften der eidgenössischen (Erwachsenen-) Strafprozessordnung zu beachten sein. Die Neuerungen bringen teilweise veränderte Verfahrensregelungen mit sich und sind mit Mehraufwand verbunden. Die Umsetzung der neuen Gesetzgebung wird in der Einführungsphase, neben der Anpassung sämtlicher Formulare, einen zusätzlichen Schulungsaufwand verursachen und generell zu aufwendigeren Strafverfahren führen. Die Jugendanwaltschaft will einer Verlängerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer entgegenwirken.	Finanzielle Auswirkungen 2011: ca. 0.15 Mio. Fr.
Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Der Übergang vom bisher zweistufigen auf das neue einstufige Staatsanwaltschaftsmodell per 1. Januar 2011 - dem Inkrafttreten der neuen strafprozessualen Gesetze von Bund und Kanton - soll ohne Friktionen erfolgen.	
Nr. 5.04.02	Einzelne Massnahme Etablierung der der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung Am 1. Januar 2011 ist es soweit: Die erste gesamtschweizerisch gültige Strafprozessordnung tritt in Kraft. In den Vorjahren wurden die aufwendigen Gesetzesarbeiten im Kanton geleistet, die Abläufe und die Strukturen für das neue Staatsanwaltschaftsmodell geschaffen, die Wahlen der Ersten Staatsanwältin und der Leitenden Staatsanwälte und Staatsanwältinnen vorgenommen und die anderen Mitarbeitenden den neuen sechs Hauptabteilungen der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Die Weiterbildung aller im Strafverfahren involvierten Stellen von Polizei, Strafverfolgung und Jugendanwaltschaft im neuen Recht wurde 2010 durchgeführt. Der Vorbereitungen für den Übergang am 1. Januar 2011 sind plangemäss verlaufen. Ab dann gilt es nicht nur mit der neuen Bundesgesetzgebung und den geänderten kantonalen Vorschriften umgehen zu können, sondern das Erlernte wird in Nachfolgeveranstaltungen vertieft. Fragen, die sich in der Praxis stellen, werden innerhalb der Staatsanwaltschaft erörtert und bereinigt. Gleichzeitig werden die neuen Prozessabläufe eingeführt, evaluiert und gegebenenfalls verbessert. Die Geschäftsleitung der neuen Staatsanwaltschaft, bestehend aus der Ersten Staatsanwältin und den Leitenden Staatsanwälten und Staatsanwältinnen (= Leitungen der Standorte Arlesheim, Laufen, Liestal, Sissach, Waldenburg und der Hauptabteilung Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen) wird ihre Tätigkeit aufnehmen. Neu werden alle Verzeigungen im Kantonsgebiet wegen Überschreitung der Tempolimits bei automatischen Geschwindigkeitskontrollanlagen und alle Verstösse gegen richterliche Verbote ausschliesslich von der Hauptabteilung Sissach bearbeitet. Deren entsprechende Abteilung wird auf- und ausgebaut werden. Die umfangreiche Migration im Informatikbereich wird beendet, auftretende Fehler werden behoben und Abläufe nötigenfalls optimiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.3 Mio. Fr.

Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug / Freiheitsentzug Strategische Zielsetzungen Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof Die grundsätzliche strategische Zielsetzung des Massnahmenzentrums bleibt unverändert. Allerdings haben sich die äusseren Rahmenbedingungen verändert. Die Störungen der Persönlichkeitsentwicklung von Klienten werden insgesamt schwerer. Der Arxhof hat sein Behandlungskonzept laufend verbessert und genügt den Anforderungen. Zusätzlich wird das optimierte Risikomanagement umgesetzt und laufend überprüft.	
Nr. 5.05.04	Einzelne Massnahme Forensische Therapieplätze für gefährliche Straftäter Gesamtschweizerisch fehlt eine grosse Zahl an spezifischen und insbesondere geschlossenen bzw. gesicherten Behandlungsplätzen für psychisch kranke (potenziell gefährliche) Straftäter. Diese müssten eigentlich einer Massnahme nach Art. 59 Strafgesetzbuch zugeführt werden. Wegen der fehlenden adäquaten Behandlungsplätze stauen sich diese Fälle in den Gefängnissen, und die im Sinne der öffentlichen Sicherheit gebotenen Therapien verzögern sich. Die Sicherheitsdirektion, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel müssen gemeinsam Lösungen suchen, um diese Engpässe zu beseitigen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht bezifferbar
Nr. 5.05.09	Risikoeinschätzungen und Risikomanagement Die Sicherheitsdirektion ist in verschiedenen Fachbereichen mit dem Thema "Gefährdung durch aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug entlassene Täter" befasst. Zwei Stellen, in denen die Frage weiterhin mit spezieller Intensität bearbeitet werden soll, sind das Massnahmenzentrum Arxhof und der Bereich Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales des Generalsekretariates. Massnahmenzentrum Arxhof: Überarbeitung bzw. Überprüfung der Wirksamkeit des neuen Risikomanagements Die im Jahr 2010 erarbeiteten Massnahmen betr. Risikomanagement werden schrittweise eingeführt und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Das Augenmerk wird einerseits auf die optimale Kommunikation mit den Nachsorgebehörden gelegt. Zudem werden Risikoklienten systematisch erfasst und vom Leitungsgremium regelmässig auf ihre Gefährlichkeit überprüft. Allenfalls werden Massnahmen zur Minimierung des Risikos getroffen. Im letzten Quartal 2011 werden die Massnahmen im Sinne einer Bilanz auf ihre Langzeitwirkung überprüft. Wo nötig werden Verbesserungen vorgenommen. Bereich Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales: Straf- und Massnahmenvollzug, Risikoeinschätzungen: Probelauf "Risikoorientierter Sanktionenvollzug" Der Kanton Zürich führt einen Modellversuch zum Thema "Systematische Risiko- und Bedarfsassessments" durch. Die Sicherheitsdirektion wird im Rahmen eines Pilotversuchs testen, ob die vom Kanton Zürich verwendeten Instrumente für den Kanton Basel-Landschaft tauglich sind.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.05.11	Umgang mit ängstlich depressiven Klienten Das Massnahmenzentrum Arxhof stellte in den letzten Jahren fest, dass das sehr gruppenorientierte Konzept insbesondere für ängstlich depressive Klienten überfordernd sein kann. Weil diese Personen die Massnahme überdurchschnittlich häufig abbrechen, werden Lösungen erarbeitet, um dieser Klientengruppe und ihren Bedürfnissen gerechter zu werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungsschutz Strategische Zielsetzungen Es ist Aufgabe des Staates, mögliche Gefährdungen für seine Bevölkerung und für sein Gebiet frühzeitig zu erkennen und vorsorgliche Massnahmen zu treffen. Weil sich die Risiken - beispielsweise durch die Klimaveränderungen und die technische Entwicklung - aber stetig verändern und verlagern, müssen mögliche Gefahrenlagen immer wieder neu erkannt, analysiert und bewertet werden.	
Nr. 5.06.07	Einzelne Massnahme Projekt REOPEZ (gemeinsame Einsatzzentrale) Bei diesem Vorhaben geht es um die Zusammenarbeit der Ereignisdienste (gemeinsame Einsatzzentrale). Der Regierungsrat hat im Jahr 2007 eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Grobkonzept mit Varianten vorzulegen. Darauf basierend ist ein Detailkonzept zur Schaffung einer Einsatzzentrale für alle Ereignisdienste im Kanton zu erarbeiten, damit 2011 die weiteren Schritte definiert und auf den Weg gebracht werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: derzeit noch nicht absehbar
Nr. 5.06.09	Gefährdungsanalyse Aufbauend auf den Vorarbeiten im Jahr 2010 wird eine umfassende Gefährdungsanalyse in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Nachbarkantonen fertig gestellt. Themen sind: Hochwasser, Sturm, Hitze und Trockenheit, Kälte und Schnee, Erdbeben, Strassen-, Schienen- und Schiffsunfall mit Gefahrgut oder Massenanfall von Verletzten, Flugzeugabsturz, Freisetzung von gefährlichen Stoffen in Produktions- und Lagerstätten, Stromausfall, menschliche Epidemie / Pandemie, Tierseuche, schwere Mangellage, Flüchtlingswelle, innere Unruhen und terroristischer Anschlag mit / ohne ABC-Einsatz.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio.Fr. (externe Kosten)
Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle Strategische Zielsetzungen Unter den Aspekten Kundenorientierung und Kostengünstigkeit sollen die besten Massnahmen gefunden werden, um das Dienstleistungsangebot für Privatpersonen und für Gewerbetreibende örtlich und administrativ zu optimieren. Die Prozesse und die Standortbedingungen werden in Zusammenarbeit mit den Strassenverkehrsämtern der Kantone Aargau, Solothurn und Basel-Stadt sowie der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel festgelegt.	
Nr. 5.08.05	Einzelne Massnahme Optimierung des Dienstleistungsangebots Die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit den Strassenverkehrsämtern der Kantone Aargau und Solothurn, mit der Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt und mit der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel verschiedene Dienstleistungen (unter anderem Disponierung der Fahrzeugvorführungen, Fahrzeug-einlösungen, Fahrzeugwechsel, Ausgabe bzw. Deponierung von Kontrollschildern etc.) auf dem Areal der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel in Münchenstein anzubieten. Mit dem Erreichen dieser Zielsetzung würde ein langjähriges Anliegen des Autogewerbeverbandes beider Basel erfüllt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtssetzung / Gesetzgebung	

Nr. 5.09.15	Einzelne Massnahme Neues Erwachsenenschutzrecht (Landratsvorlage) Die Revision des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht) bedingt tiefgreifende strukturelle und organisatorische Änderungen in den Kantonen. Die Massnahmen zur Umsetzung sowie die erforderlichen Änderungen des kantonalen Rechts werden von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der Gerichte erarbeitet. Es ist vorgesehen, dass das neue Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. 2011 wird die Landratsvorlage zum kantonalen Einführungsrecht unterbreitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.09.19	Teilrevision des Polizeigesetzes (Landratsvorlage) Aus der im Vorjahr durchgeführten Evaluation bezüglich Änderungsbedarf des mittlerweile über zehnjährigen Polizeigesetzes kristallisierte sich die Notwendigkeit einer Teilrevision heraus. Deren Hauptelemente sind die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden, die Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund sowie diverse Anpassungen an geändertes Bundesrecht. Nach der Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens und der Bereinigung der Gesetzesänderungen soll die Landratsvorlage 2011 an das Kantonsparlament weitergeleitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine.
Nr. 5.09.24	Revision des kantonalen Zivilschutzgesetzes (Landratsvorlage) Weil sich der politische Prozess auf Bundesebene verzögerte, konnte das Ziel der Umsetzung im kantonalen Gesetz gemäss Jahresprogramm 2010 nicht erreicht werden. Deshalb sind die Gesetzgebungsarbeiten des Kantons im Jahr 2011 vorzunehmen, damit mit dem Inkrafttreten des revidierten Bundesgesetzes über den Zivilschutz per 1. Januar 2012 alles bereit ist. Neben den Anpassungen gemäss Bundesrecht sollen bei der kantonalen Gesetzgebung auch die gesammelten Praxiserfahrungen berücksichtigt werden. Insbesondere geht es um die Themen "Diensttage", "Ausbildung", "Material", "Schutzbauten" und "Finanzen". Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen der Gemeinden (Mitglieder Gemeinderat und Zivilschutzkader) und der Sicherheitsdirektion erarbeitet die Gesetzesvorlage zur Anpassung des kantonalen Rechts an das geänderte Bundesgesetz.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio. Fr. (externe Kosten)
Nr. 5.09.25	Teilrevision des Anwaltsgesetzes (Landratsvorlage) Der Entzug des Anwaltspatents soll gesetzlich geregelt werden; deshalb ist das Anwaltsgesetz zu ändern. Bei dieser Gelegenheit sollen weitere Revisionsanliegen (zum Beispiel Erhöhung Gebührenrahmen, Kompetenzverschiebungen vom Ausschuss zum Präsidium der Anwaltsaufsichtskommission, Schaffung einer Übertretungsstrafbestimmung bei Titelanmassung), die sich aus der Praxis der Anwaltsaufsichtsbehörde ergeben haben, berücksichtigt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.09.26	Systemwechsel beim Status der nebenamtlichen Richterinnen und Richter Aufgrund des Postulats der Personalkommission (Nr. 2010 / 082), das eine Überprüfung der Frage des Teil- oder Vollamtes für die Gerichtsmitglieder der zweiten und für die Vizepräsidien der ersten Instanz verlangt, wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern und Vertreterinnen der Gerichte und der Verwaltung eingesetzt. Diese soll die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels bei den nebenamtlichen Gerichtsämtern untersuchen und über die personellen, räumlichen und finanziellen Konsequenzen sowie über die gesetzlichen Anpassungen berichten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kindesschutz	
Nr. 5.10.29 / 1	Einzelne Massnahme Kindesschutz in der frühen Kindheit Hebammen sehen die gebärenden Mütter nur kurz, doch in dieser intensiven Zeit erfahren sie unter anderem auch von Problemen der Mütter in ihrem familiären Umfeld. Um den mitbetroffenen Kindern gute Lebensbedingungen zu schaffen, soll die Informationsschnittstelle zwischen Hebammen und Mütter- / VäterberaterInnen verbessert werden. Ein wirksamer Kindesschutz im Kleinkindesalter bedingt die gegenseitige Information aller Involvierten und deren vernetztes Vorgehen. Deshalb sollen auch Kinderärztinnen und Kinderärzte sowie die Kindesschutzbehörden in dieses Netzwerk eingebunden werden. Ein Mittel für diese Vernetzung wird die Organisation von regionalen, themenspezifischen Veranstaltungen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.10.29 / 2	Net City : Kampagne für mehr Sicherheit beim Surfen im Internet für Primarschülerinnen und Primarschüler Net City ist ein mit Laptops eingerichteter Bus von "Kindesschutz Schweiz / action innocence", der in Baselbieter Schulhäusern auf Tournee geht. Neben den Schülerinnen und Schülern werden auch die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern mittels gezielter Informations-anlässe zum Thema "Internetsicherheit und Umgang mit neuen Medien" angesprochen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.10.29 / 3	Alkoholmissbrauch von Minderjährigen: Weitere Implementierung und Evaluation Mitte des Jahres 2010 haben die Vormundschaftsbehörden ein standardisiertes Ablaufschema erhalten, wie sie mit gemeldeten Alkoholexzessen von Jugendlichen verfahren sollen. Die Unterstützung für die kommunalen Behörden wird von der Fachstelle Kindes- und Jugendschutz, der Polizei Basel-Landschaft und dem Blauen Kreuz Baselland geleistet; weitere Fachstellen des Kantons sind miteinbezogen. Für eine individualisierte Gefährdungseinschätzung von betroffenen Jugendlichen steht den Gemeinden die Fachstelle Alkohol und Sucht des Blauen Kreuzes zur Verfügung. Im Jahr 2011 sollen das Vorhaben weitergeführt und die ersten Erfahrungen ausgewertet und in einem Bericht dargestellt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.10.29 / 4	10 Jahre Lernprogramm gegen häusliche Gewalt: Evaluation Im zwölften Jahr ihres Bestehens kann die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt das zehnjährige Jubiläum des sozialen Lernprogramms für Gewalt ausübende Männer begehen. Um die Wirksamkeit des Ziels "Gewalt stoppen - Opfer schützen" auch systematisch und den wissenschaftlichen Fachanforderungen gemäss zu überprüfen, wird eine Evaluation in Auftrag gegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.
Nr. 5.10.29 / 5	Verbessertes elektronisches Informationsangebot zum Thema "Häusliche Gewalt" für Vormundschaftsbehörden Die 2009 durchgeführte Evaluation der polizeilichen Wegweisung bei häuslicher Gewalt stellt allen Beteiligten ein gutes Zeugnis aus. Optimierungsbedarf besteht bei den Vormundschaftsbehörden im Umgang mit dem Thema und der darin involvierten Kinder. Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt hat bereits breit nachgefragte Informationsveranstaltungen durchgeführt. Nun soll der Ordner "Häusliche Gewalt" ins Internet überführt und aktualisiert werden. Die Behörden werden auf die Aktualisierungen mittels eines Newsletters aufmerksam gemacht.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen E Bezirksschreibereien Strategische Zielsetzungen Um zu verhindern, dass es mittelfristig zu Versorgungsengpässen bei den notariellen Dienstleistungen kommt, müssen die erforderlichen Massnahmen umgesetzt werden.	
Nr. 5.10.42	Einzelne Massnahme Neues Notariat Basel-Landschaft Die im Jahr 2010 entwickelte Konzeption mit den entsprechenden Vorlagen an den Landrat und den Regierungsrat soll 2011 - nach der Verabschiedung in den politischen Entscheidungsgremien - in die Umsetzungsphase überführt werden. Sie verfolgt das Ziel einer Verbreiterung der Basis an ausgebildeten, geprüften und aktiv tätigen Amts- und privaten Notarinnen und Notaren im Kanton. Die im Konzept vorgesehenen Massnahmen sollen ab 2011 umgesetzt werden. Unter anderem ist geplant, die Ausbildung werdender Notarinnen und Notare sowie die Attraktivitätssteigerung des Notarenberufs gemeinsam mit dem Basellandschaftlichen Notariatsverband zu entwickeln.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.005 Mio. Fr.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen G Diverses	
Nr. 5.10.65	Einzelne Massnahme Regionalisierung der Stiftungsaufsicht Aufgrund zwingender neuer bundesrechtlicher Grundlagen sind die Aufsichtsbehörden über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge aus der kantonalen Verwaltung auszugliedern und als öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit aufzubauen. Vor dem Hintergrund gleichlautender parlamentarischer Vorstösse in den Kantonen Basel-Landschaft (Postulat Nr. 2009 / 043) und Basel-Stadt soll diese Ausgliederung in eine gemeinsame Stiftungsaufsicht beider Basel stattfinden. 2011 sind die für dieses partnerschaftliche Geschäft notwendigen Rechtsgrundlagen den beiden Kantonsparlamenten vorzulegen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 5.11	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Zugunsten der Familien im Baselbiet soll für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein substanzieller Beitrag geleistet werden. Insbesondere sozial benachteiligte Familien sollen noch stärker über die zahlreichen vorhandenen Angebote informiert werden und dadurch die Motivation erhalten, diese auch zu nutzen.	
Nr. 5.11.01	Einzelne Massnahme Baselbieter Bündnis für Familien Das Baselbieter Bündnis für Familien setzt das Projekt "schritt:weise" weiter um. Im Jahr 2011 werden fünfzehn Familien durch interkulturelle Vermittlerinnen besucht, um die Kommunikation zwischen Mutter / Vater und Kind insbesondere durch Spielanimation zu verbessern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 5.11.03	Familienbericht Der Familienbericht liegt Ende 2010 vor. Er zeigt die ökonomische Situation der Baselbieter Familien mit einem besonderen Fokus auf Kosten und Strukturen der Familienergänzenden Kinderbetreuung auf. Die im Familienbericht vorgeschlagenen Massnahmen werden 2011 auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und davon ausgehend wird ein Konzept zu deren Realisierung entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht bekannt
Nr. 5.11.06	Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB) Das Gesetz zur Familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich ist 2010 in der Justiz- und Sicherheitskommission beraten worden. Der Landrat wird die Vorlage zum FEB-Gesetz voraussichtlich Ende 2010 beraten. Die Vorbereitung für die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Verlauf des Jahres 2011. Das Inkrafttreten ist für den 1. Januar 2012 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio. Fr.
Nr. 5.11.08	Projekt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit KMU Klein- und Mittelbetriebe sind das wichtigste Standbein der Basellandschaftlichen Unternehmenslandschaft. Deshalb sollen sie im Zentrum dieses Projektes stehen, das in Partnerschaft mit der Wirtschaftskammer Baselland durchgeführt wird. Die Fachstelle für Familienfragen unterstützt gemeinsam mit dem Projektpartner die Betriebe in ihren Bestrebungen, noch bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Mit einem Check-up in zehn bis zwölf Unternehmen soll das Potenzial für familienfreundliche Arbeitsstrukturen aufgezeigt werden. Durch Anfangs- und Schlussveranstaltungen sowie Vernetzungstreffen werden die Resultate sichtbar. Dadurch sollen weitere Firmen für das Thema gewonnen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.
Nr. 5.11.09	Forschungsprojekt Wirksamkeit familienpolitischer Massnahmen In Zusammenarbeit mit der Universität Basel soll geprüft werden, ob bzw. in welchem Umfang sich familienpolitische Massnahmen auf Einzelindividuen auswirken. In einem ersten Projekt sollen Massnahmen im frühkindlichen Bereich anhand rechnerischer Modelle auf ihre Langzeitwirkung hin untersucht werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Bildung

Mit seinen Beschlüssen hat der Landrat vor den Sommerferien 2010 auch im Kanton Basel-Landschaft grünes Licht zur Umsetzung der schweizerischen Bildungsverfassung gegeben, indem unter dem Vorbehalt der Volksabstimmung die Beitritte zum Konkordat HarmoS und Konkordat Sonderpädagogik genehmigt wurden. Diese Beschlüsse sind uns Verpflichtung und es geht nun darum, gemeinsam mit den Partnerkantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz sowie unter Einbezug der im Rahmen des politischen Prozesses geäusserten Fragen und Anregungen eine optimale Umsetzung der relevanten Änderungen (per Schuljahr 2015 / 2016) sicherzustellen: 8 Jahre Primarstufe mit 2 Jahre dauerndem Kindergarten, auf 3 Jahre verkürzte Sekundarschule, Sprachenkonzept mit Französisch ab dem 3. und Englisch ab dem 5. Primarschuljahr, auf vier Jahre verlängertes Gymnasium (ab Schuljahr 2014 / 2015), Tagesstrukturen und Programm zur weiteren Entwicklung des Bildungswesens. Von besonderer Bedeutung wird es sein, den anspruchsvollen Reformen eine gebührende Phase der System-Konsolidierung folgen zu lassen. Weiterhin steht zudem die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandortes Nordwestschweiz im Zentrum.

Kultur

Das kulturelle Erbe des Kantons Basel-Landschaft erhalten, erschliessen, es erarbeiten, aber auch vermitteln: Eine Aufgabe, deren sinnstiftende und dem gesellschaftlichen Zusammenhang dienende Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Diese dauernde Schwerpunktaufgabe steht neben derjenigen, gemäss landrätlichem Auftrag ein Kulturleitbild zu erarbeiten, welches die Grundlagen und die Stossrichtungen der Baselbieter Kulturpolitik erfasst und einer Überarbeitung des Kulturgesetzes sowie dessen Umsetzung zugrunde gelegt werden kann.

Sport

Mit verschiedenen Projekten wird das Ziel verfolgt bzw. aufrechterhalten, die Anzahl regelmässig bewegungsaktiver Menschen in allen Alterskategorien weiter zu steigern. Wichtige Schwerpunkte bilden das Konzept für eine gezielte Förderung von Sport und Bewegung im Kindes- und Jugendalter einerseits und die Erstellung eines Konzeptes sowie die Lancierung erster Umsetzungsmassnahmen zur Förderung des Behindertensports.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Schwerpunkt bildet das Projekt "Bildungsharmonisierung" mit den Teilprojekten zur kantonalen Umsetzung der neuen schweizerischen Bildungsverfassung mit den Beschlüssen über den Beitritt zum Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und zum Konkordat Sonderpädagogik.	
Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept (sechskantonaies Passepartout-Projekt) Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Sprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vorbehältlich der Kreditgenehmigung beginnt die Umsetzung des Sprachenkonzeptes (Qualifikation der Lehrpersonen) 2011. Die tatsächliche Umsetzung in den Schulen ist per Schuljahr 2015 / 2016 aufsteigend ab den 3. Klassen vorgesehen. Verpflichtungskredit 2011 - 2018: 12.5 Mio. Fr.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.86 Mio. Fr.
Nr. 6.01.12	Familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) im Schulbereich Landratsvorlage Nr. 2009 / 314 betreffend die Änderung des Bildungs-gesetzes über FEB im Schulbereich: Die Umsetzung ist vorgesehen auf das Schuljahr 2011 / 2012 (Verschiebung aus dem Jahresprogramm 2010 in das Jahresprogramm 2011). Die Budgetzahlen wurden wegen der verzögerten Umsetzung nach unten angepasst, auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen mit der Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen. Danach ist mit einem langsam ansteigenden Bedarf zu rechnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: gemäss Landratsvorlage zur FEB im Schulbereich: 0.4 Mio. Fr. (Mehrkosten für die Durchführung Sekundar- und Sonderschulen, Mehrkosten Personalaufwand Verwaltung und Einführungsarbeiten 0.25 Mio. Fr., davon 0.12 Mio. Fr. einmalig)
Nr. 6.01.15	Bildungsbericht 2011 Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle 4 Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit abzulegen. Erstmals hat der Regierungsrat 2007 einen solchen Bericht abgelegt. Der Bildungsbericht 2011 Basel-Landschaft soll den Schweizerischen Bildungsbericht 2010 ergänzen, die Schlussfolgerungen des Regierungsrates gemäss Bildungsbericht 2007 beleuchten und eine Grundlage für das Legislaturprogramm des Regierungsrates 2012 - 2015 darstellen. Der Bericht wird im vierten Quartal dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.08 Mio. Fr.

Nr. 6.01.16	Bildungsharmonisierung Auf der Grundlage der Beschlüsse des Soveräns vom 26. September 2010 wird die entsprechende Umsetzung anzugehen sein. Im Vordergrund stehen die Bearbeitung der Folgeerlasse für die Umsetzung eines zwei Jahre dauernden obligatorischen Kindergartens, für die schrittweise Vorverlegung des Schuleintrittsalters (Verschiebung Stichtag vom 1. Mai auf den 31. Juli), für die Verlängerung der Primarschule um ein Jahr auf sechs Jahre (Schuljahr 2015 / 2016) und die Verkürzung der Sekundarschule um ein Jahr auf drei Jahre sowie die Verlängerung des Gymnasiums auf 4 Jahre ab Schuljahr 2014 / 2015 mit entsprechend angepassten Stundentafeln, Lehrplänen und Verordnungen. Wesentliche Aufgaben betreffen die Personal- und die Raumplanung für die Strukturrevision sowie die weitere pädagogische Entwicklung der teilautonomen geleiteten Schulen im Rahmen des Deutschschweizer Lehrplans 21 und dessen Nutzung an den einzelnen Schulen für die Unterrichtsentwicklung. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz, namentlich im Bereich der Leistungsmessung (Checks). Zur Vorbereitung aller Folgeerlasse und Umsetzung und Vorbereitung der Evaluation und Wirkungskontrolle wird eine Projektorganisation eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.706 Mio. Fr.
Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I	
Nr. 6.02.13	Einzelne Massnahme Deutschschweizer Lehrplan für die obligatorische Schule Mit dem Lehrplan 21 wird erstmals interkantonal ein Lehrplan der Deutschschweiz angestrebt. Er beschreibt, was Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen müssen. Der Blick wird dabei verstärkt auf die Anwendbarkeit von Kenntnissen gerichtet. Formuliert werden Mindesterwartungen, für leistungsfähigere Lernende aber werden auch erhöhte Leistungsziele definiert. Der neue Lehrplan wird neu nach Fachbereichen gegliedert. Die Themen Geld, Konsum, Arbeit und Freizeit, aber auch Ernährung sollen vermehrt Eingang in die Schule finden. Die Projektierungsarbeit im Kanton Basel-Landschaft wird fortgeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: (Teil Bildungs-harmonisierung)
Nr. 6.02.29	Integrative Schulung Im Rahmen des Mandates "Integrative Schulung" werden nebst der Umsetzung des Sonderschulkonzeptes (vgl. Nr. 6.04.01) auch Vorschläge zur Neustrukturierung der Speziellen Förderung erarbeitet. Diese sollen wenn möglich auf das Schuljahr 2011 / 2012, spätestens aber 2012 / 2013 umgesetzt werden. Für die operative Unterstützung bei der Umsetzung, der Sicherstellung und der Weiterentwicklung der Integrativen Schulung ist die befristete Anstellung einer Fachperson eingeplant.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.02.30	Lehrerinnen- und Lehrerberarf Die Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz planen koordinierte Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrerinnen- und Lehrermangels. Dazu gehören auch kantonale Angebote für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger in den Lehrberuf.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.02.31	Entwicklung und Erweiterung des Schulsozialdienstes Der Schulsozialdienst bearbeitet drei Entwicklungsfelder: 1. Einrichtung des Datenerfassungsinstrumentes MESA durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften; 2. Entwicklung des Kantonalen Konzeptes SSA und damit verbunden des Praxismanuals für Schulsozialarbeitende; 3. Erweiterung des Schulsozialdienstes auf die Primarstufe in Koordination mit der Arbeitsgruppe "Jugendhilfe" (Vorbereitungsarbeiten, ev. Mandat zur Überarbeitung der Verordnung über den Schulsozialdienst der Sekundarstufe I und II).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Nr. 6.03	Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II	
Nr. 6.03.01	Einzelne Massnahme Fachmittelschule (FMS) Stärkung der Berufsfelder Gesundheit, Pädagogik, Kunst und Soziales durch angepasste Stundentafel. Einführung des erweiterten Berufsfeldunterrichts ab dem Schuljahr 2011 / 2012. Vorlage angepasste Stundentafel im Herbst 2010 an den Bildungsrat.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.03.05	Umsetzung der kleinen MAR-Reform Interdisziplinarität nach MAR: Zur Intensivierung wird auf der Wahlkurs- und der Ergänzungsfachstufe eine schrittweise Erhöhung der interdisziplinären Kurse angestrebt. Spätestens 2014 sollen 50 Prozent der Kurse interdisziplinär sein und alle Maturanden und Maturandinnen besuchen entweder einen interdisziplinären Wahlkurs oder ein interdisziplinäres Ergänzungsfach. Schrittweise Einführung. Zweitbeurteilung der schriftlichen Maturaarbeit: Nach der ab 2010 wirksamen Anpassung des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR) zählt die schriftliche Maturaarbeit als Note im Maturitätszeugnis. Um die Qualität der Beurteilung und die Rechtssicherheit dieser Abschlussnote analog zu den übrigen Prüfungsteilen zu gewährleisten, wird eine flächendeckende Zweitbeurteilung der Maturaarbeit eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.18 Mio. Fr.
Nr. 6.04	Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Mit dem gemeinsamen Sonderschulkonzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt wird die gesetzgeberische und die organisatorische Umsetzung für die Periode nach der NFA-Übergangszeit (mindestens bis Ende 2010) geplant. Wichtige Prinzipien sind dabei die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule und die Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung. Das Konzept ist abgestimmt auf die interkantonalen Vereinbarungen (Konkordat HarmoS, Konkordat Sonderpädagogik, Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE).	
Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Die Umsetzung des Konzeptes wird frühestens auf das Schuljahr 2011 / 2012, wahrscheinlicher 2012 / 2013 geplant. Vorgesehen ist, dass die Umsetzungsvorschläge mit der Anpassung der Bildungsgesetzgebung in die Vorlage zur integrativen Schulung mit den Vorschlägen zur speziellen Förderung (Förderangebote) integriert werden. Allfällige Verschiebungen der Kostenträgerschaft bei den Finanzierungsmechanismen kommen frühestens für das Budget 2012 zur Diskussion.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.04.04	Überprüfung der Fahrtkosten in der Sonderschulung Die Ausarbeitung von Vorschlägen zu neuen Regelungen ist verschoben worden und soll mit der Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes koordiniert werden (siehe Punkt 6.04.01), d.h. frühestens auf das Schuljahr 2011 / 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.05	Programmpunkt Jugendhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Konzept Jugendhilfe.	

Nr. 6.05.03	Einzelne Massnahme Konzept Jugendhilfe Auf der Grundlage des ersten Berichtes zum Konzept Jugendhilfe mit - inhaltlichen Schwerpunkten des Konzeptes - Vorschlägen zur Klärung der Zuständigkeiten und der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe und im Kindes- und Jugendschutz innerhalb der kantonalen Verwaltung - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter wird eine Umsetzungsplanung erstellt. Die Ablieferung des ersten Berichtes verzögert sich. In der zweiten Hälfte 2010 soll darüber ein Konsultationsverfahren stattfinden. Auf Grund der Ergebnisse beschliesst der Regierungsrat das weitere Vorgehen und erteilt die detaillierten Umsetzungsaufträge für eine Landratsvorlage.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton hat die umfassende Verantwortung übernommen für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss den Beschlüssen zur NFA. Das Konzept "Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft" wird vom Bundesrat im Laufe des Jahres 2010 genehmigt. Gestützt auf das Konzept werden die notwendigen Gesetzesanpassungen, die Umsetzungsplanung und die flankierenden Massnahmen vorbereitet.	
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe - Umsetzung Nach dem Beschluss der Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt und der Genehmigung des Konzeptes durch den Bundesrat wird die Umsetzung gemäss Landratsvorlage zum Verpflichtungskredit über Fr. 350'000.- für den Zeitraum von 2011 - 2014 an die Hand genommen. Der Auftrag zur Entwicklung eines Instruments zur Erfassung des individuellen Bedarfs von Menschen mit Behinderung wurde bereits erteilt. Für 2011 stehen ausserdem die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen (Vernehmlassungsvorlage Ende 2011, Landratsvorlage 2012) im Vordergrund. Die Arbeiten erfolgen unter Einbezug der Interessenorganisationen der Behindertenhilfe.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Anteil Verpflichtungskredit: ca. 0.21 Mio. Fr.

Nr. 6.06.10	Bedarfsplanung 2011 - 2013 der Leistungsangebote der Institutionen für Erwachsene mit einer Behinderung in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt Nach dem Beschluss der Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt zur Bedarfsplanung 2011 - 2013 sind für 2011 die Schaffung einzelner neuer Wohnplätze (unter anderem Kantonale Psychiatrische Dienste Liestal), die Anpassung bestehender Wohnplätze an den veränderten Bedarf (unter anderem WBZ Reinach) und ein Ausbau und eine Anpassung des Angebotes im Bereich der Tagesstrukturen (unter anderem Förderstätte Binningen, Sonnenhof Arlesheim, Eingliederungsstätte Baselland (ESB) Liestal) und der geschützten Arbeitsplätze (unter anderem Verein für Sozialpsychiatrie Baselland (VSP), Kantonale Psychiatrische Dienste, Bernhardsberg Oberwil) vorgesehen. Für das Budget 2011 sind für den Kantonsanteil gemäss Bedarfsplanung total 1.45 Mio. Fr. eingesetzt. Einrichtungen für Entlastungsaufenthalte und ambulante Wohnbegleitung sollen unterstützt werden, um die Nachfrage nach Heimplätzen zu vermindern. Ausserdem ist die Anerkennung gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) der bisher nur provisorisch anerkannten Wohn- und Betreuungseinrichtungen vorgesehen. Die dadurch ausgelösten Mehrleistungen führen zur Anhebung der Eigenleistungen der betroffenen Personen des Kantons BL, die in der Regel durch eine Anpassung der Ergänzungsleistungen ausgeglichen werden. Sie führen zu keiner Veränderung des Budgets der kantonalen Behindertenhilfe. Für die Jahre nach 2011 wird der Finanzierungsmechanismus für diese Einrichtungen überprüft. Es stellt sich die Frage der Ausrichtung kantonaler Betriebsbeiträge der Behindertenhilfe analog zu den Einrichtungen, die bereits nach alter IV-Regelung anerkannt waren.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.45 Mio. Fr.
Nr. 6.06.11	Neuregelung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung Gemäss Beschluss des Landrates vom 11. Juni 2009 (LRV Nr. 2009 / 023) soll eine Neuregelung der gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt in einem Staatsvertrag (SGS 480.111) vereinbarten Beiträge an Fahrdienste für Menschen mit Behinderung vorgelegt werden. Die Neukonzeption wird 2011 ausgearbeitet und dem Landrat vorgelegt. Die Umsetzung ist auf 2012 geplant. Für 2011 wird eine Verlängerung der bisherigen Regelung um ein Jahr vorgeschlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr. (Konzeptkosten Anteil BL)

Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung / Berufsfachschulen Strategische Zielsetzungen Unverändert gilt, dass allen Jugendlichen ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden soll. Hierzu müssen auch für eher praktisch begabte Jugendliche genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen leistungsstarke Schulabgänger/innen für anspruchsvollere berufliche Grundbildungen (mit und ohne lehrbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht) gewonnen werden. Der nachhaltigen Sicherung eines genügend grossen und attraktiven Lehrstellenmarktes kommt in der aktuellen Wirtschaftssituation trotz leichtem Schülerrückgang eine grosse Bedeutung zu, ebenso der Vorbeugung der Gefahr drohender Jugendarbeitslosigkeit nach Lehrabschluss in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktbehörde. Mit der flächendeckenden Einführung der lehrortübergreifenden Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sollen Qualität und Attraktivität der dualen Berufsbildung gesteigert werden. Die Überführung der Wirtschaftsmittelschule (WMS) in eine BBG-konforme Ausbildung mit Eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) und integrierter Berufsmaturität soll gemeinsam mit Basel-Stadt und den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt (OdA) umgesetzt werden, ohne die duale KV-Grundbildung mit EFZ zu gefährden. Der Berufseinstieg nach absolvierter Erstausbildung, Neuorientierung, Nachholbildung, beruflicher Weiterentwicklung und Weiterbildung sind Themen, denen in der Laufbahnberatung Erwachsener zunehmende Bedeutung zukommt.	
Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Stärkung der dualen Berufslehren (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes BBG) Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt weiterhin in enger Zusammenarbeit zwischen den Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB). Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.09.07	BWB (Berufswegbereitung) / Case Management Gemäss einer Untersuchung fallen pro Jahr rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II bzw. brechen sie vorzeitig ab und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Diese Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen (AVS), dem Kantonalen Sozialamt (KSA) und dem KIGA ist ein BWB-Konzept erarbeitet worden, das sich in der Umsetzungsphase befindet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 5'100'00.- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 401'471.- Budget 2010: Fr. 545'000.- (AfBB, AVS, Sekundarschulen) Budget 2011: Fr. 545'000.- (AfBB, AVS, Sekundarschulen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.545 Mio. Fr. (für 2010 wurden 0.545 Mio. Fr. veranschlagt)

Nr. 6.09.08	Nachholbildung Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahre in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung). Andererseits können auch informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und eine höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Gemeinsam mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn wurden Eingangsportale zu entsprechenden Angeboten eingerichtet. Nun geht es um die Weiterentwicklung und die Optimierung der Instrumente und der Ablaufprozesse.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.09.09	Zukunft Wirtschaftsmittelschule (WMS) Um dem Berufsbildungsgesetz (BBG) zu entsprechen und an WMS-Absolventinnen und -Absolventen ein EFZ Kaufmann / Kauffrau sowie einen Berufsmaturitäts (BM)-Ausweis abgeben zu können, muss die WMS weiterentwickelt werden. Speziell für die Begleitung der Lernenden im obligatorischen Praktikumsjahr, das ähnlich wie eine duale KV-Grundbildung strukturiert ist, und zur Generierung neuer Praktikumsstellen sind zusätzliche personelle Ressourcen nötig. Die Reform der WMS geschieht in enger Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt. Die neue WMS startet ab dem Schuljahr 2011 / 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 6.09.10	Planung der Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) in Muttenz Zwölf Jahre nach dem Zusammenschluss der Ämter für Berufsberatung und Berufsbildung und der Abteilung Ausbildungsbeiträge zum Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) sollen Anfang 2012 die jetzigen drei Standorte des AfBB in Liestal, Bottmingen und Birsfelden zugunsten eines gemeinsamen neuen Standortes in Muttenz aufgegeben werden. Weil das AfBB Dienstleistungen für unterschiedliche Kundengruppen erbringt, müssen Umbau und Umzug sorgfältig geplant werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit sollen die Wissensbildung besser vernetzt und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Forschungsinstituten der Region und dem CSEM Muttenz gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den im Wirtschaftsraum ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.	

Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2009 - 2011 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Alle Mitarbeitenden der FHNW werden in ein neues, gemeinsames Vorsorgewerk bei der BLPK überführt. Die Trägerkantone gleichen die Deckungslücke in den bisherigen PK-Anschlussverträgen aus (§ 36 Staatsvertrag FHNW). Der neue Leistungsauftrag 2012 - 2014 wird vorbereitet (Landratsvorlage). Landratsvorlage Nr. 2008 / 186 / Verpflichtungskredit LRB vom 30. Oktober 2008 Total: Fr. 156.579 Mio. Budget 2009: Fr. 51.361 Mio. Budget 2010: Fr. 52.392 Mio. Budget 2011: Fr. 52.826 Mio. Landratsvorlage Nr. 2010 / 145 Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der FHNW und Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen Fr. 5.417 Mio. (Verpflichtungskredit) Fr. 36.7 Mio. (Ausfinanzierung Deckungslücke aus Rückstellung).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 52.826 Mio. Fr. (Globalbeitrag) 5.417 Mio. Fr. (Abfederung PK-Übertritt) Deckungslücke: Gemäss Ausweis BLPK und PKBS per Ende 2010 4.74 Mio. Fr. (Zusatzfinanzierung)
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2010 - 2013 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Landratsvorlage Nr. 2009 / 122 Total: Fr. 600.3 Mio. Budget 2010: Fr. 142.1 Mio. Budget 2011: Fr. 148.8 Mio. Budget 2012: Fr. 152.7 Mio. Budget 2013: Fr. 156.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 148.8 Mio. Fr.
Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Muttenz (Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit, Life Sciences sowie Bau, Architektur und Geomatik) Projekt der BUD und der BKSD (vgl. BUD Nr. 4.04.02). Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2011 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttenz erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden. Die Planung für die Nachnutzung der Schulgebäude auf dem Kriegacker-Areal durch die Schulen der Sekundarstufe II nach 2015 wird durchgeführt.	
Nr. 6.10.15	Forschungszentrum für Polytronics (CSEM) In Muttenz wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut. Landratsvorlage Nr. 2008 / 350 / Verpflichtungskredit LRB vom 23. April 2009 Total: Fr. 15 Mio. + 1 Mio. zur Zeichnung von Aktienkapital.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.0 Mio. Fr.

Nr. 6.10.17	Universität: Planung Neubauten für die Life Sciences (Standorte Basel-Schällemätteli und Basel-Volta) Projektierung des Neubaus Spitalstrasse 41 auf dem Schällemätteli gemäss LRV Nr. 2008 / 267. Basierend auf den Beschlüssen der Parlamente beider Basel werden die Planerteams aus dem Siegerprojekt mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt. Die Bauprojektvorlage wird vorbereitet. Projektierung des Neubaus Basel-Volta: Dem Landrat wird ein entsprechender Verpflichtungskredit (Projektierungskredit) beantragt (Landratsvorlage folgt). Projekt der BUD (vgl. BUD Nr. 4.04.02).	
-------------	--	--

Teil Kultur

	Programmpunkt Gesamtstrategie Amt für Kultur Strategische Zielsetzungen Gemäss der Gesamtstrategie des Amtes für Kultur stehen 2011 folgende zwei Punkte im Zentrum: 1. Die Erhaltung, die Erschliessung, die Erarbeitung und die Vermittlung des kulturellen Erbes des Kantons Basel Landschaft; 2. Das Kulturleitbild und die Überarbeitung des Kulturgesetzes. Dabei geht es einerseits schwergewichtig um die Sanierung der Burgruine Pfeffingen, nachdem die Sanierung der Ruine Homburg zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen ist, sowie um die Sicherung, die Erhaltung und die Erschliessung des weiteren kulturellen Erbes und der Sammlungen. Zu diesem Zweck werden Sammlungscentren für die Römerstadt Augusta Raurica und die Archäologie und das Museum geplant. Für beide Zentren besteht dringender Bedarf: Für die Römerstadt aufgrund der herrschenden Zustände und vor dem Hintergrund, dass als Ziel der Status als UNESCO-Weltkulturerbe angestrebt wird, für die Archäologie und das Museum aufgrund der disparaten Lager-standorte (13 Standorte mit zum Teil mehreren Depots) und den dortigen teilweise untragbaren Zuständen und Platzverhältnissen. Der Prozess um das Kulturleitbild und das Kulturgesetz ist von zentraler Bedeutung für die Baselbieter Kulturpolitik und erarbeitet deren Fundament. Der Theatervorlage kommt im Rahmen der Kulturvertragsverhandlungen ebenfalls kulturpolitische Bedeutung zu.
--	--

Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Entwicklungskonzept für Römerstadt Augusta Raurica (RAR) "Der Landrat beauftragt den Regierungsrat, durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein Entwicklungskonzept für Augusta Raurica erarbeiten zu lassen und dieses dem Landrat vorzulegen. Bei der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes ist der gemäss Mandat definierten Zuständigkeit der Kommission Römerstadt Augusta Raurica als Koordinationsstelle Rechnung zu tragen." (LRV Nr. 2009 / 082). Definition Entwicklungskonzept (LRV Nr. 2009 / 082): "Damit der heutige Freiraum im Gebiet der römischen Stadt Augusta Raurica dereinst eine sinnvolle Struktur erhält, müssen die verschiedenen Nutzungsabsichten miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei hat das antike Erbe erste Priorität. Es ist einmalig, nicht vermehrbar und von internationaler Bedeutung." Ein Entwicklungskonzept dient zur Vorbereitung der Kantonalen Nutzungsplanung Augusta Raurica. Sein Ziel ist die räumliche Abstimmung der Bereiche Römerpark Augusta Raurica (Archäologisches Freilichtmuseum), Archäologisches Schutzgebiet, Siedlung Augst - Oberdorf (bestehend), Bauen über den Ruinen (nach Umsetzung des Kantonalen Richtplans Salina Raurica) und Naherholungsgebiet (Natur und Kultur zwischen Violenbach und Ergolz). Landratsvorlage Nr. 2009 / 082 vom 24. September 2009 Mandat BKSD an RAR vom 23. Dezember 2009 Total: Fr. 0.- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 50'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 6.12.08 / Nr. 6.12.09	Sammlungszentrum Augusta Raurica Erweiterung der Funddepots, Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen: Der Raumnotstand in Augusta Raurica, insbesondere mit den Arbeitsplätzen und den Funddepots, ist vom Landrat seit langem erkannt und moniert worden. So hat die Subkommission V der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission akute Mängel bereits 1998 und dann wieder 2001 anlässlich ihrer Besuche der Römerstadt Augusta Raurica erkannt und in ihren Berichten festgehalten. Sie schreibt am 9. Mai 2001: "Die Arbeitssituation ist kaum besser als 1998. Natürlich leidet die Arbeitsmoral unter den schlechten Platzverhältnissen. ... Die Containerbüros sind baufällig und müssen bald ersetzt werden." Auch die landrätliche Finanzkommission kam anlässlich ihres Besuches und anschliessenden Berichts vom 25. September 2002 zu denselben Schlüssen, indem sie schreibt: "Das Römermuseum und die Depots quellen über von Fundstücken, auch die Büros sind klein und voll gestopft. Eine bauliche Änderung scheint sich aufzudrängen. Eine fertig ausgearbeitete Planungskreditvorlage für ein Sammlungszentrum Augusta Raurica, mit welchem alle akuten Probleme für die Mitarbeitenden und die Kulturgüter gelöst wären, liegt beim Regierungsrat. Die Arbeitsbedingungen des kantonalen Römerstadtteams in Augst entsprechen weder platzmässig noch gesundheitlich den gesetzlichen Vorschriften. Mäusekot, fehlendes Tageslicht, überbelegte enge Büros, ungenügende Heizung und durch das Dach tropfendes Regenwasser kennzeichnen die schlechtesten Arbeitsplätze." (Motion Nr. 2010 / 205). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB: Planungskreditvorlage seit Dezember 2009 beim Regierungsrat pendent. Motion Nr. 2010 / 205 vom 20. Mai 2010: Arbeitsplatzverbesserung Augusta Raurica. Federführung / Projekt der BUD (vgl. BUD Nr. 4.04.02).	

Nr. 6.13.04	Sanierung von Burgen und Ruinen Im Rahmen des Sanierungsprogramms kantonseigener Burgen und Ruinen (LRV Nr. 2007 / 189) wird die Ruine Homburg nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Jahr 2011 feierlich wiedereröffnet. Die mehrjährigen Sicherungsarbeiten an der kantonseigenen Ruine Pfeffingen (Landratsvorlage 2010) sollen 2011 mit einer ersten Etappe am Wohnturm beginnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (vorbehältlich Entscheid des Landrates)
Nr. 6.13.12	Zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kulturellen Erbes Ein sicherer Aufbewahrungsort für das kultur- und naturgeschichtliche Archiv des Kantons muss gefunden werden; Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und zur Erschliessung der bestehenden Sammlungen sind dringend notwendig. Im Vordergrund steht die Suche nach einem geeigneten Gebäude. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet. Federführung / Projekt der BUD.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.15.05	Partnerschaftsverhandlungen / TP4 Subventionsvorlage Theater Basel Nach dem Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen ist für die Jahre 2011 - 2015 ein erhöhter Beitrag an das Theater Basel geplant (in Ergänzung zu den Beiträgen aus der Kulturvertragspauschale).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.5 Mio. Fr. (Vorbehalt: Subventionsvorlage wird angenommen)

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Bewegte Schule Der Sportunterricht an den Schulen wird durch Bewegungsförderung im Schulalltag ergänzt. Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Sport-Infrastruktur Im Raum Basel soll der Bedarf für einen Campus Sport für die Region näher geprüft werden. Dieser soll Räumlichkeiten für einen Sportstützpunkt für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und für Ausbildungs- und Fortbildungskurse beinhalten, aber auch Räumlichkeiten für die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen und des privat-rechtlichen Sports. Jugendsportkonzept Die Jugendsportförderung soll mit gezielten Massnahmen weiterentwickelt werden, im Schulsport und im Vereinssport, damit möglichst alle Kinder und Jugendlichen von Sport- und Bewegungsangeboten profitieren können.
----------	---

Nr. 6.16.02	Einzelne Massnahme Bewegte Schule Das Schwergewicht liegt auf der Bewegungsförderung und der Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf der Sicherstellung der Qualität. Massnahmen aus der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005 sollen vollzogen werden. In den Schulen sollen vermehrt Aktivitäten im Bereich des freiwilligen Schulsports (J + S, J + S-Kids) durchgeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Dafür soll ein neuer Verpflichtungskredit KASAK 3 zur Verfügung gestellt werden, welcher ab 2013 wirksam werden soll.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.16.09	Sportstützpunkt beider Basel: Um- und Neubauten Auf der Grundlage des Postulats Rüegg Nr. 2007 / 315 (Campus Sport für die Region) werden Vorabklärungen für die allfällige Projektierung eines Campus Sport für die Region vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.16.11	Jugendsportkonzept Das Konzept für eine gezielte Förderung von Sport und Bewegung im Kindes- und Jugendalter, das ab Schuljahr 2012 / 2013 umgesetzt werden soll, wird für die Umsetzung vorbereitet. Als erste Massnahmen werden Sporttests für Schulen und Vereine eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 6.16.12	Behindertensportkonzept Zur Förderung des Behindertensports wird ein Konzept erstellt. Erste Umsetzungsmassnahmen werden lanciert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine

Teil 7 Landeskanzlei (LaKa)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Landeskanzlei

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.	
Nr. 7.01.03	Einzelne Massnahme Reibungsloser Übergang in die Legislaturperiode 2011 - 2015 Unterstützung des Landrates, der Ratskonferenz, des Büros und der Kommissionen beim Abschluss der laufenden Legislaturperiode. Termingerechte Planung der Konstituierung des neu gewählten Parlamentes und seiner Organe für die Legislaturperiode 2011 - 2015. Einführung der neu gewählten Mitglieder ins neue Amt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen genutzt resp. minimiert werden.	
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung von www.ch.ch Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.022 Mio. Fr.
Nr. 7.02.04	Weiterentwicklung der kantonalen Homepage Die Auftritte von verschiedenen Dienststellen werden überarbeitet und zum Teil neu strukturiert. E-Government-Projekte werden in verschiedenen Gremien auf Bundesebene und interkantonaler Ebene verfolgt. Geprüft wird der Einsatz von Multimedia-Applikationen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.02.05	Closed-User-Group (CUG) Landrat Den Mitgliedern des Landrates wird durch den Einbau verschiedener Neuerungen am bestehenden CUG-Angebot ein noch effizienteres Arbeitsinstrument zur Verfügung stehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung gilt es, die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sicherzustellen.	

Nr. 7.03.03	Einzelne Massnahme Interaktive Schnittstellen Neben der Implementation des neuen Archivinformationssystems StAR werden interaktive Internet- und Intranetz Zugänge aufgebaut, welche die archivischen Arbeitsabläufe unterstützen und elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen, aber auch mit privaten Archivbenutzern ermöglichen. Die Schwerpunkte dieser Weiterentwicklung liegen beim Projekt "GEVER StABL" und beim Internetauftritt des Staatsarchivs.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.
Nr. 7.03.06	Sicherung aller archiwwürdigen Unterlagen der Kantonsverwaltung Im Rahmen der so genannten Sicherungsoffensive wurden bis 2010 möglichst alle Unterlagen der Kantonsverwaltung, die älter als 10 Jahre sind und noch aufbewahrt werden müssen, ins Staatsarchiv übernommen. Im Nachgang müssen die übernommenen Unterlagen detaillierter gesichtet, bewertet und bewirtschaftet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.03.07	Schaffung der Grundlagen für die elektronische Archivierung Bis 2015 sollen im Kanton BL die technischen, die rechtlichen und die organisatorischen Voraussetzungen für eine verlässliche und nachhaltige elektronische Archivierung ("trusted repository") geschaffen werden. Die elektronische Archivierung wird eingebettet in die Informatikstrategie BL und das Projekt "Information Lifecycle Management (ILM)".	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.	
Nr. 7.04.03	Einzelne Massnahme Trinationale Kooperation im Oberrheingebiet Grenzüberschreitende Projekte im Rahmen von Interreg IV und NRP (Neue Regionalpolitik) sind im Kanton Basel-Landschaft möglichst optimal zu verankern. Die Landeskanzlei leistet den Projektträgern weiterhin die notwendige Unterstützung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.250 Mio. Fr.
Nr. 7.04.05	Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Interparlamentarischen Konferenz Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz wird bis Mitte 2011 durch den Kanton Basel-Landschaft präsiert. Zum Abschluss dieser Präsidialperiode soll das bei der Landeskanzlei geführte Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz evaluiert werden. Es soll überprüft werden, ob sich die im Jahr 2007 von den Konferenzkantonen beschlossene Organisationsstruktur bewährt hat. Das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz bei der Landeskanzlei wird in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumskanton Basel-Stadt die Organisation der traditionellen Herbst-Tagung zu einem aktuellen Thema für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Konferenzkantonen (Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau) sicherstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.150 Mio. Fr.

Nr. 7.04.06	12. Dreiländer-Kongress Die Ergebnisse des 12. Dreiländer-Kongresses vom 2. Dezember 2010 in Basel zum Thema "Bildung, Forschung und Innovation" sind auszuwerten. Die Dreiländer-Kongresse am Oberrhein sind seit ihrer Entstehung vor rund 20 Jahren zu einem wichtigen Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden. Sie bieten die Möglichkeit, aktuelle Schwerpunktthemen unter Miteinbezug von Wissenschaft und Wirtschaft sowie weiterer Kreise vertieft zu bearbeiten. Die Ergebnisse der bisherigen Dreiländer-Kongresse haben Impulse für die staatliche regionale Kooperation geliefert. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein Hauptträger der Dreiländer-Kongresse. Die Landeskanzlei unterstützt die Auswertungsarbeiten optimal.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine
Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.	
Nr. 7.05.02	Einzelne Massnahme Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2011 Mit einer sorgfältigen Vorbereitung soll sichergestellt werden, dass die Wahlen des Landrates und des Regierungsrates vom 27. März 2011 sowie die Wahl der sieben basellandschaftlichen Mitglieder des Nationalrates und die Wahl des basellandschaftlichen Mitglieds des Ständerates am 23. Oktober 2011 korrekt und effizient durchgeführt werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.230 Mio. Fr.

Teil 8 Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft

Die Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft wird dem Landrat in einer separaten Vorlage unterbreitet.

Teil 9 Antrag

Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das **Jahresprogramm 2011 des Regierungsrates** zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 14. September 2010

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Jörg Krähenbühl

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung des Gesetzes	Federführende Stelle
SGS 311	Steuergesetz	Reform des Vermögens- und des Einkommens- steuertarifs.	Abschluss Mitberichtsverfahren.	Steuerverwaltung
SGS 336.3	Dekret zum Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer	Redaktionelle Totalrevision.	Entwurf.	Steuerverwaltung
SGS 834.3	Dekret über das Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	Totalrevision.	In Erarbeitung.	Generalsekretariat
SGS 100 und 180	Kantonsverfassung und Gemeindengesetz	Teilrevisionen; (Fusionsgrundlagen, parlamentarische Vorstösse, HRM2, Änderungen aus der Praxis).	In der Vernehmlassung bis 31. Oktober 2010.	Stabsstelle Gemeinden
SGS 191.2	Dekret Stiftung Kirchengut	Teilrevision; (Friedhofswege).	In Erarbeitung mit Stiftungsrat.	Stabsstelle Gemeinden
SGS 350	Sachversicherungsgesetz	Teilrevision; (stempelsteuerfreie Brandschutzabgabe).	Von der Finanzkommission beraten, Bericht noch nicht vorliegend.	Stabsstelle Gemeinden
	Gesetz über die Feuer- und die Elementarschaden- prävention	Neues Gesetz anstelle der §§ 5 - 12 des Feuerschutzgesetzes (SGS 761) bzw. zu einem neuen Thema.	Verarbeitung der Vernehmlassung zusammen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV).	Stabsstelle Gemeinden

Jahresprogramm 2011: Zusatzerhebung 1

SGS 761	Feuerschutzgesetz	Totalrevision; (Feuerwehrgesetz).	In Erarbeitung in einer Arbeitsgruppe mit der BGV und Interessenvertretungen.	Stabsstelle Gemeinden
SGS 850	Sozialhilfegesetz	Teilrevision; (Integrationsmassnahmen).	In Erarbeitung mit dem Kantonalen Sozialamt.	Stabsstelle Gemeinden
SGS 850	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe	Teilrevision im Bereich Eingliederungsmassnahmen .	In Vorbereitung.	Kantonales Sozialamt
SGS 150.1	Personaldekret	Teilrevision; Lohnbestimmungen.	Erarbeitung Mitberichtsvorlage.	Personalamt
SGS 150.1	Personaldekret	Einreihung Jugendanwalt (Sonderregelung Lohn).	Überweisung der Vorlage an den Regierungsrat.	Personalamt
SGS 150 und 150.1	Personaldekret	Änderung des Personalgesetzes sowie des Personaldekrets betr. Bestimmung über die Probezeit, über die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses und über die Abgangsentschädigung.	Internes Mitberichtsverfahren.	Personalamt
SGS 150.1	Personaldekret	Änderung des Dekrets betr. Bestimmung über den Ferienanspruch.	Internes Mitberichtsverfahren.	Personalamt

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung des Gesetzes	Federführende Stelle
SGS 211.5	Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung	Generelle Überprüfung.	In Arbeit.	Amt für Geoinformation

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung des Gesetzes	Federführende Stelle
SGS 490	Energiegesetz	Teilrevision; Anschlussgesetzgebung zum eidg. Stromversorgungsgesetz; inhaltlich bewusst auf die Stromversorgung beschränkt.	Grundzüge der Anschlussgesetzgebung werden derzeit zwischen AUE und Abteilung Recht abgestimmt und im ersten Halbjahr 2011 in das Mitberichtsverfahren und die Vernehmlassung gebracht.	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE), Ressort Energie und Wasserversorgung
SGS 490	Energiegesetz	Teilrevision; verschiedene Bereiche gemäss Energiestrategie, hängigen Vorstössen und Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich.	Teilrevision wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2011 in das Mitberichtsverfahren und die Vernehmlassung gebracht.	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE), Ressort Energie und Wasserversorgung
SGS 425.11, GS 34.0487	Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen	Totalrevision.	In Bearbeitung.	Bauinspektorat (BIT)
SGS 400 und SGS 400.11	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) und Verordnung zum RBG	Teilrevision wegen Konkordat über die Vereinheitlichung der Baubegriffe.	Arbeitsgruppe erarbeitet Text für Gesetz und Verordnung, dann wird die Landratsvorlage erstellt. Vernehmlassung nicht vor 2011.	Rechtsabteilung BUD
SGS 490	Energiegesetz	Teilrevision wegen Strommarktliberalisierung (Festlegung der geographischen Bereiche mit Verantwortlichkeiten für Infrastrukturanlagen zur Versorgungssicherheit).	Gesetzestext als Entwurf in Bearbeitung, Gespräche mit EBM, EBL, BKW etc. initialisiert.	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) (Gesetzesredaktion bei Rechtsabteilung BUD)

Jahresprogramm 2011: Zusatzerhebung 1

SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz	Teilrevision wegen Solaranlagen in Kernzonen aufgrund Motion im Landrat.	Erste Vernehmlassung durchgeführt, jetzt Überarbeitung in einer Arbeitsgruppe unter Einbezug des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG).	Amt für Raumplanung (ARP)
SGS 445	Wasserbaugesetz	Teilrevision möglich wegen Anpassung an das eidg. Gewässerschutzgesetz im Bereich der Renaturierungen.		Tiefbauamt (TBA)
SGS 445	Verordnung zum Wasserbaugesetz	Die letzte Revision des Gesetzes bedingt noch eine Verordnung.	Entwurf erarbeitet, muss noch von der Rechtsabteilung BUD mit Kommentaren versehen werden.	Tiefbauamt (TBA) / Rechtsabteilung BUD

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung des Gesetzes	Federführende Stelle
LRV Nr. 2009 / 313	Gesetz über die Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich	Neues Gesetz.	Justiz- und Sicherheitskommission.	Generalsekretariat
SGS 162 LRV Nr. 2010 / 199	Gesetz über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz)	Teilrevision des Datenschutzgesetzes.	Justiz- und Sicherheitskommission.	Generalsekretariat
	Kantonales Einführungsgesetz zum Erwachsenenschutzrecht	Neues Gesetz.	Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage.	Bereich Zivilrecht
SGS 178	Anwaltsgesetz	Teilrevision, Entzug des Anwaltspatents.	Vernehmlassungsvorlage.	Generalsekretariat
SGS 731	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Basel-Landschaft	Teilrevision.	Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage.	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung des Gesetzes	Federführende Stelle
SGS 640	Bildungsgesetz	Teilrevision Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes mit Schwerpunkt Abläufe, Steuerung und Finanzierung.	Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage "Integrative Schule" ausgearbeitet.	Amt für Volksschulen unter Beizug der Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe und des Schulpsychologischen Dienstes
SGS 641.11	VO Kindergarten und Primarschule	Überarbeitung der Disziplinarmassnahmen.	Vernehmlassung.	Amt für Volksschulen
neu	VO Berufswegbereitung	Neue Verordnung.	In Erarbeitung.	Rechtsabteilung mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und dem Amt für Volksschulen
neu	Gesetz über die Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit	Neues Gesetz.	Vernehmlassungsauswertung ist erfolgt, Regierungsentscheid, ob überhaupt kantonal legiferiert werden soll, ist noch nicht getroffen.	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
SGS 610 (neu)	Kulturgesetz / Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens	Überarbeitung Gesetz / Entwurf Leitbild.	Rückweisung an den Regierungsrat.	Amt für Kultur / kulturelles.bl
SGS 850 oder neu	Sozialhilfegesetz oder neues Gesetz	Teilrevision im Bereich der Jugendhilfe.	Bericht zu Jugendhilfe geht im Herbst 2010 in ein Konsultationsverfahren; Auswertung erfolgt Anfang 2011, Regierungsentscheid über weiteres Vorgehen voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011; erst dann wird mit einer	Interdirektionale Projektgruppe, Projektleitung bei der Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

			allfälligen Gesetzesarbeit begonnen.	
SGS 850 oder neu	Gesetz über die Sozial-, Jugend- und Behindertenhilfe.	Totalrevision der Grundlagen der Behindertenhilfe im Zuge der Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe BS und BL; ausstehend ist ein Grundsatzentscheid, ob eine neue kantonale Gesetzesgrundlage geschaffen werden soll. In jedem Fall erfolgt die Teilrevision der nebenstehend genannten Grundlagen.	Gesetzesentwurf soll im Herbst 2011 vorliegen und anschliessend in das Gesetzgebungsverfahren eingegeben werden.	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe für den Teil der Behindertenhilfe
SGS 850.16 oder neu	In der Folge werden auch die Verordnung über die Behindertenhilfe (850.16) und die Verordnung über die Heimaufsicht (850.14) betroffen.			
SGS 850.14 oder neu				
SGS 833 und 833.11	Ebenso werden einzelne Bestimmungen des kantonalen Ergänzungsleistungsgesetzes und der EL-Verordnung betroffen.			

Landeskanzlei (LaKa)

Keine

Übersicht über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung der Vorlage	Federführende Stelle
noch keine	Wettbewerbsfähige Anpassung des Vermögens- und des Einkommenssteuertarifs	Abschluss Mitberichtsverfahren.	Steuerverwaltung
	Totalrevision des Dekrets über das Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	In Erarbeitung.	Generalsekretariat
	Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes	In der Vernehmlassung bis 31. Oktober 2010.	Stabsstelle Gemeinden
	Änderung des Dekrets über die Stiftung Kirchengut	In interner Erarbeitung.	Stabsstelle Gemeinden
2010 / 246	Änderung des Sachversicherungsgesetzes	Von der Finanzkommission beraten, Bericht noch nicht vorliegend.	Stabsstelle Gemeinden
	Gesetz über die Feuer- und die Elementarschadenprävention	Verarbeitung der Vernehmlassung.	Stabsstelle Gemeinden
	Feuerwehrgesetz	In interner Erarbeitung.	Stabsstelle Gemeinden
	Änderung des Sozialhilfegesetzes	In interner Erarbeitung.	Stabsstelle Gemeinden

	Änderung des Sozialhilfegesetzes betreffend Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen	In Vorbereitung.	Kantonales Sozialamt
--	--	------------------	----------------------

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung der Vorlage	Federführende Stelle
	Waldinformationssystem	Verpflichtungskreditvorlage in Abklärungsphase.	Amt für Wald
	Neue Amtliche Vermessung (AV 93), 3. Etappe	Verpflichtungskreditvorlage in Vorbereitung.	Amt für Geoinformation

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung der Vorlage	Federführende Stelle
	Kanalsanierung Ormalingen	In Vorbereitung.	Amt für industrielle Betriebe
	Frenke 3 Ausbau / Erneuerung ARA und Mischwasserbecken	In Vorbereitung.	Amt für industrielle Betriebe

	Netzausbau Fernwärme MuttENZ	In Vorbereitung.	Amt für industrielle Betriebe
	Übernahme Miteigentumsanteil an der FHNW MuttENZ	Mitbericht abgeschlossen.	Amt für Liegenschaftsverkehr
	Finanzierung Sanierung Deponie Feldreben, MuttENZ	Noch nicht begonnen.	Amt für Liegenschaftsverkehr / Amt für Umweltschutz und Energie
	Naturschutzzentrum "Les Cerlatz", Saignelégier: Fortführung der finanziellen Unterstützung für die Jahre 2012 - 2014		Amt für Raumplanung
	NATUR Festival beider Basel: Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft; Verpflichtungskredite für die Jahre 2012 - 2015		Amt für Raumplanung
	Natur- und Landschaftsschutzkonzept: Bilanz 2000 - 2009; Massnahmenprogramm 2010 - 2018		Amt für Raumplanung
	Anpassung Kantonalen Richtplan Objektblatt VE 2.4 Windenergie-Anlagen (Motion Schweizer)	Grundlagenerarbeitung.	Amt für Raumplanung
	Anpassung Kantonalen Richtplan Salina Raurica		Amt für Raumplanung
	Solaranlagen in Kernzonen	Ursprüngliche Vernehmlassungsvorlage wird bis Ende Quartal 1 2011 überarbeitet. Offen ist, ob eine zweite Vernehmlassung notwendig ist.	Amt für Umweltschutz und Energie
	Anschlussgesetzgebung Stromversorgung	Grundzüge der Anschlussgesetzgebung werden derzeit zwischen Amt für Umweltschutz und Energie und Abteilung Recht abgestimmt und im ersten Halbjahr 2011 in das Mitberichtsverfahren und die	Amt für Umweltschutz und Energie

		Vernehmlassung gebracht.	
	Teilrevision Energiegesetz gemäss Energiestrategie, hängige Vorstösse und Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich	Teilrevision wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2011 in das Mitberichtsverfahren und die Vernehmlassung gebracht.	Amt für Umweltschutz und Energie
	Anpassung Raumplanungs- und Baugesetz zur Vereinheitlichung der Baubegriffe (Umsetzung Konkordat)	Anhänge in Vorbereitung (Gesetzestext, Verordnungstext), eigentliche Vorlage wird im 2011 erarbeitet.	Rechtsabteilung BUD
	Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton, Anpassung des Bildungsgesetzes mit drei Verordnungen dazu	Vorlage erarbeitet, kurz vor der regierungsrätlichen Überweisung an den Landrat.	Hochbauamt
	Universität, Neubauten Volta, Anteil BL, Projektierungskredit verzögert	Offen.	Hochbauamt
	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, Bedarfs- und Projektierungsvorlage	1. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Einmietung Disaster Recovery Site (DRS) Spiegel Rechenzentrum (Standort offen)	1. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Arlesheim, Einmietung Schoren, SIPO West, Einmietungsvorlage	1. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Liestal, Einmietung Basellandschaftliche Gebäudeversicherung, Sanierung Zentrale Informatikdienste (ZID), Einmietungsvorlage	1. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Muttenz, Einmietung Valora, für Verwaltungseinheiten der BKSD, Einmietungsvorlage	4. Quartal 2010.	Hochbauamt

	Liestal, Neubau Gerichtsgebäude, Bedarfs- / Projektierungsvorlage	Offen.	Hochbauamt
	Muttenz, GIBM Erweiterungsbau / Gesamtsanierung Altbau, Bedarfs- / Projektierungsvorlage	4. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Sissach, Werkhof TBA Neubau Baukreditvorlage	1. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Birsfelden, Umwidmung und Ersatzbeschaffung Polizeiposten Birsfelden	4. Quartal 2011.	Hochbauamt
	Neobiota "Handeln jetzt"	Entwurf Landratsvorlage vorhanden (Direktion BUD).	Sicherheitsinspektorat
	Grellingen; Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt	Baukreditvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt
	Lausen; Erschliessung Industrieareal Langematt	Landerwerbsvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt
	Liestal; Übernahme Rosenstrasse / Militärstrasse	Projektierungskreditvorlage in Ausarbeitung.	Tiefbauamt
	Reigoldswil; Korrektur Ziefenstrasse / HWS Hintere Frenke	Projektierungskreditvorlage in Ausarbeitung.	Tiefbauamt
	Rothenfluh; Hemmikerstrasse; Ausbau Säge-Asphof	Baukreditvorlage in Ausarbeitung.	Tiefbauamt
	BLT-Linie 14; Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe; 1. Teil	Baukreditvorlage in Ausarbeitung.	Tiefbauamt

	BLT-Linie 10 / 17; Binningen Doppelspurausbau Spiesshöfli	Projektierungskreditvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt
	BLT-Linie 10 / 17; Ettingen - Flüh; Doppelspurausbau	Baukreditvorlage liegt vor, sistiert.	Tiefbauamt
	Waldenburgerbahn; Erneuerung und Ausbau Infrastruktur	Projektierungskreditvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt
	H18; Muggenbergtunnel und Anschluss Angenstein	Projektierungskreditvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt
	H18; Umfahrung Laufen / Zwingen; Trassesicherung	Projektierungskreditvorlage noch nicht begonnen.	Tiefbauamt

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung der Vorlage	Federführende Stelle
	Schaffung einer gemeinsamen Einsatzzentrale für alle Ereignisdienste	Vorbereitung der Vorlage.	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung der Vorlage	Federführende Stelle
	Integrative Schulung im Kanton Basel-Landschaft	Konzepterarbeitung bis Oktober, Erarbeitung Landratsvorlage ab November 2010; Einreichung Vorlagenentwurf Ende Dezember 2010; Beratung im Landrat 2011.	Amt für Volksschulen
2008 / 251	Änderung der Verordnung für die Musikschule	Regierungsratsbeschluss ist vorbereitet; zur Prüfung bei der Rechtsabteilung der BKSD; Beratung im Landrat 2011 gemäss Terminierung Büro Landrat.	Amt für Volksschulen
2009 / 109	Musikalische Talentförderung	Vorlage an Landrat eingereicht.	Amt für Volksschulen
2009 / 232	Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten	Entwurf Stellungnahme eingereicht; im Landrat noch nicht behandelt. Beratung im Landrat 2011 gemäss Terminierung Büro Landrat.	Amt für Volksschulen
	Leistungsvereinbarung 2011 - 2016 Check-in aprentas	Erarbeitung der Landratsvorlage ist im Gang.	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
2007 / 202	Überprüfung der Standorte der Universität Basel	Landratsbeschluss Nr. 489 vom 8. Mai 2008, Postulat überwiesen. Mit Landratsvorlage 2008 / 267 Abschreibung beantragt, mit Landratsbeschluss Nr. 1020 vom 19. Februar 2009 und Landratsbeschluss Nr. 1245 vom 11. Juni 2009 abgelehnt.	Stabsstelle Hochschulen

	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Berichterstattung zum Leistungsauftrag für das Jahr 2010 (vierkantonal)	Nach Vorliegen Jahresrechnung FHNW; Fertigstellung April 2011.	Stabsstelle Hochschulen
	Universität: Leistungsbericht 2010 (partnerschaftliches Geschäft)	Nach Vorliegen Jahresrechnung Universität; Fertigstellung Mai 2011.	Stabsstelle Hochschulen
2006 / 227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen / Erfassung mittels Internet	Abklärungen abgeschlossen; vor Mitberichtsverfahren; Landratsvorlage im 1. Quartal 2011.	Stabsstelle Bildung
2008 / 333	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung zur Unterstützung der frühen Sprachförderung	In Rückkoppelung mit der Sicherheitsdirektion und unter Einbezug der vierkantonalen Abklärungen im Bildungsraum Nordwestschweiz Landratsvorlage im 4. Quartal.	Stabsstelle Bildung
2009 / 005	Motion von Karl Willmann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen	Weiterbearbeitung in interkantonaler Projektkooperation sowie im Hinblick auf die Umsetzung des Lehrplans 21 und des vierjährigen Gymnasiums.	Stabsstelle Bildung
2009 / 187	Postulat von Georg Thüning vom 25. Juni 2009: Einfrieren der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien	Berichterstattung in Vorbereitung.	Stabsstelle Bildung
2010 / 261	Interpellation von Sabina Mohn, CVP / EVP Fraktion vom 24. Juni 2010: Lehrerinnen- und Lehrermangel	Abklärungen erfolgt, Vorlage in Vorbereitung.	Stabsstelle Bildung
	Fahrten für Behinderte KBB: Antrag auf Änderung Staatsvertrag; partnerschaftliches Geschäft mit dem Kanton Basel-Stadt	Landratsvorlage zuhanden Regierungsrat im Laufe des ersten Quartals 2011.	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- Behindertenhilfe
2009 / 082	Augusta Raurica als UNESCO-Weltkulturerbe (Vorlage Entwicklungskonzept Römerstadt)	Berichterstattung zuhanden Bildungs-, Kultur- und Sportkommission per 31. Dezember 2010.	Amt für Kultur / Römerstadt Augusta Raurica

2010 / 115	Sicherung Ruine Pfeffingen	Hängig.	Amt für Kultur / Archäologie und Museum
2009 / 030	Gemeinsames Kulturkonzept BS / BL	Hängig Landrat / Bildungs-, Kultur- und Sportkommission.	Amt für Kultur / kulturelles.bl
	Kulturpartnerschaftsverhandlungen BS / BL (TP4); Subvention Theater Basel	Hängig Landrat / Bildungs-, Kultur- und Sportkommission.	Amt für Kultur / kulturelles.bl
2009 / 116	Wissen über die Technik der Bandweberei erhalten	In Vorbereitung.	Amt für Kultur / Museum
	Lesezentrum Evaluation und weiteres Vorgehen	Regierungsratsbeschluss geplant 2011.	Amt für Kultur / Kantonsbibliothek
2007 / 231	Jugendsportkonzept - Gezielte Förderung des Jugendsports	Landratsvorlage erstellt, kann im Spätherbst 2010 oder Winter 2010 / 2011 im Landrat behandelt werden.	Sportamt
	KASAK 3	Landratsvorlage erstellt, kann im Spätherbst 2010 oder Winter 2010 / 2011 im Landrat behandelt werden.	Sportamt
2007 / 315	Campus Sport für die Region	Landratsvorlage pendent; verschiedene offene Fragen müssen noch geklärt werden; Ziel: 2011 liegt Vorlage vor.	Sportamt
2008 / 252	Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft	Landratsvorlage wird bis Ende 2010 erstellt; Behandlung im Landrat im Frühjahr 2011.	Sportamt

Landeskanzlei (LaKa)

Keine